

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnementpreis: 3,00 M. monatlich 1,10 M., wöchentlich 28 Pf. frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Vollabonnement: 1,10 M. pro Monat. Eingetragene in die Post-Zeitungs-Verzeichnisse. Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 2,50 M., für das übrige Ausland 4 M. pro Monat. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Ercheint täglich.

Die Insertions-Gebühr

Beträgt für die sechsgealtete Kolonelle oder deren Raum 40 Pf. für politische und gesellschaftliche Vereins- und Besprechungszettel 30 Pf. „Kleine Anzeigen“, das sechsgealtete Wort 20 Pf. (zweifach sechsgealtete Worte), jedes weitere Wort 10 Pf. Siebengealtete und achtegealtete Anzeigen das erste Wort 10 Pf., jedes weitere Wort 5 Pf. Worte über 15 Buchstaben zahlen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegraphische Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: S.W. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 1983.

Dienstag, den 28. April 1914.

Expedition: S.W. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 1984.

Der Wiederzusammentritt des Reichstags.

Heute tritt der Reichstag wieder zusammen, nachdem er gerade vier Wochen seine Tätigkeit eingestellt hatte. In dieser seiner Ruhepause hat aber das politische Leben, wie man weiß, starke Wellen geschlagen, und auch der Reichstag selbst ist in seiner Zusammensetzung von dem politischen Leben nicht unberührt geblieben. Herr v. Liebert, für dessen Anwesenheit im Reichstag weder eine persönliche noch eine sachliche Notwendigkeit vorlag, ist aus ihm hinausgepedelt und an seine Stelle Genosse Kysel gewählt worden. Der sogenannte deutsche Kandidat im Wahlkreise Schwyz ist wiedergewählt worden, nachdem er sich seit 1912 zum drittenmal einer Wahl hatte unterziehen müssen. Ferner hat das Zentrum im Kreise Braunsberg-Heilsberg einen bemerkenswerten Mandatswechsel vollzogen. Der neugewählte Abgeordnete Freiherr v. Rechenberg, der frühere Gouverneur von Deutsch-Ostafrika, wird sehr bald Gelegenheit haben, zu zeigen, wer er ist. Sein Konflikt mit dem Obersten v. Schleinitz wird bei der dritten Lesung des Etats eine gewichtige Rolle spielen.

In der Presse wird jetzt bei dem Wiederbeginn des Reichstages erneut die Frage diskutiert, ob er trotz seiner umfangreichen Arbeiten, die noch unerledigt sind, geschlossen werden wird, oder ob, wie es der Reichstag selbst wünscht, eine Vertagung eintritt. Wir haben uns über diese Frage hier bereits ausführlich ausgesprochen und sie unter dem Gesichtswinkel beurteilt, daß diese ganze Fragestellung die ungewöhnliche Abhängigkeit des einen gesetzgebenden Faktors im Reiche, des Reichstages, von dem anderen gesetzgebenden Faktor, dem Bundesrat, anschnidet. Wie die Dinge im Moment liegen, läßt sich daran nichts ändern, und das Proletariat hat ein verhältnismäßig geringes Interesse daran, ob der Reichstag geschlossen, oder vertagt wird, wenn diese Frage nicht grundsätzlich und endgültig durch eine demokratische Reform der Reichsverfassung entschieden wird. Es ist unter normalen Verhältnissen aber gar nicht daran zu denken, daß der Reichstag den schon vorliegenden und den noch zu erwartenden Beratungen des Etats liegt vor ihm noch ein ganzer Katalog von Gesetzentwürfen und Kommissionsberatungen. Wir greifen nur das Wichtigste heraus: das Gesetz über die Sanjtererei und die Wanderlager, über die Sonntagruhe, über den Luftverkehr, über die Jugendgerichte, über die Bühnenordnung für Zengen und Sachverständige, über das Gastwirtschaftsgewerbe und die Kinos, über den Verkehr mit Leuchtöl, über die Kennzettel, über die Unterstützung der Altrentner, über die Erweiterung der Getreidezolltarif, über die Spionage, über die Schaufenster. Dazu kommen die Novellen zum Kaligeseh und zur Besoldungsordnung, die Vorlage über den Vertrag zum Schutze des menschlichen Lebens auf See, über die Wiederaufnahme eines Disziplinarverfahrens, über die Konkurrenzklause, über den Kolonialgerichtshof, über die Postdampfschiffsverbindungen. Eine Reihe kleinerer und unwesentlicher Vorlagen, die Masse der unerledigten Petitionen und Initiativanträge wollen wir gar nicht besonders nennen.

Sieht man von den schon erledigten Teilen des Etats ab, so kann man wohl behaupten, daß selbst bei Beginn einer neuen Session dem Reichstage kaum jemals eine solche Fülle von Beratungsmaterial vorgelegen hat, wie jetzt noch nach seiner Osterpause. Die Hauptschuld daran trägt die Regierung. Seit Jahren wird der Reichstag viel zu spät einberufen, seit Jahren werden die Regierungsvorlagen außerordentlich langsam und unvollkommen vorbereitet. Das geht so weit, daß eingesezte Kommissionen ihre Arbeiten wochenlang sistieren müssen, nur weil die Regierung in der Vorlage das Material nicht entsprechend und ausgiebig genug vorlegt. Sind die Verhandlungen im Gange, so läßt der Bundesrat wieder mit seinen entscheidenden Entschlüssen zu den durch den Reichstag veränderten Vorlagen wochenlang auf sich warten. Dann wieder müssen diese Beratungsgegenstände im Reichstage zurückgestellt werden, weil er seine geschäftlichen Dispositionen inzwischen wesentlich ändern mußte.

So kreist eine Verzögerung die andere, und das Ergebnis ist ein ungeheurer Berg von unerledigten Aufgaben, eine steigende Ausdehnung der Session, eine Ueberbürdung und Uebermüdung der Reichstagsabgeordneten und Reichstagsbeamten. Hilfe ist nur möglich durch rückhaltlose Energie des Reichstages gegenüber der Regierung; aber es hieße Reigen vom Dornenstrauch pflücken wollen, wenn man eine solche Energie von der bürgerlichen Mehrheit des gegenwärtigen Reichstages erwarten wollte. Vielmehr muß die Unmöglichkeit dieser Art parlamentarischer Arbeit noch mehr auf die Spitze getrieben werden, um ihre gänzliche Unhaltbarkeit zu erweisen und eine Aenderung zu erzwingen.

Unter diesen Umständen geht das arbeitende Volk erst recht nach dieser Ruhepause nicht mit größeren Erwartungen auf eine volksfreundliche Fruchtbarkeit an diesen Reichstag heran wie sonst. Aber je weniger man Hoffnungen auf diesen bürgerlichen Parlamentarismus setzt, je stärker wird man das Volk bis in seine Tiefen aufwühlen müssen und es immer mehr dahin bringen, seine Geschicke selbst in die Hand zu nehmen, sei es nun ohne den Reichstag oder mit einem Reichstage, in dem wirkliche Vertreter des Volkes die Majorität haben!

Der mexikanische Konflikt.

Der Vermittlungsvorschlag der größeren südamerikanischen Staaten hat vorläufig nur eine platonische Bedeutung, obgleich sich auch Huerta mit ihm einverstanden erklärt haben soll. Die amerikanische Regierung wird bei aller scheinbaren Bereitwilligkeit, auf eine Vermittlung einzugehen, doch versuchen, ihre imperialistischen Pläne in Mexiko durchzuführen. Der Vermittlungsvorschlag ist ihr auch sehr gelegen gekommen, da sie dadurch Zeit gewinnt, ihre militärischen Vorbereitungen zu treffen. Denn die Mobilisierung ihrer Milizen und Freiwilligentruppen erfordert noch wochenlange Arbeit. Immerhin ist das Eingreifen der südamerikanischen Staaten in einen großen politischen Konflikt bedeutungsvoll, zeugt er doch davon, daß auch in Südamerika das Selbstgefühl und die politische Selbständigkeit der einzelnen Staaten bedeutend gewachsen ist.

Inzwischen sorgt die kapitalistische Sensationspresse der Vereinigten Staaten durch eine Flut von Alarmmeldungen dafür, daß das Feuer der Kriegsbegeisterung im Volke geschürt wird. Denn ohne eine solche Erhöhung des Nationalgefühls ist ja die Forcierung der Miliz und Freiwilligenaushebung nicht durchführbar. Die Haltung der Regierung ist sehr zweipältig, ihre Friedensbekanntmachungen müssen mit den imperialistischen Tendenzen in Widerspruch geraten. Vorläufig ist noch nicht abzusehen, ob den Völkern Amerikas ein langwieriger, blutiger und kostspieliger Guerillakrieg erspart bleibt, aus dem einzig und allein das Großkapital Nutzen ziehen würde. Denn auch die Stellungnahme der mexikanischen Rebellenführer ist noch ganz unsicher, obwohl es die Regierung der Vereinigten Staaten sich etwas kosten lassen wird, die Gegner Huertas auf ihre Seite zu bringen.

Die südamerikanische Vermittlungsfaktion.

Washington, 26. April. Nichtamtlich verlautet, der Plan der südamerikanischen Regierungen lasse die Entzerrung Huertas ins Auge, auf der die Vereinigten Staaten von Anfang an bestanden hätten. Das Vermittlungsangebot ist den diplomatischen Vertretern von Argentinien, Brasilien und Chile in der Stadt Mexiko sowie auch Carranza mitgeteilt worden.

Die Gesandten von Peru, Bolivien, Costarica, Honduras und Panama sowie der kubanische Geschäftsträger gestellten sich zu den Gesandten von Argentinien, Brasilien und Chile, als diese eine Beratung abhielten.

Die Haltung Huertas.

Washington, 27. April. Der spanische Botschafter erklärt, er habe private Nachrichten aus Mexiko erhalten, daß Huerta die guten Dienste von Brasilien, Argentinien und Chile zur Beilegung des Streites angenommen habe.

Amerika rüstet weiter.

Washington, 27. April. In amtlichen Kreisen scheint man über die Aussicht erfreut zu sein, daß Huerta dem Vermittlungsvorschlag Gehör schenken werde. Aber trotz aller Friedenshoffnungen dürften die Kriegsvorbereitungen in der Armee und der Flotte nicht nachlassen.

Neuer Rändstöß.

Washington, 27. April. Der amerikanische Generalkonsul Hanna in Monterey berichtet von einer ihm durch die Föderalisten widerfahrenen Demütigung: Ein Hauptmann der Bundesstruppen kam am 21. April, vom Pöbel begleitet, vor das Konsulat, erbrach die Türe und forderte die Einziehung der Flagge der Vereinigten Staaten; anderenfalls würde er ihn erschießen. Inzwischen holten andere Bundesstruppen die Flagge bereits nieder und traten darauf herum. In das Generalkonsulat wurde eine Wache gelegt und alle Insassen gefangen genommen. Am 22. April kam Polizei und durchsuchte das Gebäude. Der Generalkonsul wurde unter dem Geleite der Menge über die Straße geschleppt und ins Zuchthaus gefahren, sodann in das Gerichtsgebäude, unter scharfer Bewachung gehalten und am Abend vor das Kriegsgericht gestellt mit der Beschuldigung, daß er es mit den Rebellen halte. Erst am 24. wurde er wieder freigelassen, als die Rebellen Monterey eingenommen hatten, die ihn sehr entgegenkommend behandelten. — Präsident Wilson und Staatssekretär Bryan sind sehr aufgebracht über das Verhalten der Föderalisten.

Das Eingreifen eines deutschen Kriegsschiffes in Tampico. Köln, 27. April. Die „Kölnische Zeitung“ meldet aus New York: Aus Galveston wird berichtet: Die Flüchtlinge aus Tampico erzählen, am Dienstagabend hätten Hausen

von Mexikanern angefangen, umherzuziehen und Schimpfwörter gegen die Amerikaner auszustößen, die sich in die beiden größten Hotels zurückgezogen hätten. Um Mitternacht habe die Menge begonnen, Steine gegen ein Hotel zu werfen. Ein Mexikaner schoß in ein Hotelfenster, ohne jemand zu verwunden. Der Kommandant des deutschen Kreuzers „Dresden“ habe Offiziere an Land geschickt, die der Menge mitteilten, wenn sie sich nicht binnen 15 Minuten zerstreue, würden deutsche Matrosen gefandet werden. Darauf zog sich der Volkshaufen zurück. Deutsche Matrosen geleiteten dann die amerikanischen Frauen aus beiden Hotels auf Booten an die Schiffe im Hafen.

Das Kriegsrecht in Veracruz.

Veracruz, 26. April. Konteradmiral Fletcher hat am Sonntag das Kriegsrecht über Veracruz verhängt und bekannt gemacht, daß jede Ausschreitung ohne Ausschub bestraft werden würde. Niemand außer den amerikanischen Truppen dürfe Waffen führen; wer ohne Erlaubnis Schusswaffen trage, werde erschossen.

Ein Zug mit britischen und nordamerikanischen Flüchtlingen ist unter britischer Flagge aus Mexiko hier eingetroffen.

Auszug der Amerikaner.

Washington, 27. April. Nach einer Konferenz mit Präsident Wilson kündigte Staatssekretär Bryan an, daß die Verhandlungen abgeschlossen seien, um allen Amerikanern das Verlassen Mexikos zu gestatten. Siebenhundert Amerikaner mit ihren Frauen, die noch in der Stadt Mexiko weilen, haben darauf mit ihren Vorbereitungen zur Abreise begonnen.

Das Ergebnis der schwedischen Wahlen.

Stockholm, 24. April. (Eig. Ber.) Die Wahlergebnisse liegen jetzt endgültig festgelegt vor. Sie bestätigen den großen Aufschwung der Konservativen und der Sozialdemokraten, während die Liberalen 30 Mandate verloren haben und ihre Stimmengahl nur unbedeutend vermehren konnten. In Stimmen haben, verglichen mit der Wahl von 1911, erhalten:

	1911	1914	Zunahme
Konservative	188 091	286 320	97 629
Liberaler	242 705	245 040	2 235
Sozialdemokraten	172 196	229 176	56 980

Insgesamt sind also abgegeben 760 536 gültige Stimmen gegen 603 682 im Jahre 1911. Die Konservativen sind durch die Aufforderung die größte Partei geworden, sie vertreten jetzt 37,65 Proz. der Wahlberechtigten, während die Liberalen 32,22 Proz. und die Sozialdemokratie 30,13 Proz. vertreten. Unsere Partei ist aber in nicht weniger als 23 der 36 Wahlkreise die größte Partei geworden, während sie bei der vorigen Wahl nur in 13 Kreisen diese Stellung inne hatte.

Das Ergebnis der Mandatsverteilung ist folgendes: Konservativen 86 Mandate (bisher 65), Liberaler 71 (101) und Sozialdemokraten 73 (64). Unsere Partei hat 13 neue Mandate gewonnen, darunter 12 von den Liberalen und 1 von den Konservativen. Sie hat aber an die Konservativen 4 Mandate verloren, so daß der effektive Gewinn nur 9 Mandate beträgt. Die Proportionalwahl hat dieses Mal unsere Partei besonders begünstigt, indem sie ein Mandat auf je 3139 Wahlmänner bekommen hat, während die Konservativen ein Mandat auf 3929 und die Liberalen auf 3451 Wähler bekamen. Wäre das ganze Land ein Wahlkreis gewesen, hätten wir nur Anspruch auf 70 Mandate gehabt und die Liberalen auf 74. Diesmal hat die Wahlkreisgeometrie und also begünstigt, während bei der vorigen Wahl die Liberalen in dieser glücklichen Stellung waren. An Stelle der 101 Mandate hätten die Liberalen 1911 bei einer gerechten proportionalen Verteilung nur Anspruch auf 92 Mandate gehabt, die Konservativen auf 72 statt 65 und die Sozialdemokraten auf 66 anstatt 64. Genau gesehen, ist also die Verschiebung ziemlich geringfügig, zu einem nicht geringen Teil ist sie sogar die Folge der Wahlkreisgeometrie, die das eine Mal die Liberalen, das andere Mal uns begünstigte. Die Konservativen haben bei beiden Wahlen ungefähr das bekommen, was ihnen nach ihrer Stimmengahl zustand. Eine konservative Mehrheit hat die Wahl weder in der Zweiten Kammer, noch in den gemeinsamen Abstimmungen der beiden Kammern erreicht. Zur Mehrheit in der Zweiten Kammer fehlen ihnen 30 Mandate und in den gemeinsamen Abstimmungen etwa 20 bis 25 Mandate. Noch ungünstiger steht es mit ihrer Mehrheit aus, wenn man die Stimmengahlen der beiden linken Parteien mit den übrigen vergleicht. Es haben nämlich rund 475 000 Wähler für die Linke gestimmt, gegen 285 000 für die Rechte. Die überwiegende Mehrheit der Wähler haben sich also für die Politik der Linken ausgesprochen und gegen die Politik der Konservativen und der Sozialdemokraten.

Die Stimmengahlen und Verluste der Liberalen müssen aber recht kühl beurteilt werden. Denn darin sind eine große Zahl rechtsliberaler Stimmen auch rechtsliberaler Mandate enthalten, die nur die längst fällige Liquidation einer im liberalen Gewand aufgetretenen konservativen Parteirichtung bedeuten. Diese Reinigung wäre auch zu erwarten gewesen, wenn nicht zufällig die Rüstungsfrage, sondern eine große demokratische Frage Gegenstand des Wahlkampfes gewesen wäre. Wie wenig die Rüstungsfrage für diese Leute entscheidend war, geht schon aus den minimalen Abweichungen zwischen dem Programm der Regierung und dem des Herrn Staaff hervor. Bis auf die Detailsfragen handelt es sich

gentlich nur um 1/3 Monate Übungszeit der Infanterie (über die Größe der Panzerschiffe wird man sich schon einigen) und um die Frage der zusammenhängenden oder geteilten Rekrutenschule. Im finanziellen Effekt ist die Differenz aber etwa 15 Proz. was nicht unbedeutend ist, wo schon 45 Proz. des Budgets für Rüstungen draufgehen. Die abgeplatterten Rechtsliberalen, die mit den Konservativen gemeinsam unter der Listenbezeichnung „Die Verteidigung zuerst“ zur Wahl gingen, hätten daher wenig Ursache zu ihrem Verrot gehabt, wenn sie nicht längst dafür reif gewesen wären.

Die Kammer soll erst am 18. Mai zusammen treten, weil die Regierung ihre Militärvorlage erst fertig stellen will. Die neue Lage in der Kammer läßt sich noch nicht übersehen, aber die Konservativen huldigen schon im Geist der liberalen Stimmen und in ihrer Presse wird der Bruderkuß angeboten. Das liberale Hauptorgan in der Hauptstadt, „Dagens Nyheter“, verhöhnt die lockigen Jünglinge mit ihren Liebeswerbungen nicht schlecht: „Man hat schon so bei Meinem begonnen, die Hirtenflöte zu blasen für die freisinnige Partei, der man jetzt seit einigen Monaten Ehrlichkeit und Ehre zu entreißen bestrebt war. In Wirklichkeit ist sie ja ebenso verteidigungsfreundlich wie die Konservativen, heißt es jetzt. Und man will ihr so wohl. Das gemästete Kalb liegt schon auf der Schlachtbank in Erwartung der Feier der Heimkehr des verlorenen Sohnes. Alles soll wieder gut werden, und die Freisinnigen sollen nie Anlaß bekommen, die Stunde zu bereuen, in der sie sich in den Schutz der hochsinnigen Konservativen begaben. Der Platz an der rechten Seite steht in Bereitschaft und es ist nicht im Wege, daß die „Landesverräter“ auch politische Abenteuerer genannt, sogar in den Hochsitz gesetzt werden.“

Aber das Blatt lehnt dankend ab. Es weist auf das liberale Rüstungsprogramm hin und will es den anderen überlassen, auf dieser Grundlage die Wehrfrage mit den Liberalen zu lösen. Ebenso wird jede Kombination einer liberalen Regierung abgelehnt, ein Vorschlag Brantings; es heißt vielmehr: die Liberalen haben keine Verpflichtung, den Konservativen die Kränze aus dem Feuer zu holen. Will die jetzige Regierung von Königs Gnaden gehen, dann möge die konservative Partei die Regierung übernehmen.

Eine Klärung ist vorerst nicht zu erwarten. Erst wenn die Militärvorlage fertig und der Reichstag zusammengetreten ist, kann beurteilt werden, wohin die Reise geht.

Verschmelzung zweier Großbanken.

Die Konzentration im deutschen Bankgewerbe hat in den letzten Jahren rapide Fortschritte gemacht. Ein paar Großbanken beherrschen heute das gesamte Wirtschaftsleben. Sie vermehrten in raschen Abständen ihr Kapital, kleinere Unternehmungen wurden von ihnen aufgezogen oder angegliedert; ihre Einflußsphäre wuchs im Bankgewerbe und wuchs in der Industrie. Bei der Angliederung von Bankunternehmungen handelte es sich bisher aber fast nur um kleinere und mittlere Unternehmen. Jetzt ist der Konzentrationsprozeß bereits soweit gediehen, daß zum ersten Male eine Großbank ihre Selbständigkeit aufgeben und an eine andere Großbank abgeben muß. Der A. Schaaffhausensche Bankverein in Berlin-Nord mit dem respektablen Aktienkapital von 145 Millionen und einem gesamten arbeitenden Kapital von etwa 650 Millionen Mark geht in den Besitz der Diskontogesellschaft, Kommanditgesellschaft auf Aktien, Berlin, über, d. h. die älteste deutsche Großbank, die über 88 Jahre hindurch bestanden hat, muß vor einer anderen nur wenig jüngeren Großbank (gegründet 1851) kapitulieren.

Die Verschmelzung der beiden Banken soll folgende Form haben: Die Diskontogesellschaft gründet eine neue Bank Schaaffhausen in Köln. An diese Aktiengesellschaft geht der Besitz der alten Bank Schaaffhausen in Rheinland-Westfalen über, während das Berliner Geschäft des alten Schaaffhausen direkt von der Diskontogesellschaft übernommen wird. In Groß-Berlin wird es also in Zukunft keine Filialen oder Depotskassen des alten oder neuen Schaaffhausen geben. Während Schaaffhausen zurzeit 145 Mil-

lionen Mark Aktienkapital und 25 Millionen Mark offene Reserven besitzt, wird die neue Gesellschaft Schaaffhausen nur 100 Millionen Mark Aktienkapital und 10 Millionen Mark Reserven haben. Die Transaktion ist also mit einer Zusammenlegung des Kapitals von Schaaffhausen verbunden. Die Diskontogesellschaft erwirbt nun die Aktien des neuen Schaaffhausen dadurch, daß sie eigene Aktien gegen die neuen Schaaffhausen-Aktien (im Verhältnis von 3 : 5) austauscht. Die Diskontogesellschaft brauchte zum Erwerb von Schaaffhausen 87 Millionen Mark; sie erhöht indessen ihr Kapital nur um 75 auf 300 Millionen Mark, einmal weil sie Aktien von Schaaffhausen schon besitzen wird und sodann, weil sie durch Übernahme der stillen Reserven von Schaaffhausen noch Ertragsgewinne erzielen wird.

Der Anlaß für die Fusion liegt ganz allgemein darin, daß in Zeiten niedrigerer Konjunktur die Großunternehmen sich ausdehnen können, weil sie in der vorhergehenden günstigeren Periode große Profite aufgespeichert haben und ein Konkurrenzvorteil gegen die kleinen Unternehmen, die unter der schlechten Konjunktur stärker leiden, besonders aussichtsreich ist. So hat die Schaaffhausensche Bank, die schon seit mehreren Jahren ungünstig arbeitet, innerhalb kurzer Zeit ihre Dividende von 7% auf 3 Proz. im Jahre 1913 herabsenken müssen. Die Diskontogesellschaft dagegen hat im letzten Jahr, das noch zwei andere Großbanken zur Herabsetzung der Dividende zwang, mit großem Gewinn gearbeitet. Auch steigerte sie ihre Umsätze, ebenfalls im Gegensatz zu mehreren anderen der größeren Banken, um nicht weniger als 5% Milliarden.

Schon einmal hat die Diskontogesellschaft in diesem Jahre ihr Aktienkapital (von 200 auf 225 Millionen) erhöht. Diese Kapitalerweiterung diente der Ausdehnung des überseeischen Geschäftes durch Errichtung einer Filiale in Antwerpen und durch Kapitalerhöhung einer Tochtergesellschaft (der Norddeutschen Bank) in Hamburg. Nun will die Diskontogesellschaft durch die Fusion mit Schaaffhausen offenbar auch ihren Einflußkreis in der deutschen Schwerindustrie ausdehnen. Schon heute steht die Diskontogesellschaft mit großen westdeutschen Industrieunternehmen (wie Gelsenkirchen) in enger Verbindung. Um diese Beziehungen in Westdeutschland zu pflegen, gründete sie im Jahre 1911 Filialen in Essen-Ruhe und Saarbrücken. Durch die Aufnahme von Schaaffhausen werden die Beziehungen der Diskontogesellschaft zur rheinisch-westfälischen Industrie mit einem Schläge sehr enge. Denn Schaaffhausen ist eins der Hauptkreditinstitute für jene Industrie und durch zahlreiche Filialen und Depotskassen in jenem Gebiet fest verankert.

Die Fusion und Kapitalerhöhung, durch die die Diskontogesellschaft an die Spitze aller deutschen Banken oder Industrieunternehmungen tritt (die Deutsche Bank, als nächstgrößte Aktiengesellschaft besitzt 250 Millionen Mark Kapital), wird sicher den Anstoß zu weiteren Fusionen im Bankgewerbe und zu noch größerer Kapitalkonzentration geben. Die Deutsche Bank hat in diesem Jahre ihr Kapital von 200 auf 250 Millionen erhöht, um die Bergisch-Märkische Bank in Elberfeld aufzuzugeln. Man spricht bereits davon, daß sie die Gegenaktion der Diskontogesellschaft durch Angliederung der Rheinischen Bank in Essen und der Märkischen Bank in Bochum beantworten wird. Es scheint also ein regelrechtes Wettrennen um die rheinisch-westfälische Industrie zu beginnen. Und das kann nicht eskalieren, wenn man sich vergegenwärtigt, welchen Aufschwung die Industrie in jenem Gebiet genommen hat und welche Profite durch die Kartellierung der Kohlen- und Eisenindustrie dort gewonnen werden.

Diese Beschleunigung des Konzentrationsprozesses bringt zugleich eine Reihe von wichtigen sozialen Veränderungen mit sich. Die Proletarisierung der Bankangestellten ist natürlich in solchen Riesenbetrieben eine viel schärfere, als in kleinen Privatbetrieben. Die Häufung der Zusammenstöße zwischen den Bankangestellten und den Direktoren einzelner Großbanken in den letzten Zeiten ist mit ein Beweis dafür. Weit wichtiger aber ist die Gefahr, die dem Bestand der ganzen Gesellschaft dadurch droht, daß eine Gruppe von Finanzmagnaten die Herrschaft über so gewaltige Kapitalien erhält, wie sie heute in den Großbanken zusammenfließen. Die Verrippung des Großkapitals mit der kartellierten Industrie birgt für die Lebenshaltung der arbeitenden Klassen ebenso große Gefahren als die Auspoierung durch Jälle auf Nahrungsmittel und Verbrauchsartikel. Das in den

Großbanken aufgespeicherte Finanzkapital verschärft aber zugleich durch seine imperialistischen Reigungen die Konflikte zwischen den einzelnen nationalen Kapitalistengruppen.

Politische Uebersicht.

Kulturfragen im Dreiklassenparlament.

Am Montag begann im Abgeordnetenhause die zweite Beratung des Kultusetzes. Charakteristisch ist es, daß selbst dieser wichtige Etat die große Mehrzahl der sogenannten Volksvertreter nicht zur Erfüllung ihrer parlamentarischen Pflichten zu bewegen vermochte. Das Haus war nicht besser besetzt als bei der ersten Lesung der Sekundärbahnvorlage. Freilich muß man den Abgeordneten zu gute halten, daß die Art und Weise, wie das Junkerparlament Kulturfragen behandelt, nicht gerade geeignet ist, ein allgemeines Interesse zu entfachen. Hatte man doch von vornherein aus der Generaldebatte eine Reihe bedeutungsvoller Materien ausgeschieden, um sie später gesondert zu erörtern!

Wie alljährlich, so erging sich auch diesmal wieder Herr Dr. Dietrich vom Zentrum, der den Reigen der Redner eröffnete, in beweglichen Klagen über die Ausführung des Jesuitengeetzes und über angeblich unparitätische Behandlung der Katholiken. Man merkte es ihm an, wie schwer es ihm wurde, wirkliches beweiskräftiges Material für seine Behauptungen zu erbringen. In der Tat hat die „regierende Partei“ keinen Grund zum Klagen, in Preußen geschieht nichts gegen ihren Willen, und wenn die Regierung es auch aus Selbsterhaltungsgriech nicht dulden kann, daß die Kirche einen Staat im Staate bildet, so stehen sich die frommen Herren doch bei dem jetzigen Zustande so gut, daß sie getrost auf die Erfüllung dieses Wunsches verzichten können, ohne daß ihre Sonderinteressen dadurch gefährdet werden. Deshalb war auch das schwere Geschütz, das der nationalliberale Kulturkämpfer Dr. v. Campe gegen das Zentrum aufhufte, durchaus nicht am Platze. Wer anders als die Freunde des Herrn v. Campe trägt denn die Schuld an der Macht des Zentrums? Von den Zeiten des Kulturkampfes an bis auf den heutigen Tag haben die Nationalliberalen nur mit Worten die Verfassungsbestrebungen bekämpft, aber wenn es zur entscheidenden Tat kam, haben sie noch jedesmal die Gezehe so muckrisch und reaktionär gestaltet, daß dem Zentrum zu tun kaum noch etwas übrig blieb. Es sei nur erinnert an das Volksschulunterhaltungsgesetz, das auf ewig ein Schandfleck nationalliberaler Geheißmachelei bleiben wird. Auch der so ostentativ zur Schau getragenen stillen Entrüstung des nationalliberalen Redners über die Fällung des Kaiserbriefes über die katholische Religion wird man keine allzu große Bedeutung beilegen. Vielleicht ist dieser Zwischenfall den Nationalliberalen gar nicht so ungelogen gekommen, denn worüber hätte sich ihr Redner sonst in diesem Jahre entrichten können?

Nach einer beweglichen Rede des freikonservativen Bierck über die Erfolge des Komitees „Konfessionslos“ und einigen schaltechnischen Anregungen des Abg. Eichhoff (fr. Vp.) mährte sich der konservative Freisier Schenk zu Schweinsberg im Schweiße seines Angesichts ab, den preußischen Staat als Kulturstaat hinzustellen, eine Behauptung, die eine drastische Widerlegung durch den Polen Szyzinski erfuhr, der ein treffliches Bild von der Drangsalierung der polnischen Staatsbürger im „Kulturstaat“ Preußen entrollte. Ein unbedeutender Irrtum, der ihm bei der Schilderung der bekannten Noabiter Vorgänge unterlaufen war, gab dem Minister Trott zu Solz Gelegenheit, einen Beweis seiner ministeriellen Logik an den Tag zu legen. Weil dieser eine Fall nicht ganz richtig geschildert ist, meinte der Minister des Geistes, sind auch die anderen Fälle falsch. Er brauche darauf nicht einzugehen. Sprach's und setzte sich, bejubelt von den ob solcher Weisheit entzückten Junkern.

Als letzter Redner des ersten Tages kam Genosse Ströbel zu Worte, der kurz und treffend unsere programmatischen Forderungen der Trennung von Staat und Kirche, Beseitigung aller Subventionen an die Kirche und Trennung von Schule und Kirche begründete, die Ursachen der konfessionellen Vererbung unterwies und gestützt auf ein reichhaltiges Material die Notwendigkeit einer endlichen Hebung des Volksschulwesens und der Volksbildung im Interesse der Kultur nachwies. Kann es eine trefflichere Illustration der offiziellen Bildungsbestrebungen in Preußen geben als die von unserem Redner angeführten Zahlen? Auf der einen Seite ein paar hunderttausend Mark für die Bildung des Volkes, auf der anderen

Eine Campagne in Frankreich.

Bei den Bauern des Gard.

Die kapitalistische Ausbeutung in der Gestalt des Unternehmerrgains kommt den Bauern des Gard wenig zum Bewußtsein. Auch der Zwischenhandel scheint hier keine drückenden Formen angenommen zu haben. Ehedem brachte der Bauer sein Produkt selbst auf den Markt. Jetzt wurden Agenten im Auftrage der Handelshäuser die Produzenten auf und die Märkte haben dadurch viel von ihrer Bedeutung verloren. Sehr drückend sind die Hypothekenlasten. Die schlechten Jahre des Weinbaues haben dazu beigetragen, auch die Reichlichkeit der Klasse spielt eine Rolle dabei. Man ist generös, genußfreudig und sorglos. Im Café zahlt immer einer die Runde, für die Bekannten und für die Bekannten der Bekannten, die sich an den Tisch gesetzt haben. Das bedeutet zum Schluß nicht etwa einen Ausgleich, sondern es wird eben, der Revanche wegen, mehr konsumiert, als wenn jeder für sich zahlte. Getrunken wird hauptsächlich Bier — mitunter in der Mischung mit Limonade —, aber auch nicht wenig Absinth. Doch hat der Alkoholismus nicht die schrecklichen Formen angenommen wie in den nördlichen Departements.

Im Sozialismus der südfranzösischen Bauern treten die ideologischen Motive stärker hervor als in dem des Industrie- und Landwirtschafts. Es ist nicht wahr, daß die sozialistische Propaganda bei diesen Bauern ihr Ziel eines vollständigen Wiederaufbaues der Gesellschaft versteht und sich als Partei kleiner Reformen präsentiert, aber sie kann sich ihnen nur verständlich machen, wenn sie an den Gerechtigkeitsidealismus des Volkes appelliert. Die Bauern kennen nicht — aber doch nur aus der Zeitung — die Gewalt der modernen Klassenkämpfe, dafür ist die Erkenntnis der Bedeutung des Kampfes um die politische Macht stark entwickelt. Politisiert wird im Süden von altersher mit Leidenschaft. Die sozialistische Agitation findet aber im Volk schon die Meinung vor, daß alle guten Geister die Gerechtigkeit so lange nicht verbürgen, als die „Reichen“ die Justiz beugen können. Man muß die Leute nur über die Affären Rochette-Callaug sprechen hören. Die Kapitalmacht aber stellt sich in einer Region ohne Großindustrie und Großgrundbesitz in der Z i n a n s dar. Von den Alten meinen nun manche, daß das Wort von den großen und kleinen Dieben in alle Ewigkeit gelten werde, doch verdrängt sich immer mehr das Vertrauen zum Sozialismus, der durch die Vereinigung der Arbeitenden in Stadt und Land den Reichen die Macht nehmen werde, der Gerechtigkeit zu spotten und am Mark des Staates zu zehren.

Daß der Wahlkampf dem Streit der Ideen eine oft ausgesprochen persönliche Form gibt, ist vor allem die Schuld des Bezirks-

wahlrechts. Nicht die Parteien kämpfen miteinander, sondern die Kandidaten. Und es ist nicht nur die mangelhafte Organisation der Parteien, die die Kandidaten zwingt, in den Wählerversammlungen sämtlicher Orte des Wahlkreises selbst zu sprechen, sondern die Wähler selbst wollen die verschiedenen Kandidaten hören. Trotzdem sie in den meisten Fällen ihre Wahl schon getroffen haben, gehen sie in die Versammlungen der ihnen nicht zugehenden Bewerber, so daß die Wählerversammlungen nicht selten Versammlungen der gesamten Wählerschaft des Ortes sind. Ja mehr als das. In manchen Orten kommen auch die Frauen in größerer oder geringerer Anzahl. Man darf indes nicht daraus den Schluß ziehen, daß das politische Interesse der provençalischen Frauen etwa soweit ginge, auch für sich die politischen Rechte zu verlangen. Wenn diese Frage erörtert wird, geschieht es immer noch in scherzhaftem Tone. Sicher gibt es Frauen, die dem politischen Kampf mit Leidenschaft folgen. Aber in vielen Fällen ist wohl der Umstand entscheidend, daß eine Versammlung etwas Leben in das stille Leben der aller Vergnügungsanstalten entbehrenden, von der Bahn oft weit abseits liegenden Dörfer bringt. Eben darum kommt gerne auch die liebe Jugend herbei, die natürlich keine Ahnung von dem hat, worüber der Redner spricht, aber mit sichtlichem Interesse den Mann betrachtet, der so schön und laut redet und so große Gebärden macht. Der Kandidat ersetzt da den Kinematographen.

Die erste Versammlung des Genossen Rouger, die ich mitgemacht habe, fand in dem ansehnlichen Dorf G e n e r a c statt, das rund 500 Wähler zählt. Ich war vor Rouger im Ort angelangt und erwartete ihn am Abend im Café, wo sich bald eine größere Gesellschaft von Bauern versammelte, die zumeist schwarzen Kaffee tranken. Es fiel mir auf, mit welcher ungewohnten, wohlgeleiteten Heiterkeit das Gespräch geführt wurde, das sich, wie ich entnehmen konnte, hauptsächlich um die Wahlen und die bevorstehende Versammlung drehte. Auch die Anwesenheit eines Fremden, die natürlich aufgefallen war, rief nicht etwa des Mistrauens wach, das in einem solchen Falle in anderen ländlichen Gegenden sichtbar werden würde. Ich wurde weder neugierig noch indirekt angeleitet. Nur daß ein Bauer an meinen Tisch kam und mich höflich fragte, ob ich nicht der junge K. sei. Auf meine Verneinung meinte er, sich entschuldigend, daß man geglaubt hätte, mich zu erkennen und gemeint hätte, ich sei als Gegenredner gekommen.

Der Saal, wo Rouger sprach, ist noch neu und sehr geräumig. Er faßt gut gegen 400 Personen, da aber alle Wähler gekommen waren und ein Teil der noch nicht wahlberechtigten Jugend dazu, war er überfüllt, und nicht wenige der Anwesenden mußten stehen. Das lebhafteste Temperament des Volkes mußte unter solchen Umständen die Aufrechterhaltung der Ruhe erschweren, indes war der beste Wille offenbar und Genosse Rouger konnte seine Rede bis zum Schluß unter andauernder Aufmerksamkeit halten.

Die Physiognomie der Versammlung unterschied sich sehr bedeutend von der Bauernversammlung, die ich im Allier mitgemacht habe. Die landläufige Vorstellung, daß der Südfranzose klein sei, ist jedenfalls in bezug auf die Bauern dieser Gegend unzutreffend. Man findet unter ihnen auffallend hochstämmige Männer. Der Teint ist von der Arbeit in der Sonne stark gebräunt, indes ist der dunkle Typus, wenn auch vorherrschend, keineswegs allgemein. Man sieht nicht wenig blonde Menschen, die ebensogut in einem deutschen Dorf aufgewachsen sein könnten. Das fastige, verschlossene Bauerngeschlecht, das ich im Allier nicht gesehen habe, ist hier häufig. — Die Sprache, die die Bauern untereinander gebrauchen, ist das „Patois“, wie sie sagen, d. h. das Provençalische, das in Wirklichkeit ja eine eigene Sprache, nicht eine Abart des Französischen ist. Von den Älteren sprechen viele das Französisch schwer und fehlerhaft, und auch viele von den Jüngeren haben eine häßliche, harte Aussprache. Wie man mir sagt, nimmt das Französisch im Sprachgebrauch einen wachsenden Platz in Anspruch. Da es die alleinige Unterrichtssprache ist, bemühen sich viele Eltern, es ihren Kindern schon vor dem Eintritt in die Schule beizubringen. Die Provençalien haben einen außerordentlich entwickelten Provinzial-Patriotismus, indes ist von einem nationalen Gegensatz zu den Nordfranzosen oder von separatistischen Wünschen nicht die Spur, und die Alldeutschen werden gut tun, sich in bezug auf die Wiederherstellung der Hohenstaufenherrschaft von Arelate einzuweisen zu gestöhnen.

Herbert Rouger ist ein Kind dieses Landes, überschäumend von Temperament und Humor. Er entstammt einer protestantischen Familie, in der republikanische Gesinnung zu Hause war. Seine Tätigkeit in der sozialistischen Partei hat er begonnen, als er Buchdrucker war. Er leitete die genossenschaftliche Druckerei der Stadt. Als in den vorletzten Gemeindevahlen die Sozialisten die Mehrheit bekamen, wurde er Bürgermeister. 1910 eroberte er das Deputiertenmandat mit 800 von 17 000 abgegebenen Stimmen. Diesmal hat er nicht weniger als sechs Gegenkandidaten, und alle bekennen sich zur „unifizierten“ radikalen Partei.

Generac hat das letztemal gut gewählt. Die Wählerschaft, die zu reichlich zwei Dritteln aus Grundeigentümern besteht, enthält einen bedeutenden Prozentsatz Protestanten. Der Sozialismus ist jetzt daran, die alten Gegensätze der Konfessionen zu überwinden. Der Einfluß des Alerikalismus im Schulwesen ist noch bedeutend. Von den katholischen Kindern besucht ein großer Teil die „freie“, d. h. konfessionelle Schule. Daher spielen die Fragen der Schulpolitik hier wie im ganzen Departement eine große Rolle.

Rouger beginnt seine Rede mit einer grundsätzlichen Erklärung. Das sozialistische Programm wolle nicht, wie die Gegner behaupten, die Produktionsmittel den arbeitenden Eigentümern entreißen, sondern im Gegenteil allen Arbeitenden die Produktionsmittel

Seite Millionen für die Verhütung der Jugend! Und dabei gibt es immer noch Leute, die Verhütung für einen Kulturskandal halten! Die Beratung wird am Dienstag fortgesetzt.

Zwei deutsche Kardinal.

Lange haben die Zentrumsblätter bedauert, daß nach Kopp's Tode keiner der deutschen Bischöfe den Kardinalstulpe trägt. Jetzt soll dieses Sehnen gestillt werden. Der „Osservatore Romano“ kündigt an, daß der Papst am 25. Mai ein geheimes Konsistorium halten wird. In einem öffentlichen Konsistorium am 28. Mai wird er zu Kardinalen ernennen: den Erzbischof von Toledo, den Assessor der Kongregation des Heiligen Offiziums Serafini, den Erzbischof von Bologna della Chiesa, den Erzbischof von Strigonia Csernoch, die Erzbischöfe von Lyon: Sevin, München: Bettinger, Köln: Dr. Hartmann, Wien: Piffel, den Sekretär der Kongregation der Sakramente Giustini, den Dekan Vega der Sacra Romana Rota, den Assessor der Konsistorial-Kongregation Lechi und den Präfecten der englischen Benediktiner-Kongregation Gasquet.

Hartmann und Bettinger. Die Abschließung von Wahlbündnissen mit der Sozialdemokratie hat also dem jetzigen Münchener Erzbischof in den Augen des Statthalters Christi nichts geschadet, schließt doch Rom selbst Bündnisse mit dem Teufel, wenn es im Interesse der Hierarchie liegt.

Militärkabinett und Reichstag.

Die skandalöse Hinterziehung des Reichstages, die darin bestand, daß man ohne den Reichstag erst zu fragen, in der teuersten Gegend Berlins eine Villa für den Chef des Militärkabinetts kaufte und daneben ein Dienstgebäude bauen ließ, fand damit ihren Abschluß, daß die Gebäude dem Reichsbischofamt überwiesen wurden. Ueber den Verkauf oder die anderweitige Verwendung, der Gebäude ist eine Beschlusfassung des Reichstages herbeizuführen. Dem Reichstag wird nun eine Vorlage zugehen, wonach diese Grundstücke vom Reichsbischofamt an die Heeresverwaltung gegen Erstattung der für den Erwerb aufgewendeten Kosten abgetreten werden, um zur Unterbringung des Militärkabinetts hergerichtet zu werden.

Das ist denn doch eine direkte Verhöhnung des Reichstages. Gerade damit die Heeresverwaltung diese Grundstücke nicht bekommen soll, sind sie dem Reichsbischofamt überwiesen worden, das sie anderweitig verwerthen, nämlich verkaufen sollte. Wäre das nicht der Wille des Reichstages gewesen, dann war es sinnlos, die Grundstücke der Militärverwaltung zu entziehen. Bekommt der Chef des Militärkabinetts die von ihm gewünschte Villa als Dienstwohnung, dann müssen die deutschen Steuerzahler an Verzinsung und Unterhaltungskosten für die Wohnung dieses Generals pro Jahr nicht weniger als 120000 Mark aufwenden. Es handelt sich hier um einen Kampf zwischen Militärkabinett und Reichstag. Will der Reichstag sein Ansehen nicht selbst mit Füßen treten, muß er das Militärkabinett, jene eigentliche militärische Regierung, in dessen Schranken zurückweisen.

Der Streikposten-Erlaß des preussischen Polizeiministers v. Dallwig.

Das preussische Ministerium des Innern läßt offiziös mitteilen, daß die Meldung, am 1. Juli werde eine neue Streikpostenverordnung in Kraft treten, irrig ist:

Die vor mehreren Tagen von der Tagespresse gebrachte Nachricht, demzufolge vom preussischen Ministerium des Innern darauf hingewirkt worden sei, daß am 1. Juli für sämtliche preussische Provinzen gleichlautende Polizeiverordnungen über die praktische Handhabung des Arbeitswilligenschutzes bei Ausstandsbewegungen in Kraft treten, ist nicht zutreffend. Ebenjenseitig ist es richtig, daß allgemeine Oberpräsidialverordnungen solcher Art in der Rheinprovinz erst jetzt ergangen seien. Vielmehr haben solche Polizeiverordnungen, die probeweise erlassen waren, in Westfalen und Rheinland längst bestanden und sind bei den weiteren Maßnahmen der Staatsregierung als Muster benutzt worden. Irigendwelche neuen Schritte zur praktischen Handhabung des Arbeitswilligenschutzes sind seitdem nicht erfolgt. Vielmehr war bereits Anfang Februar, wie der Minister des Innern Dr. v. Dallwig

zurückgehalten. Nach dieser kurzen Feststellung hält er einen Rückblick über die abgeschlossene Gesetzgebungsperiode.

Rouger bespricht dann u. a. im einzelnen die Bemühungen der Sozialisten speziell im Interesse der ländlichen Bevölkerung: Wenn es ihnen gelungen ist, das Altersversicherungsgesetz zugunsten der Arbeiter zu verbessern, so sieht noch die Gleichstellung der als freiwillig Versicherte angesehenen Bauern in bezug auf den finanziellen Zuschuß durchzuführen. Er zeigt, daß der beschlossene Grundrißnachschuß hauptsächlich den großen Grundbesitzern zugute kommt. Aber die Sozialisten werden unermüdet für alle Reformen im Interesse der Arbeitenden in Stadt und Land eintreten. Der Redner wendet sich dann gegen die Karaffapolitik, deren Schäden er darlegt. Sie hat aber auch die dreijährige Dienstzeit im Gefolge gehabt. Rouger weist die Beschuldigung des Antipatriotismus zurück. Die Sozialisten sind so gute Patrioten wie nur irgend jemand. Aber sie fordern eine andere, vollständiger Organisation der Armee. Der Bevölkerungsunterschied zwischen Deutschland und Frankreich macht einen Wettkampf der Zahlen der Infanteriearmee unmöglich. Die Sozialisten fordern die Verwirklichung der Nation in Waffen. Sie wollen aber auch eine Politik des Friedens. Die Arbeiter und Bauern Deutschlands sind ebenso friedlich wie die Franzosen, die Gefahr droht aus von den Herrschenden. Auch die chauvinistische Hebe, die sich an das geschichtliche Unrecht von 1871 knüpft, muß ein Ende nehmen. Die Elsch-Bathringer selbst haben ihren Willen erklärt, nicht der Kampf zwischen den beiden Völkern zu bleiben, sondern ihr Verbindungsstück zu werden. Dieser Wunsch muß respektiert werden. Die Annäherung zwischen Deutschland und Frankreich ist ebenso möglich wie die zwischen Frankreich und England, die ja auch niemand im Augenblick der Falschada-Affäre vorantreiben hätte.

Die Rede Rougers fand starken Beifall und keine Gegenrede. Sie hat mir gezeigt, daß von Verbindungen mit der Reaktion bei diesem Genossen nicht die Rede sein kann. Gewiß — Rouger hat sich gegen das Unterrichtsmonopol ausgesprochen, aber das tun in der ganzen Region auch die radikalsten Kandidaten, und manche obendrein gegen ihr eigenes früheres Programm. Gegen das Monopol sind auch Radikale von führender Bedeutung, wie Ferdinand Vuisson, der Organisator der modernen französischen Volksschule. Das ganze ökonomische Programm des Sozialismus auseinander zu setzen, bietet eine Wahlperiode und das besondere Wissen kaum Gelegenheit. Aber das entschlossene Eintreten für den Völkerverbund und gegen die chauvinistische Hebe zeigt, daß die französischen Genossen ihre internationale Pflicht überall erfüllen und die Aufnahme dieser Rede beweist, wie tief ihre Lehre in das Denken auch der bauerlichen Massen eingedrungen ist.

im Abgeordnetenhaus bei Stellungnahme zu dem nationalsozialistischen Antrag v. Krause mitgeteilt hat, behufs Durchführung der an alle Oberpräsidenten ergangenen Verfügung wegen Abänderung der in ihren Bezirken bestehenden Polizeiverordnungen das Erforderliche veranlaßt. Gemäß der Verfügung ist für eine angemessene Instruktion der Polizeiexcursivbeamten durch die vorgesehene Dienststellen-Sorge zu tragen, damit von der erweiterten Polizeivorkaufsicht auch ein angemessener Gebrauch gemacht werde. Des Weiteren hat der Minister damals bereits betont, daß bei Streifbewegungen von Erheblichkeit dafür Sorge getragen wird, daß regelmäßig, wenn irgendwo der Eindruck hervortritt, daß nicht in genügendem Maße für den Schutz der Arbeitswilligen gesorgt ist, von der Zentralstelle aus darauf hingewirkt wird, daß nach dieser Richtung hin die erforderlichen Maßnahmen getroffen werden. Das ist der wirkliche Sachverhalt.

Aus dieser „Berichtigung“ geht hervor, daß die betreffende Streikpostenverordnung schon Anfang Februar ergangen ist. Dadurch wird die Meldung in der Hauptsache bestätigt, denn nicht auf den Zeitpunkt kommt es an, sondern darauf, ob überhaupt eine solche Verordnung besteht. Wie überdies in einem Schlußsatz zugegeben wird, treten hier und da die neuen Polizeivorschriften, die auf Grund der Ministerialverordnung zustande kamen, erst am 1. Juli in Kraft. Dadurch findet auch der formale Teil der Meldung seine teilweise Bestätigung.

Wenn von dieser „Berichtigung“ etwas Beachtenswertes übrig bleibt, so ist es allein die Versicherung, daß die preussische Regierung schon im Februar den Kampf gegen die Arbeiterorganisationen aufnahm.

Zentrum und Wahlreform.

In einem Leitartikel gegen einen Aufsatz des Herrn v. Jedity im „Tag“ verwarf sich die „Kölnische Volkszeitung“ (Nr. 370) dagegen, daß das Zentrum dem neuen Minister des Innern v. Loebell Schwierigkeiten machen werde. Seine Sünden während der Wilhelmsära trage es ihm nicht nach. Er werde übrigens einsehen müssen, daß das Zentrum nicht mehr ausgeschaltet werden könne.

Darüber, wie es sich die Wahlreform denkt, äußert sich das Kölner Zentrumsblatt in folgenden Sätzen:

Der Hinweis auf die Wahlreform kann uns nicht schrecken. Man hat im Zentrum stets die Notwendigkeit dieser Reform betont und auch stets die Ansicht vertreten, daß eine gedeihliche Reform nur dann möglich ist, wenn die großen Parteien Konservativ, Freikonservativ, Zentrum und Nationalliberale, sich in dieser Frage auf einen billigen Ausgleich einigen. Das Zentrum legt dabei den Hauptdruck auf eine genügende Berücksichtigung und Schonung der Handwerker, der Gewerbetreibenden und der Bauern, die alle zusammen unter dem Begriff des Mittelstandes in Stadt und Land fallen. Vielleicht ist das Zentrum mit dieser Forderung gar nicht allzusehr entfernt von dem Programm des neuen Ministers des Innern und des Reichslanzlers in der Wahlrechtsfrage. Wir sind übrigens mit Herrn v. Jedity ganz der Ansicht, daß die Wahlrechtsfrage heute noch gar nicht akut ist. Jedenfalls glauben wir verfrühen zu können, daß sie bei der Berufung des Herrn v. Loebell zum Minister des Innern nicht entscheidend war, und daß der neue Minister des Innern überhaupt bei seiner Berufung weder diese noch eine andere Bedingung eingegangen ist.

Also, wenn nur der Mittelstand und die Bauern in der neuen Wahlreformvorlage genügend berücksichtigt werden, ist das Zentrum zufrieden — vom Arbeiter ist keine Rede.

Die Antisemiten

oder, wie sie sich jetzt nennen, „Deutschvölkische Partei“, hielten am Sonntag einen Verbandstag in Dresden ab. Man beriet über die Organisation der neuen Partei, über die zukünftige Werbetätigkeit und über die Stellungnahme zu den sächsischen Landtagswahlen 1916, bei denen eigene Kandidaten aufgestellt werden sollen. Eine Entschließung wendet sich gegen das Eindringen jüdischer Offiziere in das Heer.

Innen wieder geschmierte Polizeibeamte.

Mülheim am Rhein, das jetzt Köln eingemeindet wird, bringt ein Angebinde mit, das des „deutschen Roms“ würdig ist: einen Mülheimer Polizeistand. Im Anschlusse an einen großen Heilerproseß sind Bestechungen Mülheimer Polizeibeamter behauptet worden, die zu einer Untersuchung Veranlassung gaben. Die Sache wurde zwar sehr geheim gehalten, doch ist schon durchgesickert, und es steht fest, daß Beamte der Mülheimer Kriminalpolizei belastet sind. Die Untersuchung ist soweit gediehen, daß bald die öffentliche Verhandlung zu erwarten ist.

Der Ulster-Konflikt.

London, 26. April (Privattelegramm des „Vorwärts“). Die aus Ulster kommende Meldung, daß es den Freiwilligen gelungen sei, 70000 Gewehre und 40 Tonnen Munition einzuschmuggeln, ist wahrscheinlich stark übertrieben. Jedoch vernimmt man aus anderen Quellen, daß tatsächlich große Mengen Waffen und Munition in der Nacht vom Freitag zum Sonnabend eingeschmuggelt worden sind. Das Ereignis scheint eine sehr ernste Lage geschaffen zu haben. Man versteht jetzt erst, weshalb die Konservativen in den letzten Tagen so eifrig eine einseitige Geschäfte kolportierten, wonach die Regierung am 20. März ein Pogrom veranstalten wollte, um den Widerstand der Ulsterleute zu brechen. Heute erklären die Konservativen, der große Waffenschmuggel ist die Antwort Ulsters auf das beabsichtigte, aber mißglückte Blutbad. In liberalen Kreisen glaubt man, daß die Regierung jetzt die energischsten Schritte gegen die konservativen Revolutionäre unternehmen wird, die sie schon vor zwei Jahren hätte unternehmen sollen. Das einzige, was man von einer Aktion der Regierung weiß, ist, daß die Polizei in verschiedenen Gegenden Ulsters den Auftrag bekommen hat, nach den versteckten Waffen zu fahnden. Die Namen vieler Offiziere, die sich an der Einschmuggelung aktiv beteiligt hatten, sollen den Behörden bekannt sein. Ob ihnen etwas geschehen wird, ist jedoch sehr zweifelhaft. Die Hauptanführer der Ulsterrebellen reisen ganz frei im Lande umher, sie verlassen sich auf die liberale Aengstlichkeit und werden sicher das gefährliche Spiel noch weiter treiben. Es wird berichtet, daß die Demoralisation des Offizierkorps immer mehr um sich greift.

Militärische Maßnahmen der Regierung.

London, 27. April. Die „Times“ melden aus Dublin, daß alle Regimenter in Dublin am Sonnabend Befehl erhalten haben, sich sofort marschbereit zu halten. Das Westent-Regiment und das leichte Infanterie-Regiment von Portliffre werden heute früh Belfast erreichen und das Manchester-Regiment wird sofort von Carragh aufbrechen.

Sozialdemokratische Wahlerfolge in Frankreich.

Paris, 27. April. (Privattelegramm des „Vorwärts“). Die Kammerwahlen brachten unserer Partei im ganzen Lande einen gewaltigen Stimmenzuwachs. Selbst Algerien brachte 7000 Stimmen auf. Und im Seine-departement ist allein eine Zunahme von 55000 Stimmen zu verzeichnen. So behaupteten Lauche den ersten Wahlkreis des 11. Pariser Arrondissementes, Sembat den ersten Kreis des 18., Rozier den zweiten und Dejeanteed den ersten Kreis des 19. Pariser Arrondissementes. Baillant gewann trotz verminderteter Wählerkraft im zweiten Kreis des 20. Arrondissementes über 700 Stimmen. In St. Denis wurden die Genossen Weber, Walter und Poilin, in St. Quentin Ringuier gewählt. Ferner wurden gewählt: Lhibier in Montlucon, Brizon in Moulins, Honiaux in Douai und Guesde, dessen Stimmen um 800 zunahm, in Roubaix. Im ersten Kreis von Bethune wurde Vashy, im zweiten Lamendin, in Lyon Clausat, Thiers und Rognon, in Montceau Bouveri, in Charolles Merle und in Mort de la Porte Jaurès wurde in Cormau, Vigne und Formai im Departement Var, Petouille in Vimeux, Aldy in Narbonne, Cabrol in Villafranche, Bouisson in Marseille, Dumas und Rauger im Departement Cher, Goude in Brete, Compere Morel in Uzès, Camelle in Bourdeaux, Parthe in Beziers und Roblin in Revers. Brunet eroberte den dritten Kreis des 17. Arrondissementes, den ehemaligen Wahlkreis Prouffes, und Constans seinen alten Wahlkreis, den zweiten Kreis in Montlucon, Durc holte sich Valenciennes, Cadot den dritten Kreis von Bethune und Bressemane den zweiten Kreis von Vimeux. Rouanets Sieg in der Stichwahl erscheint sicher, desgleichen die Wahl von Albert Thomass in Delors sowie die von Chesquiere und vieler anderer. Im ersten Kreis des 14. Arrondissementes erlangte Grade mehr Stimmen als in der Stichwahl im Jahre 1910.

Verloren haben wir nur Boulogne, wo aber unser Kandidat Myrens wegen Vogelei mit den Klerikalen von der Föderation gestrichen und zu den Brandisten übergelaufen war. Allemane erhielt in seinem alten Pariser Wahlkreis nur 1200 von 9200 abgegebenen Stimmen. Ueberhaupt scheint seine Renegatenpartei verkracht zu sein.

Die Eroberung neuer Mandate für uns in der Stichwahl erscheint so gut wie sicher. So sind die Aussichten für die Wahl von Longuet in Secour sehr günstig, und auch die Wahl Dabarys im 2. Kreis des 13. Arrondissementes gilt als gesichert, da der an zweiter Stelle stehende radikale Kandidat Bouisson zurücktrat.

Die Verschiebungen anlässlich der Wahl zwischen den bürgerlichen Parteien sind so gering, daß sich Radikale und Opposition gleichzeitig den Sieg zuschreiben. Erstere besonders wegen der Wiederwahl des Ministers Caillaux, letztere weil Paris wieder reaktionär gewählt hat. „Patrie“ weist auf das Anwachsen des Sozialismus hin und fordert die Einigung der bürgerlichen Parteien im Kampf gegen den inneren Feind.

Japan.

Die Marine-Korruptions-Affäre

Tokio, 26. April. Der ehemalige Korrespondent der Agentur Reuters, Pooh, der Vertreter der Siemens-Schuckert-Werke, Hermann sowie verschiedene japanische Journalisten werden sich zusammen mit den drei Bestechlichkeit beschuldigten Admirälen vor dem japanischen Gericht zu verantworten haben. Die Verhandlungen werden in voller Öffentlichkeit geführt werden.

China.

Der Weiße Wolf.

Wie die „Kölnische Volkszeitung“ von ihrem Vertreter aus Schantung erfährt, vermehren sich die Banden des Weißen Schafes ungemein durch den Zugang von entlaufenen Soldaten. Einige Missionare sollen bereits ermordet und eine europäische Handelsstation verbrannt und geplündert sein. Ein Revolutionärführer, Guan Hin, hat sich neuerdings mit einer großen Anhängerenschaft mit dem Weißen Wolf vereinigt. Die Bewegung, die einen ausgesprochen fremdenfeindlichen Charakter trägt, zieht immer größere Kreise, weshalb es verwunderlich ist, daß verschiedene Mächte ihre Schutztruppen zurückgezogen haben. Die jetzige Lage ist bedeutend kritischer als bei der ersten und zweiten Revolution. Bei Kiangschou wurde ein Transport Silber im Werte von 90000 Mark, der auf einem großen Ochsenwagen beruhte und von einem Trupp Soldaten begleitet war, durch berittene Soldaten geraubt und auf das Meer entführt. Auch ganze Munitionsladungen verschwanden in den Händen der Banditen.

Peking, 27. April. Der Gouverneur von Schensi meldet, daß die Banden des Weißen Wolfs eine schwere Niederlage bei Finschan in Schensi erlitten haben.

Letzte Nachrichten.

Die Vorgänge in Ulster und die Regierung.

London, 27. April. Im Verlauf der Sitzung des Unterhauses erklärte Ministerpräsident Asquith in Erwiderung auf eine Anfrage, welche Schritte die Regierung nach den jüngsten Vorfällen in Ulster zu unternehmen beabsichtige: Im Hinblick auf diese schwere Anschuldigung, die keinen Präzedenzfall besitzt (Weisfall bei den Ministerialen) möge das Haus versichert sein, daß die Regierung unverzüglich geeignete Schritte unternehmen wird, um dem Geschick Achtung zu verschaffen und die Offiziere und Diener des Königs (Weisfall bei den Ministerialen) und Seiner Majestät Untertanen in der Ausübung ihrer Pflichten und in dem Genuß ihrer geschützten Rechte zu schützen. (Weisfall.) Der Führer der Ulsterpartei, Sir Edward Carson, wohnte der Sitzung bei.

Eine verspätete Intervention.

Washington, 27. April. Präsident Wilson hat persönlich an John Roddewell appelliert, er möge eine Verständigung in dem Grubenstreik in Colorado herbeiführen und den Gemaltätigkeiten ein Ende machen, die viele Menschenleben gekostet und großen Eigentumschaden verursacht hätten.

Russische Polizisten im Kampf mit Räubern erschossen.

Zeljanow (Tiflis), 27. April. Im hiesigen Bezirke wurden während der Verfolgung einer Räuberbande und eines flüchtigen Justizhändlers ein Polizeioffizier und ein Polizeibeamter getötet. Ein anderer Polizeibeamter sowie zwei Dorfbewohner wurden verwundet.



W. Wertheim

G. m. b. H.

Passage-Kaufhaus
Friedrichstrasse 110-112

Fortsetzung des Konkursmassen - Ausverkaufs

zu bedeutend herabgesetzten Preisen
in den Lebensmittel-Abteilungen,

soweit der Vorrat reicht:

Kolonialwaren, Konserven, Tee,
Liköre u. Weine (Originalmarken).

Morgen **Mittwoch** beginnt der

Konkursmassen - Ausverkauf

zu bedeutend herabgesetzten Preisen

von Glas, Porzellan u. Steingut, Emaillewaren, Wirt-
schaftsartikeln, Beleuchtungsartikeln, Musikinstru-
menten, Spielwaren, Bettstellen u. Betten, Küchen usw.

Für das photographische Atelier
werden Aufträge nicht mehr angenommen!

Der Konkursverwalter

Achtung! Am 1. Mai bleibt
mein Geschäft geschlossen.
Arbeits-Anzüge
Wilhelm Pahr, Brunnen-
str. 116.

**Arbeiter-
Gesundheits-Bibliothek**
Jedes Heft 20 Pfg.

H. & P. Uder, Berlin SO. 16,
Engel-Ufer 5.
Tabak-Großhandlung und Tabakfabrik.
Rauch-, Kau-, Schnupftabake, Zigarren, Zigaretten.
Vorteilhafteste Bezugsquelle für Wiederverkäufer.
Größte Auswahl gelagerter Zigarren in allen Preislagen.
Sämtliche bekannten Marken zu Originalpreisen.
Zigaretten
Amt 4. 3014.

H. Pfau, Bandagist
Berlin Direksenstraße 20
C.
zwischen Bahnhof Alexanderplatz und
Vollzeppelinbrücke. — Amt Kat. 3208.
Für Damen Frauen-Bedienung.
Stiefelant für alle Krankentafeln.

Wichtig für Fräser!
Fabrik für Goldbearbeitung, Goldschmiederei,
Silber-, Goldschmiederei, umhänd-
elbar sofort billig zu verkaufen.
Gelegenheit zur Bildung einer
Genossenschaft vorhanden.
Röhres Reichenerger Str. 57.

Theater und Vergnügungen

Dienstag, den 28. April 1914.
Anfang 5 Uhr.
Passage-Theater. Kino-Patrol.
Anfang 6 1/2 Uhr.
Eines Rollendorfer-Theater. Was
mir die Widnis gab.
Anfang 7 1/2 Uhr.
Kgl. Cbernhaus. Die Fieder-
maus.
Kgl. Schauspielhaus. Die Venus
mit dem Papagei.
Deutsches. Ein Sommer-nachts-
traum.
Leining. Der Oehl.
Kammerspiele. Freiheit.
Anfang 7 3/4 Uhr.
Metropol. Die Reise um die Welt
in 40 Tagen.
Anfang 8 Uhr.
Urania. Mit dem „Imperator“ nach
New York.
Deutsches Künstler-Theater.
Schneiders Wibel.
Berliner. Die einst im Mai.
Königgrätzer Straße. R. R. Su.
Theater des Westens. Polenblut.
Theater am Rollendorferplatz.
Der Juxbaron.
Thalia. Wenn der Frühling kommt.
Heinrich. Jettchen Geber.
Trionon. Die Notbrücke.
Komödienhaus. Kammermusik.
Polenblut. Die spanische Fliege.
Deutsches Cbernhaus. Die spanische
Fliege.
Schiller O. Herodes und Mariamne.
Schiller Charlottenburg. Das
Glück im Winkel.
Woutis Cberreiten. Jung-England.
Reinhold. Der Regimentspapa.
Kate. Die Dollarprinzessin.
Kaliko. Wo die Liebe hinfällt.
Reichshallen. Stettiner Säger.
Herrnfeld. Die von oben und
unten.
Wintergarten. Spezialitäten.
Apollo. Der Stolz der 3 Kom-
pagnie.
Palast-Theater. Spezialitäten.
Anfang 8 1/2 Uhr.
Friedrich-Wilhelmsstädtisches.
Die Notbrücke.

Römische Oper. Der müde Theodor.
Walhalla. Langosieder.
Zuifen. Los von Kullern.
Dolles Caprice. Tobumababa. Das
Karnickel. Das Erdbeben.
Anfang 8 1/2 Uhr.
Neues Volkstheater. Der
Kaiserjäger.
Anfang 9 Uhr.
Admiralspalast. Im Tangoklub.
Berliner Cbernhaus. Die spanische
Fliege.
Theater am Rollendorferplatz. Was
mir die Widnis gab.
Sternwarte. Invalidenstr. 57-62
Schiller-Theater O.
(Wallner-Theater).
Dienstag, abends 8 Uhr:
Herodes und Mariamne.
Mittwoch, abends 8 Uhr:
Heiligenwald.
Donnerstag, abends 8 Uhr:
Rosenmontag.
Schiller-Theater Char-
lotten-
burg.
Dienstag, abends 8 Uhr:
Was ihr wollt.
Mittwoch, abends 8 Uhr:
Des Meeres und der Liebe
Wellen.
Donnerstag, abends 8 Uhr:
Das Glück im Winkel.
Theater des Westens.
8 Uhr: **Polenblut.**
Sonntag 8 1/2 Uhr: Der liebe Augustin.
ROSE-THEATER
Grote Frankfurter Str. 132.
Anfang 8 Uhr.
Die Dollarprinzessin.
Operette in 3 Akten von Böhner und
Grünbaum. Musik von Leo Fall.
Mittwoch: Die Dollarprinzessin.

Theater in der Königgrätzer Straße
Täglich 8 Uhr:
Mr. Wu.
Komödienhaus.
8 Uhr:
„Kammermusik“.
Berliner Theater.
8 Uhr:
Wie einst im Mai.
Friedrich-Wilhelmsstädt. Theater.
Anfang 8 1/2 Uhr.
Die Förster-Christl.
Theater am Rollendorferplatz 5.
8 Uhr:
Der Juxbaron.
Deutsches Künstlertheater
Sozialität.
Nürnberger Straße 70/71, am Zoo.
Kasse: Rollendorfer 1323.
Dienstag, 8 Uhr:
Schneider Wibel.
Mittwoch, 8 Uhr:
Schneider Wibel.
Trionon-Theater.
Täglich abends 8 Uhr:
Die Notbrücke.
Sonntag Am. 3 Uhr: Die Notbrücke.

Theater an der Weidendammerbrücke.
Täglich 8 1/2 Uhr: **Der müde Theodor**
mit Henry Bender als Gast.
Stürmischer Lacherfolg laut ein-
stimmigem Bericht der Presse.
Residenz-Theater.
8 Uhr:
Der Regimentspapa.
Casino-Theater
Lothringers Straße 37. Täglich 8 Uhr.
Bieder ein großer Theater-Erfolg!
Der neue Lustspiel-Schlager
Wo die Liebe hinfällt.
Vorher das neue April-Programm.
Tauberts! Selma Wallis! Will & Wiwi!
Sonnt. 4 U.: Truchsess Sommerreise.
Volgt-Theater
Badrstraße 58.
Morgen Mittwoch, den 29. April 1914:
Zum Besuch für Ernst Franzen:
Der stolze Heinrich.
Vollständ. mit Gesang in 5 Akten
von Jacobson und Wilken.
Kasseneröffnung 7 Uhr. Anf. 8 1/2 Uhr.

URANIA
Taubenstraße 48/49.
8 Uhr:
Mit dem „Imperator“
nach New York.
Wintergarten
Letzte Woche!
Ein
**beispielloser
Erfolg**
der von
Publikum und Presse
glänzend beurteilten
April-Attraktionen!
Entreesplatz wochentags
M. 0.60.
- Rauchen gestattet! -
Apollo-Theater.
8 Uhr. Tel.: Lützow 2757. 8 Uhr
Nur noch 3 Tage.
Der Stolz d. 3. Kompagnie
mit
Hartstein.
Vorher das große Varietè-Programm.
Rauchen gestattet!
Metropol-Theater.
Abends 7 Uhr 55 prächtige:
**Die Reise um die Erde
in 40 Tagen.**

Passage - Panoptikum.
Der englische
Riese
Teddy Bobs.
Der größte Mensch, der je
gelebt! 160 mm größer als
Machnow! 19 Jahre alt.
20 Säle mit Sehenswürdigkeiten
Alles ohne Extra-Entree!
Eintr. 50 Pf. Kind. u. Sold. 25 Pf.
Folies Caprice.
8 1/4 (Tohnwabohn
Das Karnickel
Das Erdbeben.)
Admiralspalast.
Eis-Arena.
Die
Novität „Im Tangoklub“
und zum 288. Male das effekt-
volle Eisballett „Die lustige
Puppe“. Bis 6 Uhr u. ab 10 1/2 Uhr
halbe Kassenpreise.
Wein- und Bier-Abteilung.
Reichshallen-Theater.
Stettiner Säger.
Herr D'rektor Kuhlicke
Bestes von
Respekt.
Anfang 8 Uhr.
Sonntags
7 1/2 Uhr.

Gewerkschaftliches.

25 Jahre zentrale Sattlerorganisation.

Der Verband der Sattler und Portefeuller konnte in diesen Tagen sein 25-jähriges Jubiläum feiern. Am Ausgange des Sozialistengesetzes war es, als eine Anzahl Sattler, die in den achtziger Jahren in den Fachvereinen der einzelnen Städte organisiert waren, den Entschluß faßten, eine zentrale Organisation ins Leben zu rufen. Es war nicht das erste Mal, daß die Sattler eine Zentralorganisation schufen. Bereits 1872 wurde auf dem ersten Sattlerkongreß, der von Jgnaz Auer, damals noch Sattlergeselle, einberufen war, der „Allgemeine Deutsche Sattlerverein“ gegründet. Ihm voraus waren die verschiedensten lokalen Vereine mannigfacher Färbung gegangen. Die rauhe Zeit der siebziger Jahre, der schneidige Staatsanwalt Lessendorf und später das frichtige Problem über die Bedeutung der gewerkschaftlichen Organisation bliesen der jungen Organisation sehr bald das Lebenslicht aus. Anders im Jahre 1880. Als zum zweiten Male der „Allgemeine Deutsche Sattlerverein“ gegründet wurde, bestanden in vielen Großstädten schon lange Jahre Fachvereine. Weiter war im Jahre 1884 eine zentrale Hilfskasse der Sattler gegründet und im April 1887 die „Allgemeine Deutsche Sattler-Zeitung“ ins Leben gerufen worden. Unter diesen Voraussetzungen war der Gedanke einer Zentralorganisation bei den Sattlern gut vorbereitet worden. Der einzige Widerstand war in dem Berliner Fachverein anzutreffen, so daß in Berlin bis zum Jahre 1896 beide Organisationen nebeneinander bestanden.

Die Organisation im Sattlergewerbe baute sich zunächst nur auf die Militäreffektenindustrie auf. Das übrige Sattlergewerbe, die Privatindustrie, war zu sehr von dem Kleinmeisterium beherrscht. Die Fabrikation der Militäreffekten war ein Periodengeschäft. Jahrelang lag die Produktion brach, um dann wiederum alles, was Sattler war, aus dem Versteck herauszuholen. Solche Produktionsmethoden sind der natürliche Nährboden für die Hausindustrie und für das Zwischenmeisterium. Dinstu kommen noch die ungünstigen Submissionsbedingungen. Die Fluktuation im Mitgliederstande war daher sehr groß, sie wirkte auch außerordentlich ungünstig auf die Massenverhältnisse ein. Mit jeder neuen Militäraufstellung entstanden auch neue Lohnkämpfe, für deren Durchführung die Sattler in den ersten Jahren des Bestehens ihrer Organisation mehrfach die Hilfe der Öffentlichkeit und der anderen Organisationen in Anspruch nehmen mußten. Als es Ende der neunziger Jahre gelang, die Privatindustrie der verschiedensten Branchen für die Organisation zu interessieren und nach und nach der enormen Fluktuation im Mitgliederstande durch Einführung der verschiedenen Unterstützungszeile in gewissen Grenzen Einhalt geboten wurde, nahm die Organisation stetig an Bedeutung zu. Wie in allen übrigen Organisationen wurden im Anfang des Bestehens der Organisation die geringen Fortschritte der Form der Organisation aufgehoben. Bereits im Jahre 1892 wurde mit der Tapeziererorganisation über einen Zusammenschluß der beiden Organisationen verhandelt. Im Laufe der neunziger Jahre wurde diese Frage wieder sehr lebhaft diskutiert, ohne jedoch zu positiven Resultaten zu führen. Auch andere Fusionsbestrebungen lauchten auf, von denen bis zur Stunde keine einzige realisierbar wurde. Nach 1900 wandte sich die Sattlerorganisation mehr ihrem eigenen Ausbau zu. Mit dem Aufschwung der allgemeinen wirtschaftlichen und technischen Entwicklung wurden der Organisation neue

Agitationsgebiete zugeführt. Das ständige Wachstum auf dem Gebiete des Verkehrs und die nie ruhende Entwicklung im Verkehrswesen selbst wirkten auf das Sattlergewerbe im ab- und aufbauenden Sinne gewaltig ein. Die Luxusindustrie in der Automobilbranche und in der Lederwarenfabrikation beschäftigte viele Tausende von Arbeitern und Arbeiterinnen, die schon zu einem großen Teile der Organisation zugeführt wurden. Die technische Vervollkommnung im Produktionsprozeß brachte die Portefeuller und Sattler im Jahre 1900 zur Verschmelzung ihrer beiden Organisationen. Der Verband darf an seinem Gedenktage, an dem er zirka 15 000 Mitglieder zählt und für zwei Drittel der Mitglieder tariflich geregelte Arbeitsbedingungen aufzuweisen hat, auf ein erfolgreiches Streben zurückblicken. Möge er auch weiterhin erfolgreich für seine Verursachenden wirken.

Berlin und Umgegend. Zum Kampf der Steinarbeiter.

Die Steinarbeiter von Groß-Berlin befinden sich jetzt die sechste Woche im Kampf. Beginnend mit der Aussperrung der Marmorarbeiter am 2. März, zog die Bewegung weitere Kreise durch die Aussperrung der Sandsteinarbeiter am 1. April und die Arbeitsniederlegung der Grabsteinarbeiter. Zugewogen sind 550 Steinarbeiter im Kampf, etwa die Hälfte aller Berufsangehörigen. Hervorgehoben wurde der Kampf durch den Verband der Steinmetzgeschäfte, welcher die seit 1911 bestehenden Tarife nach dem jetzigen Ablauf weitere zwei Jahre unverändert bestehen lassen wollte. Demgegenüber verlangten die Arbeiter eine Verkürzung der Arbeitszeit und gleichzeitigen Lohnausgleich für die verkürzte Zeit. Ursprünglich den Achtstundentag auch für die Bauten fordernd (in den Werkstätten und Plätzen der Sand- und Grabsteinbranche besteht dieser schon seit 15 Jahren), reduzierten die Arbeiter ihre Forderung, um den Kampf zu vermeiden, auf 8 1/2 Stunden, so weit Arbeiten in Frage kommen, welche unabhängig von den übrigen Bauarbeiten gemacht werden können, während sie für die mit den Mauern gemeinsam auszuführenden Arbeiten den alten Zustand bestehen lassen wollten, nämlich die tarifliche Arbeitszeit der Maurer. An Entgegenkommen aus der Arbeiterseite hat es also nicht gefehlt. Um so halbsünniger zeigten sich die Unternehmer beim Führen, welche unter keinen Umständen weber in der Arbeitszeit noch in der Entlohnung die geringste Änderung eintreten lassen wollten. Die Zeit schien ihnen günstig, um den Arbeitern das Mitbestimmungsrecht freitrag zu machen. Hauptächlich sind ihnen die Arbeitslosenbededen des vergangenen Jahres zu Kopf gestiegen — jetzt oder nie glaubten sie ihr Mächten an der verhassten Arbeiterorganisation fühlen zu können. Sie glaubten eine durch Arbeitslosigkeit mürbe gemachte Arbeiterkraft vorzufinden, die sich widerstandslos dem Nachwort „ihrer Brotherrn“ fügen würden. Nun da sie sich getäuscht sehen, erheben sie ein wütendes Geschrei über die angebliche Täuschung der Öffentlichkeit durch den „Vorwärts“ und den „Steinarbeiter“, welche beiden „sozialdemokratischen“ Blätter aus parteipolitischen Gründen die Arbeitslosenunterstützung forderten, während in Wirklichkeit hierfür kein Bedürfnis vorhanden wäre, was aus der geringen Zahl von gegenwärtig arbeitslosen Steinarbeitern hervorgeht.

Da ihnen arbeitslose „Arbeitswillige“ am Orte nicht zur Verfügung stehen, suchen sie solche von auswärts nach Berlin zu ziehen unter Versprechungen, welche weit über das hinausgehen, was die Kämpfenden fordern. In der Marmorbranche versuchen die Unternehmer ihre alten eingearbeiteten Leute durch neuankommende zu ersetzen, ein Beginnen, welches ebenfalls Tausende von Karl mehr erfordert, als die Bewilligung der geforderten Verbesserungen. Die satissam bekannte Qualität der „Arbeitswilligen“ bürgt dafür, daß die Unternehmer auf diesem Wege ebenfalls nicht zum Ziele gelangen werden. Sie werden froh sein, wenn sie ihre alten eingearbeiteten Leute, denen sie ihren Weg zum größten Teil verdanken, wieder erhalten. Schon jetzt wird ihnen dies, trotz der „schwarzen Listen“ nur in beschränktem Maße möglich sein. So gern wie sich die Unternehmer die Aufträge gegenseitig abnehmen, so gern stellen sie auch die

Arbeiter der Konkurrenzfirmen ein und mit Vorliebe natürlich die besten Kräfte. Und sie, die sich durch die Schreier im Unternehmerlager, die selbst zum Teil wenig oder keine Leute beschäftigt haben, verleiten lassen, die Aussperrung mitzumachen, anstatt sich mit den Arbeitern in Güte zu einigen, sie werden neben den Opfern des ihnen ausgedrungenen Kampfes auch noch das Nachsehen haben. Den Arbeitern kann recht sein. Sie haben kein allzu großes Interesse daran, ob sie bei diesem oder jenem Unternehmer ihre Knochen zu Markte tragen.

An Helfereiselnern fehlt es natürlich auch den Unternehmern der Steinindustrie nicht. Allen voran ist da wie immer in solchem Falle die Polizei. Das gefälligst gewählteste Streifenpostensystem wird scharf zur Unmöglichkeit. So wurden z. B. bei der Beobachtung des Möbelerischen Grabsteingeschäftes am Bahnhof Gesundbrunnen zwei Streifenposten mit einem Strafmandat von je 30 M. bedacht, obgleich sie nur auf der gegenüberliegenden Straßenseite auf- und abgingen und weder Passanten noch sonst jemand angeprochen oder „belästigt“ hatten. Natürlich wird wie in allen anderen Fällen das Gericht zu entscheiden haben, ob das Geheh oder die Polizei maßgebend ist. In Weihensee tut die Gendarmerie ihre Schuldigkeit. Die Arbeitswilligen der Norddeutschen Granit- und Marmorwerke, Inhaber Gottschalk, Schönstraße, und diejenigen der Firma Ellert u. Jache, Ledderstraße, werden durch starke Aufgebote von und nach der Arbeit eskortiert. Und der Herr Obermeister und Verbandsvorsitzende Herzog, in Firma Stahl u. Herzog, Grabsteingehäft in Neußölln, Hermannstraße, ist ständig bemüht, den polizeilichen Schutz zu erweitern, obgleich kein Mensch ihm ein Härden zu krümmen beabsichtigt. Auch das Photographieren der Streifenposten soll ihm durchaus nicht verabsät werden. Wahrscheinlich wird im hohen Rat des Unternehmerverbandes geplant, die nächste „schwarze Liste“ als Photographiealbum herauszugeben.

Scharf beurteilen müssen wir jedoch das Verhalten des Spandauer Zentralarbeitsnachweises, welcher der Firma Veiter Arbeitswillige vermittelt hat. Solche partitische Institute haben sich unseres Erachtens einer Parteinahme während eines Kampfes unbedingt zu enthalten. Das gleiche sollte man auch von der Militärverwaltung erwarten. Ein Bruder des Grabsteingehäftsinhabers Jäkel in Weihensee, Möldstraße, hat seinen Urlaub bereits das zweite Mal verlängert erhalten. So sehr wir einem Soldaten den Urlaub an sich gönnen, dürfte er nicht dazu verwendet werden freireibenden Arbeitern in den Rücken zu fallen. Vielleicht ist dies auch der Militärverwaltung in Spandau, 3. Pionierbataillon v. Rauch, nicht bekannt. Auch die Landarbeiterzentrale, Koppenstraße 96 und Fruchtstraße 72, gibt sich rechtliche Mühe, den Unternehmern Arbeitswillige zuzuschleusen. Bis jetzt ohne Erfolg.

Am schäbigsten zeigt sich auch im Kampfe der Steinarbeiter die sogenannte unparteiische Presse, die leider noch immer von Arbeitern durch Abonnement unterstützt wird. Inerate nach unorganisierten Arbeitern sind täglich in ihr zu finden; dazu eine Berichtserstattung, die ebenfalls aus dem Unternehmerlager stammt. Noch am 25. April berichtete die „Morgenpost“, daß die Steinarbeiter auf ihrer Forderung der achtstündigen Arbeitszeit verharren und daß die Unternehmer nicht in der Lage seien, diese mit dem dazugehörigen Lohnausgleich zu bewilligen. Auch die beamteten und privaten Bauinteressen werden durch die Unternehmer falsch unterrichtet, um die Schuld an der Verzögerung der Arbeiten den „unerschämten“ Arbeitern aufzuhalsen. Demgegenüber stellen wir wiederholt fest, daß die Steinarbeiter neben der teilweisen halbstündigen Arbeitszeitverlängerung nur eine zirka fünfprozente Lohnverhöhung fordern. Wegen ihrer übrigen Forderungen, die ja wie bei allen Lohnbewegungen Verhandlungsobjekte sind, ist überhaupt noch nicht verhandelt worden, wie denn überhaupt die Unternehmer sich jeder Verbesserung gegenüber auf den strikt ablehnenden Standpunkt stellten. Ihr einziges „Entgegenkommen“ bestand darin, daß sie erklärten, die angebotenen Verschlechterungen zurückzuziehen.

Die Berliner Steinarbeiter werden den ihnen ausgezwungenen Kampf weiterführen. Sie erwarten die moralische Unterstützung der gesamten Arbeiterschaft. Insbesondere bitten sie, die Liste der gesperrten Geschäfte zu beachten und die in Arbeit befindlichen Steinmetzen und Marmorarbeiter einer scharfen Kontrolle zu unterziehen. Jeder in Arbeit befindliche Steinarbeiter der Granit-, Marmor-, Sandstein-, Kunststein- und Grabsteinbranche muß mit einer Arbeitslosenliste das ganze gewerkschaftliche Mühen der Arbeiterklasse, das Schaffen dieses millionenhändigen in Wahrheit einzig ungemaltigen Niefen unseres industriellen Zeitalters. Da vernimmt unser Ohr in Fabriken, Werkstätten, Erz- und Kohlenhäusern das Geräusch von Schwungradern, das Wachen schwerer Hämmer auf Ambosse; da pfeifen Treibriemen und stoßen Maschinenrollen, da schwirren Webereischiffen, da klüffeln und klappern Dreschfegeln auf den Tennen und Wabgänge in großen Mühlen; draußen auf den Feldern raschelt die Egge, der Schollen stürzende Flug. Fernab aber von dem allen, in Dächern und Geklebrtenstuben raschelt die Schreibfedern über weiße Papierbögen, die sich gemach mit geharnischten Buchstabenritten stolzer revolutionärer Gedanken füllen. Und allenthalben, wohin wir hordern, ertönt das Parolewort: Freiheit. Immer ungestümer vernehmbar wird dieser Ruf; immer kompakter schließt sich das Volk der Schwielenhände zusammen; immer plastischer, plastischer bis zu einer Wildheit, die ordentlich sichtbar zu werden beginnt, gestaltet sich die Musik der Instrumente, bis dann über dem Grabe der Hyrauni das Orchester mit den noch wechselnd einzeln singenden Chören sich zu einer Masse vereint, um den Siegesklang der Liebe und Brüderlichkeit freudig ertönen zu lassen.

Der Komponist verfuhr gemäß der Struktur des Gedichts, indem er auf einen Bariton die Rolle des Zustandsbilders übertrug. Dadurch wurden der Männerchor wie der Frauenchor zu toncharakteristischen Vertretern ihrer besonderen Ideen. Der Zusammenschluß des ganzen Vokal- wie des Instrumentalkörpers, ähnlich dem in Beethovens Reaniter Sinfonie ergab sich da aus den vorausgehenden Situationen.

Ausführende waren das Blüthner-Orchester, der Bariton Gustav Thämler-Walden und der Männer- und Frauenchor Neußölln. Es ist unstrittig ein großes Verdienst seines Dirigenten J. Bieth, daß er nach dem Vorgang von Erfurt und Jena als erster für Berlin die Aufführung des sowohl in poetischer wie musikalischer Beziehung einzigartigen Werkes gewagt hat. Wieviel Begeisterung und technisches Gemühen daran gesetzt wurde, ließ sich schon jetzt erkennen. Den Wiederholungen wird sicher die Wiedergabe in allen Teilen noch vollendeter gelingen.

Aus dem Programm stach noch eine Rhapsodie für Bariton und Orchester: „Kornegalks Song“ hervor, die den Chorleiter auch als einen fähigsten begabten Tonsetzer zeigte.

Theater.

Kleines Theater: Marx's großes Herz. Lustspiel von Karzig Palm. Offiziere in österreichischer Uniform, die als mehr oder minder beteiligte Chören über die Bühne gehen, vermögen nur den Unkundigen über den wahren Schuplay der „Handlung“ zu täuschen. Kenner der Münchner Gesellschaft und des Münchner „Milieus“ wissen es besser. Daß das Stück anlässlich seiner Aufführung am Münchner Schauspielhaus im vorigen Jahre als „Schlüssel-drama“ angeprochen wurde und daß der Verfasser sich genötigt sah, diesen ihm besonders wegen der Titelfigur gemachten Anwurf durch öffentliche Erklärungen zu entkräften, ist schließlich nebensächlich. Weiber vom Schlage der Kommerziantin Mary Ernieber mit einem „großen“, viel Männern auf einmal untergeschlupf gewährenden Herzen, oder wie der Stadtmüchener drausischer zu sagen pflegt: Weiber mit einer „weißen Leber“, gibt's ja überall. Marx ist nur ein Typus dieser leicht Entzünd-

Kleines Feuilleton.

Die Bildungsarbeit der Arbeiterklasse. An zwei Tagen wurde soeben ein Bild auf den Gesamtbau der Bildungsarbeit des Klassenbewußten deutschen Proletariats möglich. Im achten Jahre wird jetzt die Arbeit planmäßig über's Reich hin betrieben. Der harte, verlagerte Grund, auf dem die Arbeiterklasse mit dem Spaten ihres Willens zur Nacht immer tätig gewesen ist, wurde mit neuen Mitteln in Arbeit genommen, und in kurzer Zeit ist die Ausschachtung weiter wichtiger Bodenstreden so weit gediehen, daß schon die Grundmauern gelegt und bis über den Bodenrand emporgeführt werden konnten. Das Ergebnis des achten Arbeitsjahres ist, daß die Bildungsausschüsse ganz Deutschland überziehen: auch das letzte noch unbeflegte Feld ist jetzt unter den Spaten genommen. Und nun wirkt die Lagung der Ausschüsse, die am Sonnabend und Sonntag beriet, wie ein ausgebreiteter hunderträumig angelegter Bau, auf dem überall Werkleute Stein auf Stein mauern: sicher Eingearbeitete und noch laufende Keulinge, alle mit ruhiger Gewissenhaftigkeit hantierend und alle mit Vertrauen, daß das mühevollte Werk wachsen wird. Dies schlichteste Vertrauen zur Sache prägte das Bild der Lagung. Wie dürfen zufrieden sein. Und darum: weiter!

Was ist eigentlich der Wert unserer Bildungsarbeit? Sie verzweigt sich über eine Reihe Bildungsgebiete, auf denen durchaus nicht wir zuerst tätig sind. Vortragswesen, Bibliothekswesen, Kunstpflege, Jugendbildung, Hausverziehung, alles ist schon vorher durchgeführt und vielfach gefordert worden. In großem Angebot drängt diese Arbeit sich auf dem Markte des geistigen Lebens der Gegenwart, und auch die Arbeiterklasse hat manderlei Vorteil davon gehabt. Aber eines gelang der Vorarbeit nicht: so zu schaffen, daß die Masse der Arbeiterklasse dafür gewirkt wurde. Deshalb es nicht gelang? Weil geistige Kultur sich nicht in irgendeiner Form künstlich aufstropfen läßt. Sie hängt von gesellschaftlichen Möglichkeiten ab: im Aufsteigen schon und dann in der Weise ihres Gedehens. Soll das Korn Wurzeln treiben und gesund aufgehen, so muß es einen Boden von bestimmter Art um sich haben. Das aber macht im modernen öffentlichen Erziehungsweisen die Bedeutung der Arbeit unserer Bildungsausschüsse aus, daß sie zwischen Korn und Boden diese beste Verbindung herstellt.

Die geistige Kultur der Arbeiterklasse kann nur gedeihen, wenn sie das Werk der Arbeiterklasse selbst ist. Die Bildungsausschüsse aber wachsen aus den organisierten Massen der Arbeiterklasse hervor, und was sie leisten, hängt im Gelingen davon ab, wie sehr sie imstande sind, die besondere erzieherische Form zu finden, die im Proletariat den Drang nach geistiger Entwicklung in Bewegung zu legen vermag. In immer neuen Einzelheiten, die auf der Lagung der Bildungsausschüsse bei all den beratenen Arbeitshöfen bekannt gegeben wurden, zeichnete sich das ernste Werden und Kämpfen um diese Form, die allein zu Erfolgen führen kann. Worauf sie beruht? Kurz gesagt: auf erzieherischer Selbsttätigkeit der Klasse. Eigenartig ist der geistige Verkehr zwischen Erziehern und Erziehenden, den wir herauszubilden müssen. Wir demokratisieren ihn aus der Seele der Arbeiterklasse heraus. Sie schafft sich auf diesem Felde ihr Recht, indem sie ihre geistigen Helfer nach ihren höchsten Lebensbedürfnissen herbei und leitet. Es ist ein wesentliches Merkmal dieser Bewegung, daß

sie ihre Sorgen und Helfer in schnell wachsender Zahl aus den eigenen Reihen holt und an den andrängenden Aufgaben entwickelt. Daß ihr das von Jahr zu Jahr mehr gelingt, ist ein belangvolles Zeichen der natürlichen Kraft, die in ihr wohnt. Vielerlei Drucksachen, die auf der Lagung ausgelegt waren und herumgereicht wurden, viele rednerische Rednerungen kurz und bündig gefaßt, beschäftigten die reife sachliche Tätigkeit, die hier am Bau schafft: eigengewachsen, besonderen Bedingungen vergrößert, und mit dem Drang, das Beste auszubieten. Wir haben den guten Ruf, unvertuschlich schön zu sein, und wir werden ihn, so schwer die Arbeit ist und so allmählich sie, vor Ueberfälligkeiten organisch bewahrt, fortschreiten mag, auch auf diesem Felde bewahren. Wir haben uns durchdrungen zu dem und in diesem Leben beherrenden Lebensgefühl: Es geht vorwärts. Aus diesem Lebensgefühl saugt nun auch unsere Bildungsarbeit das Vertrauen, daß sie besetzt und über alle Hemmungen und alles Nichtigkeiten im Keinen hinwegbringen wird zum Gelingen im großen.

Unsere Kraft ziehen wir aus der Einsicht, daß geistige Kultur aus dem Boden der Massenkultur aufsteigt. Indem wir dieser Einsicht folgen, schaffen wir dem einzelnen Ertrage die beste Sicherung: wir geben ihm eine Umwelt, die ihn hält, stützt und weiter fördert. Unsere Bildungsarbeit, getragen und befruchtet von dem wirtschaftlichen und politischen Fortschritt der Arbeiterklasse, wird die Wirkung haben, daß die niederziehenden Gewalten, von denen die kulturelle Entwicklung des Einzelnen heute von allen Seiten her erdrückt wird, an Macht einbüßen. Je mehr unsere Bildungsarbeit die Arbeiterklasse erfasst, um so mehr wird sie im höchsten Sinne gesellschaftliche Kultur.

Karl Weisers Helatonsehnen in Berlin. Im heutigen Musikschaffen dokumentiert sich neben Ehrlichkeit und Gesundheit doch auch die eitle Sucht nach Erfindung ungewohnter Tonfolgen und Klangeffekte. Damit allein ist für die Wehrheit nichts getan. Anders verhält es sich mit solchen Gebilden, in deren Rhythmen die Sprache einer nach geistiger und sozialer Freiheit verlangenden Volksmasse, in deren Polyphonie der Erlösungsschrei und zugleich der Kampfschritt ungezählter Millionen vernehmbar wird. Das sind jene Klänge, die von der Empfindungen einer zusammengehörenden Volkheit getragen werden; das ist vielleicht die Musik, die in eine neue Welt der Begriffe hinführet.

Als eine Schöpfung von dieser Art moderner zukunftsverheißender Volksmusik ist das nunmehr vom Musikverlag des Deutschen Arbeiter-Länderbundes angebotene Werk „Die Helatonsehnen“, nach der gleichnamigen Dichtung Karl Weisers von Ernst W. Elsäßer für Bariton, Männer-, Frauen- und gemischten Chor mit Orchesterbegleitung komponiert, zu bezeichnen. Erst reichlich vierzig Jahre nach ihrem Entstehen grüßte uns vom Grabe Karl Weisers, des verstorbenen Schauspielers und kraftvollen sozialistischen Voeten, diese grandiose Dichtung, in deren Strophen der Ringkampf des Arbeiterproletariats um Licht und Freiheit eine so gewaltig erregende Sprache redet. Und erst einem Komponisten unserer Tage ward es gegeben, dazu die longeniale Sprache der Töne zu finden.

Wir haben aus Werken von Mahler, Strauß, Hausegger, Reznicek den Drang und die Fähigkeit modernster Musiker verspürt, die Erscheinungen von Natur und Leben in realistische Klänge umzusetzen. Wir kennen Oskar Fried's mächtiges „Erntelied“. Auf der Bahn dieses letzteren vor allem bewegt sich Elsäßer einige entscheidende Schritte weiter. In seiner Orchestermusik konzentriert sich

Berechtigungsliste versehen sein. Im anderen Falle liegt Streit-
arbeit vor und bittet die Verhandlung, solche im Bureau, Engel-
ufer 15 I, Telefon Moritzplatz 11371, zu melden.

Zum Lohnkampf der Kraftfahrzeugsführer.

Nach dem Beschluß der Unternehmer sollten am Montag sämt-
liche Chauffeure ausgesperrt werden. Daß die Aussperrung und ihr
weiter keine allgemeine werden würde, war vorausgesehen und ist
selbst von den Unternehmern damit gerechnet worden, daß ihr Be-
schluß nur von einem Teil der Kraftfahrzeugsführer ausgeführt
werden würde. Jetzt hat sich gezeigt, daß die beschlossene
Aussperrung nur in einem sehr geringen Umfange
eingetreten ist. Höchstens 300 Chauffeure sind nach Feststellung
der Streikleitung am gestrigen Montag ausgesperrt worden. Das ist
keine nennenswerte Erweiterung der Kampffront. Hingegen sind von
unbeteiligter Seite Friedensverhandlungen angebahnt worden mit
dem Ergebnis, daß die Vertreter beider Parteien am Montag unter
Leitung des Gewerbegerichtsvorsitzenden v. Schulz verhandelt.
Ein Ergebnis hatten die Verhandlungen nicht. Sie trugen nur den
Charakter einer Vorbesprechung. Die Vertreter der Parteien erklärten
sich bereit, am heutigen Dienstag in offizielle Verhandlungen vor
dem Einigungsamt einzutreten.

Achtung, Gastwirtsgehilfen! Mit dem Inhaber der Kuchenhäule:
Haderpeter Schöneberg, Hauptstraße 139, Kasino-
Restaurant Berlin, Friedrichstr. 129, Krug zum grünen
Kranz, Alexanderplatz, sowie des in nächster Zeit zu eröffnenden
Restaurants „Groß-Berlin“, Alexanderplatz, Ecke
Neue Königstraße, sind tarifliche Vereinbarungen abgeschlossen
worden. Die Differenzen sind dadurch beigelegt und die Sperre
wird hierdurch aufgehoben.

Verband der Gastwirtsgehilfen. Ortsverwaltung Berlin.

Achtung, Töpfer! Ueber das Ofenbaugeschäft Warfert Nach-
folger (Inhaber Kaufmann Semon, Schöneberg, Sachsendamm 44,
und dessen Weiser Paul Kalbe und Emil Kuffner mußte
wieder die Sperre verhängt werden, weil hier Kollegen gemahregelt
wurden, die an dem Streik, der letzten bei dieser Firma geführt
werden mußte, beteiligt waren. Weiser Kalbe erklärte: er könne
mit den Leuten vom Bau Speckartstraße in Bilmersdorf nicht weiter
arbeiten, da sie ihn durch den Streik geschädigt hätten. Nach dem
ganzen Geharen der Firma in den letzten Wochen steht fest, daß die
Firma alle Verbandskollegen herauszuschmeißen und mit Unorganisierten
arbeiten will. Leider hat sich schon ein Teil Unorganisierten
gefunden, die hier Ausreißerdienste ausführen. Diese sollen jeden-
falls das wieder einbringen, was die Firma durch den Streik den
Organisierten mehr zahlen mußte.

Jetzt kommen die Bauten Kuglerstraße, Hermannstraße in
Reufols, Pruchowierstraße in Lantwig und Konradinstraße in
Tempelhof in Frage.

Wahlkreis- und Wählerarbeiten! Die Delegiertenwahlen zum
Verbandsstag 1914 und zum Gewerkschafts-Kongress 1914
haben am Sonntag, den 29. April, folgendes Resultat ergeben:
Verbandsstag: Abgegebene Stimmen 1736, davon ungültig 102.
Es erhielten Stimmen: Godapp 1064, Jurisch 1023, Gaug 898,
Willschmidt 807, Hayle 867, Panfalka 852, Peters 821,
Weißkopf 810, Fritsch Schulze 716, Waiginski 608,
Knappe 604, Leh 484, Bodisch, Schwebler 1.

Gewerkschafts-Kongress: Abgegebene Stimmen 1736, davon un-
gültig 111. Es erhielten Stimmen als Delegierter: Tröger 942,
Schmidt 905, Godapp 5, Hubrig 4, Peters 3,
Wodisch 2.

Als Ersatzmann erhielt Stimmen: Godapp 1594.
Die offizielle Feststellung des Wahlergebnisses erfolgt durch den
Hauptvorstand.

Deutsches Reich.

Der Magistrat von München als Lohnbrücker.

Wenn der Münchener Magistrat es bisher verstanden hat, den
Auf einer sozial fortgeschrittenen Stadtverwaltung aufrechtzu-
erhalten, so scheint das Bauamt die Absicht zu haben, jetzt diesen
Auf gründlich beseitigen zu wollen. Den im Regiebetrieb be-
schäftigten Pfisterern ist nämlich in diesen Tagen ganz plötzlich

haben, die die „Kunst“ zu „Leben“ ohne moralischen Rahmen
bis ins vorgerückte Alter ausüben, weil sie ewige Jugend zu be-
stehen meinen. Warz hat also nicht mehrere und immer „neue“
Nebenher: zumeist junge Leutnants, ältere Schwertkrieger und
so... Freundinnen, wie die nun freilich längst zum alten Eisen
gewordene Justizrätin Wenk haben's nicht anders gemacht. Man
kennt das in der Gesellschaft; denn moralisch ist nur das, wozu
man nicht spricht. Ueber Warz wird allerdings böse gelächert.
Aber bereits mannbare Kinder sind kein Hindernisgrund für
ihre Leidenschaft. Unter diesen ist Warz schon Großmutter ge-
worden. Jetzt will aber auch ihre Jünglinge ihren Baron-Leutnant
betören. Da in's endliche Zeit, sich, auf eigene Lebensentwürfe ver-
stehend, zurückzuziehen. Das tut Warz denn auch — und
wie nicht anders zu erwarten, in glücklicher Gemeinschaft ihres
sozialerziehlreichen Gatten, eines gutwilligen Trotzels, als der
er während einer nun vierzehnjährigen Ehe ja immer ge-
gollt... Dieser Abschlus entstand einigermassen an dem sonst
schon hingetragenen Konversationspiel, bei dem schadenfrohe
Kochin zuweilen anständig auf ihre Kosten kommt.

Wahrscheinlich wäre der Erfolg härter gewesen, wenn Marietta
Elin als Warz und Rosa Baietti als händernde Justizrätin
im Ton und Gehaben weniger die Grenze des Anstößbaren
gestreift hätten. Paul Otto gab als Oberleutnant eine
vorige Ehescheidung. Jetzt nett nahm sich die Szene
zwischen Entweders beiden Kindern und dem Leutnant-Verlobten
aus. Im ganzen jedoch ließen die meisten Darsteller es an nötiger
Tunlichkeit des Sprechens fehlen. Manche Dialogpartien fielen
unvernehmbar in die Versenkung. ek.

Notizen.

— Theaterkritik. Der Bedekind-Zyklus in den
Kammerspielen des Deutschen Theaters wird sich aus sieben
Stücken des Dichters zusammensetzen. Eröffnet werden diese Vor-
stellungen am 21. Mai mit der Uraufführung des „Hysteriums“ „Kanzler“
in der soeben vollendeten endgültigen Fassung in Versform. Es folgen:
„Erdgeist“, „Marquis von Reith“, „Karl Detman der Biergrieche“,
„Daha“, „Der Kammerfänger“ und schließlich das Schauspiel „Der
Stein der Weisen“, das im Rahmen des Zyklus seine Berliner
Premiere erlebt. Alle Stücke werden von Frank Bedekind — der
auch mit seiner Gattin in den Hauptrollen mitwirkt — persönlich
in Szene gesetzt.

— Die Schauspieler für Verlagsrecht, deren Ver-
gründung der wirtschaftliche Verband der bildenden Künstler
vor einiger Zeit beabsichtigte, hat ihre Tätigkeit unter Leitung des Malers
Eito Marcus begonnen.

— Eine Berliner Volksmusikschule will der Deutsche
Musikpädagogische Verband begründen. Sie soll den musikalischen
Jugendunterricht der breiten Volksschichten der privaten Spekulation
entziehen. Die Berliner Schule ist als Musteranstalt für weitere
gleichartige Gründungen gedacht. Vorläufig fehlt aber noch das
Geld, um den Plan in großer Form zu verwirklichen.

— Das Universitätsrecht der Kaufleute. Der
akademische Senat der Kopenhagener Universität hat jetzt dem An-
trage, Kaufleute als vollberechtigte Studierende zuzulassen, im Prinzip
zugestimmt.

— Ein Kreisverkehrswagen, der einseitig auf zwei
hintereinander gestellten Rädern läuft, hat in London erfolgreiche
Probefahrten veranstaltet. Der Russe Peter Schilowsky hat den
Wagen konstruiert.

eine zehnprozentige Lohnherabsetzung aufgehoben
worden, die lediglich damit begründet wird, daß die Pfisterer bei
den bisherigen Affordblößen zu hohen Verdiensten erzielt haben!

Steht man von dieser sehr bedauerlichen sozialistischen Seite des
Vorganges ab, so kann der Magistrat für sich in formaler Hin-
sicht allerdings geltend machen, daß er an keinerlei Tarif oder ähn-
liche Bestimmungen gebunden ist und mithin die Löhne nach seinem
Belieben festsetzen kann. In einem nach sozialen Gesichtspunkten
geleiteten Betriebe allerdings wird man sich mit den Arbeitern zu
verständigen suchen, was hier nicht geschehen ist; die Arbeiter
wurden einfach vor die vollzogene Tatsache gestellt. Aber das Bau-
amt, speziell sein Leiter, der Bauamtmann Hörburger, geht noch
viel weiter. Neuerdings ist von ihm ein Mass herausgenommen,
der den Privatbetrieben nicht Geringeres zumutet, als den erst
in diesem Jahre nach langem zähen Ringen zum
Abschlus gekommenen Tarifvertrag glatt zu
durchbrechen! Auch da hat es dem Herrn Bauamtmann der
„zu hohe“ Affordverdienst angetan; allerdings wird von einigen
„Affordblößen“ bei einer bestimmten Arbeit hoher Verdienst erzielt.
Es handelt sich um sogenanntes Kleinpflaster, von welcher Arbeit
der genannte Herr die anständigen Münchener Pfisterer bisher syste-
matisch ferngehalten hat, angeblich, weil sie es nicht verstehen. Jetzt
sollen sie erst einen Kursus zur Erlernung dieser Arbeit durch-
machen — wozu sich die Arbeiter auch bereit erklärt haben — und
dann sollen sie zu der Arbeit zugelassen werden, wenn — sie sich
bereit erklären, zwölf Prozent unter dem verein-
barten Lohnsatz zu arbeiten. Dabei muß man bedenken,
daß in einer ganzen Anzahl von Städten derselbe Preis, zum Teil
sogar noch höhere, für diese Arbeit gezahlt wird, wie er im Münche-
ner Tarif festgesetzt ist. Die Folge des bauamtsmäßigen Vorgehens
ist, daß entweder die Münchener einheimischen Pfisterer nach wie
vor auf diese Arbeit verzichten müssen und diese weiterhin von
fremden Arbeitern ausgeführt wird, oder aber sie übernehmen die
Arbeit zu dem reduzierten Preise und werden damit zum Lohn-
brücker gegenüber ihren fremden Kollegen. Die Arbeit verweigern
dürfen sie auch nicht, da das Gewerbegericht München in einem
früheren Falle entschieden hat, daß unter keinen Umständen die
Arbeit eingestellt werden darf, wenn ein Tarifvertrag besteht. Be-
merkt sei noch, daß der genannte Stadtbauamtmann in einem
Prozesse als Zeuge erklärt hat, er sei durchaus „sozial gerichtet“.

Ausland.

Der Zusammenschluß der Britischen Gewerkschaften.

London, 26. April 1914. (Fig. Ber.)

Bei weitem das wichtigste Ereignis, das sich in der britischen
Gewerkschaftswelt seit langer Zeit zugetragen, ist das am 23. April
in London angebahnte Schluß- und Traktatbündnis der Bergarbeiter,
Eisenbahner und Transportarbeiter. Auf der letzten Generalver-
sammlung der Bergarbeiterföderation wurde der Vorstand beauf-
tragt, sich an die Vorstände der Eisenbahner und Transportarbeiter
zu wenden und sie zu einer gemeinschaftlichen Sitzung einzuladen,
um zu beraten, wie die drei großen Organisationen in ihren
Kämpfen Hand in Hand gehen könnten. Diese Sitzung fand nun
am 23. April im Westminster Palace Hotel zu London statt. Die
Konferenz, in der der Präsident der Bergarbeiter Robert Smillie
den Vorsitz führte, wurde von den aus 57 Personen bestehenden
drei Vorständen besucht, die gegen 1.350.000 organisierte Arbeiter
(800.000 Bergarbeiter, 300.000 Eisenbahner und 250.000 Trans-
portarbeiter) vertreten. Die Sitzung, die zwei Stunden dauerte,
nahm einen höchst günstigen Verlauf. Alle Teilnehmer erklärten
sich sehr befriedigt mit dem zutage tretenden einmütigen Willen.
Sie faßten folgenden Beschluß: „Nach der Ansicht dieser Konferenz
ist ein Aktionsbündnis (working agreement) oder Plan zwischen
den drei vertretenen Körperschaften wünschenswert.“ Ein aus den
Vorständen der drei Verbände (Smillie-Bergarbeiter, Wellam-
Eisenbahner, Gosling-Transportarbeiter) bestehendes Unterkomitee
wurde eingesetzt, das einen Plan auszuarbeiten hat, der einer
neuen Konferenz vorgelegt werden wird. Die Sekretäre der drei
Organisationen (Milton-Bergarbeiter, J. E. Williams-Eisenbahner,
Robert Williams-Transportarbeiter) wurden zu gemeinschaftlichen
Sekretären ernannt, die von den vertretenen Verbänden Informa-
tion einzuholen haben, die das Komitee insandefinden wird, einen
Plan auszuarbeiten. Welcher Art das erstrebte Bündnis sein wird,
muß natürlich die Zukunft lehren. Doch die Triebkräfte dieser Be-
wegung lassen schon die Umrisse erkennen. Der starke Zug nach
einer Konsolidierung der gewerkschaftlichen Streitkräfte Groß-
britanniens, der sich in den letzten Jahren bemerkbar gemacht hat,
die Lehren der letzten Kampfeperiode und die Sorgen um die nächste
Zukunft haben alle zusammengerieft, um diese Konferenz möglich
zu machen. Streifen die Eisenbahner oder die Transportarbeiter,
dann werden die Bergarbeiter arbeitslos, und streifen die Berg-
arbeiter, dann stehen sich die Eisenbahner und Transportarbeiter
vor die unangenehme Aufgabe gestellt, die von den Grubenbesitzern
aufgegebene Kohle zu transportieren. Diese durch die Ereignisse
demonstrierten Tatsachen mußten die Fragen aufwerfen: Können
wir denn nicht diese ungewollten Nebenwirkungen unserer Kämpfe
durch ein Zusammenarbeiten ausbaldern? Ist es nicht möglich,
durch ein planmäßiges Zusammenwirken der drei so eng mitein-
ander verbundenen Berufsgruppen bei geringeren Opfern größere
Wirkungen zu erzielen? Diese Fragen wären vielleicht noch lange
diskutiert worden, ohne praktisch gelöst zu werden, hätten nicht
Bergarbeiter wie Eisenbahner unmittelbar vor sehr wichtigen Ent-
scheidungen, die die ganze Lebenshaltung dieser großen Arbeiter-
schichten auf Jahre hinaus bestimmen werden. Die Eisenbahner
sehen in diesem Jahre vor der Revision des Einigungs-systems, bei
der die Forderung der vollen Anerkennung der Gewerkschaften eine
wichtige Rolle spielen wird. Und im nächsten Jahre laufen die
Verträge der Bergarbeiter ab; es müssen neue Verträge geschlossen
werden, wobei es sich auf der Seite der Arbeiter namentlich darum
handelt, die während der Prosperitätsperiode errungenen
Vorteile statutär festzulegen und die das Arbeitsverhältnis
regelnde Bestimmungen, die heute in den Revisoren sehr verschärfen
sind und die Bewegungsfreiheit der Föderation hemmen, im ganzen
Land zu vereinheitlichen. Dies sind Fragen von fundamentaler
Wichtigkeit, die leicht zu großen Kämpfen Anlaß geben könnten,
die sich aber bei einem einmütigen Vorgehen der drei großen Ver-
bände vielleicht friedlich lösen lassen. Mit der Londoner Konferenz
ist auch der erste Schritt zur Bildung einer wirklich repräsentativen
und die gewerkschaftliche Bewegung übersehende und leitende
Zentralföderation getan, die man in Großbritannien bisher ver-
mied; denn der bestehende Gewerkschaftsbund ist in der Haupt-
sache nur ein Streikversicherungsverband, und das Parla-
mentarische Komitee des Gewerkschaftskongresses beschäftigt sich,
wie sein Name besagt, hauptsächlich nur mit den die Gewerkschaften
direkt angehenden politischen Fragen. Die optimistische Stimmung,
die die Londoner Aussprache bei den Mitgliedern der drei Vor-
stände hinterlassen hat, spricht sehr für das gute und baldige Ge-
lingen des großen Werkes. Revolutionäre, radikalistisch an-
gehauchte Gewerkschaftsvertreter und Allgemeinerwerkschaffler der über-
ralen Schule waren sich auf der Konferenz absolut einig.

Zweite Konferenz der Modelltischler Deutschlands.

Die Modelltischlerei ist ein Hilfsgewerbe für die Metall-
industrie, das dieser die Holzmodelle für die einzelnen Maschinen-
teile und sonstige Gußstücke liefert. Der Modelltischler fertigt seine
Modelle, die ein wenig größer als das fertige Werkstück werden
müssen, nach der Zeichnung des Maschinentechnikers an. Das
Modell wird von dem Formner in den Formsand eingebaut, dieser

wird festgestampft und nimmt nach Herausnahme des Holzmodells
der nun entstandene Hohlraum das flüssige Metall auf. Nach der
Erstarrung zeigt das Metall die Abform des gewünschten Werk-
stückes, die dann von Metallhoblern, Drechern und Fräsern weiter
bearbeitet wird. In ihrem Beschäftigungsgrad ist infolge dessen die
Modelltischlerei von der Metallindustrie abhängig. Die Arbeiter-
schaft des Berufes rekrutiert sich zum Teil aus direkt auf den Beruf
Lernenden, zum anderen aus den Bau- und Möbeltischlern,
von denen einzelne auch wieder in den alten Beruf zurückwechseln.
Organisationsmäßig gehört deshalb der Beruf in Deutschland zum
Holzarbeiterverband.

Die Modelltischler arbeiten zum Teil in den eigenen Betriebs-
werkstätten der Maschinenfabriken und Werken, zum anderen in
reinen Modelltischlereien, die ihrerseits sich Nundschafft in den
Fabriken der Metallindustrie suchen. Da die amtliche Berufs-
zählung die Modelltischlereien infolge dieser Doppelstellung zum
Teil in die Holz-, zum Teil in die Metallindustrie rangiert, ist
deren Arbeiterzahl nicht feststehend. Die Erhebungen des Holz-
arbeiterverbandes ergeben jedoch das Vorhandensein von minde-
stens 10.000 bis 12.000 Modelltischlern.

Ehemals galt der Beruf des Modelltischlers als etwas be-
sonders Erwerbenerwerbes, bei einer sichereren Existenz und besseren
Lohn als sonstige Branchen der Tischlerei. Das Blatt hat sich jedoch
im Laufe der Jahre gewendet und herrscht heute auch hier ein
Ueberangebot von Arbeitskräften, während auf der anderen Seite
die Arbeiter der sonstigen Tischlerei in größeren Schritten vor-
wärts gekommen sind. Besonders macht sich in den letzten Jahren
an einigen Orten in der Modelltischlerei die in den Metallbetrieben
graffierende gelbe Seuche bemerkbar. Immerhin ist es dem deut-
schen Holzarbeiterverband gelungen, allein im Jahre 1913 für
680 Angehörige dieser Branche Lohnbewegungen durchzuführen,
und hatte er Ende 1913 die Arbeitsverhältnisse für 85 Betriebe
mit 685 Beschäftigten tariflich geregelt.

Am nun den Berufsangehörigen dieser Branche wieder einmal
Gelegenheit zu einer Aussprache über die engeren Berufsangelegen-
heiten zu geben, hatte der Deutsche Holzarbeiterverband zum 26.
und 27. April eine Reichskonferenz nach dem Berliner Gewer-
schaftshaus berufen. Eine solche Konferenz hatte bereits vor acht
Jahren in Halle a. S. stattgefunden. Die jetzige Tagung war
von 52 Delegierten aus 42 Orten sowie Vertretern der Zentral-
kommission der Branche, des Verbandsvorstandes und des Ver-
bandsorgans besetzt. Als Vertreter der österreichischen Modell-
tischler war Ring-Wien erschienen.

Bericht der Zentralkommission.

Den Specht erstattete, ließ ein erfreuliches Anwachsen der Er-
organisation seit der letzten Konferenz erkennen. Von 3169 Mit-
gliedern im Jahre 1906 ist die Branche auf 5075 zu Ende 1913 ge-
stiegen, obgleich die Beschäftigtenziffer in den reinen Modell-
tischlereien in den letzten Jahren zurückgegangen ist. Die Zahl der
Modelltischler, die anderen Organisationen angehören, konnte aus
32 wichtigeren Orten festgestellt werden und waren dort bei anderen
freien Verbänden 133, bei den Christen 153, den Kirchen 250,
in gelben Werkvereinen aber 506. Diese letzteren haben in ein-
zelnen Orten infolge des ungeheuren Druckes der Fabrikanten
mehr Mitglieder als der Verband. Wer einmal gelb ist, kann sich
diesen Einflüssen selten entziehen, da dem Austritt aus Werkber-
einen in der Regel die Entlassung sofort folgt. Wenn trotz dieses
Druckes der Verband gut aufgenommen habe, so danke er dies viel-
fach dem Umstande, daß die Aussperrungswut der Metallindu-
striellen die Modelltischler aufgerüttelt und von dem Glauben an
die Lebensstellung gründlich geheilt habe. Die Zentralkommission
hat durch regelmäßige Umfragen und Berichterstattung, Agitations-
tourne und Flugblätter, sowie eine Erhebung über das Lehrlings-
wesen das Interesse an der Organisation zu heben gesucht.

In der Diskussion fand denn auch ihre Tätigkeit durchweg
Anerkennung. Von den zu diesem Punkt vorliegenden Anträgen
wurden die auf Namensänderung der Zentralkommission abgelehnt,
dagegen angenommen, daß Erhebungen über die Lohnverhältnisse
im Reich vorgenommen werden sollten.

Die Fragen der

Organisation und Agitation

behandelte Jaencke-Magdeburg in einem Referat, in dem er
die bereits erzielten Fortschritte würdigte und vor einer Ueber-
schätzung der Gelben warnte, die, weil nur dem Zwange folgend,
in diesen Berufen für die Unternehmer eine zweifelhafte Schutz-
truppe seien. Man dürfe auch nicht alle, die sich in einen gelben
Verband zwingen ließen, als endgültig verloren betrachten, sondern
müsse auch diese Leute durch Aufklärung zu gewinnen suchen. Der
Weg zum Fortschritt gehe über die Kleinarbeit. In der Zugehörig-
keitsfrage könne heute kein Zweifel mehr darüber walten, daß
für die Modelltischler allein der Holzarbeiterverband zuständig sei.

Zu dieser Frage konnte jedoch ein Vorstandsvorstandsvor-
sitzender, daß auch der Vorstand des Deutschen Metallarbeiterver-
bandes jetzt diesen Standpunkt anerkenne, was in einem vor dem
Abschlus stehenden Kartellvertrag festgelegt werde, der auch
das bisher mitunter umstrittene Zusammenarbeiten bei Lohn-
bewegungen in Metallbetrieben regelt.

Auch ausgiebiger Diskussion wurde einer Resolution zu-
gestimmt, welche die Bildung von Sektionen und den Austausch
des Agitationsmaterials durch die Zentralkommission empfiehlt und
die Einberufung von Konferenzen den zuständigen Instanzen von
Fall zu Fall anheimstellt. Beschlossen wurde ferner, den Sektionen
zu empfehlen, die agitatorische Bearbeitung größerer Industrie-
bezirke gemeinsam mit den Gewerkschaften durch Kommissionen in
Angriff zu nehmen.

Die Verhandlungen gehen weiter.

Aus der Partei.

Aus den Organisationen.

Der Sozialdemokratische Verein für Halle und den Saal-
kreis hielt am letzten Sonntag seinen diesjährigen Kreisstag ab,
der von insgesamt 160 Delegierten und Funktionären besucht war.
In seinem Tätigkeitsbericht gab der Vorstand zunächst einen kurzen
Rückblick auf die kürzlich durch eine besondere Veranstaltung festlich
begangene 25-jährige Jubelfeier des Vereins, um dann mit Genug-
tun festzustellen, daß auch im abgelaufenen Geschäftsjahre ein
kräftiger Schritt nach vorwärts getan worden sei. Der Mit-
gliederbestand betrug am Anfang des Geschäftsjahres 7001,
am Schlusse desselben dagegen 8190, darunter 1188 Gewerksinnern.
Der Kassenbericht verzeichnet einschließend eines Kassen-
bestandes von 20.151,36 M. eine Einnahme von 66.240,18 M., der
eine Ausgabe von 44.171,70 M. gegenübersteht, so daß auf das
nächste Jahr 12.068,48 M. vorgetragen werden können. Die Zahl
der Stadtverordneten beträgt in der Stadt Halle 5 und in dem
Landbädischen Löbejün 3. Auch die im März stattgefundenen Ge-
meindevertreterwahlen brachten der Partei schöne Erfolge. Die
Zentralkommission, die 4312 Bände zählt, kann berichten, daß von
19.891 Bänden 25.638 Bücher entliehen worden sind. Die Aufwen-
dungen für die Bibliothek betragen 235,08 M. Die Prekomin-
mission des „Halleischen Volksblattes“ kann gleichfalls über einen be-
friedigenden Abschlus des Prekunternehmens berichten, da es ohne
Erhöhung des 60 Pf. pro Monat betragenden Abonnementpreises
möglich war, die Redaktion zu verstärken und eine tägliche Unter-
haltungsbeilage einzuführen.

Der gedruckte vorliegende Jahresbericht des Sozialdemokratischen
Vereins für den 7. sächsischen Reichstagswahlkreis
(Weißer-Großhain) dankt der eifrigen Werbe-
arbeit die Ausfüllung der durch die Arbeitslosigkeit entstandenen
Lücken und außerdem ein wesentliches Wachstum der Mitglieder-
zahl. Die 21 Ortsgruppen haben ihre Gesamtmitgliederzahl von
6539 auf 7361, also um 822, gesteigert. Darunter sind 1212 weib-
liche Mitglieder, die um 311 gewachsen sind. Dieser Fortschritt
drückt sich auch im Kassenbericht aus, der mit 44.404 M. bilanziert.
Es wurden 66 öffentliche und 159 Vereinsversammlungen abge-

halten und Flugblätter und Broschüren in einer Gesamtauflage von 185 600 verbreitet. Das Bildungswesen hat rege Förderung erfahren. Auf Beschluß des Kreisvorstandes soll ein Lichtbildapparat angeschafft werden. Die Benutzung der Bibliotheken mit 5183 Bänden hat bedeutend zugenommen und an Unterrichtsstunden nahmen 195 Personen teil, außer den erstmalig für die Jugendlichen zwischen 18 bis 21 Jahren angehaltenen, die ein recht befriedigendes Resultat ergaben. Ein gemeinsamer Fonds zur Unterstützung von Malausgewerzten, der durch die Beiträge der Angestellten und durch Verkauf von Namntzen gespeist wird, hat einen Bestand von 1329 M.

Genehmigte Maifestzüge.

In Leipzig wurde der Maifestzug zum Brauereigarten in Leipzig-Stöttchitz und die Ueberführung des päpstlichen König-Albert-Parks als Hauptammelort unter der Bedingung genehmigt, daß die Arbeiter-Maifestzüge, der Sozialistenmarsch und der Andreas-Hofer-Marsch nicht geistert wird. Stadträte dürfen im Zuge nicht getragen werden; die angegebenen Fahnen sind zulässig. Das Tragen republikanischer Abzeichen ist ebenfalls verboten. Während der politischen Ansprache sind alle Personen, die unter 18 Jahre alt sind, aus dem Versammlungsort zu entfernen.

Die Hamburger Polizei erteilte wie alljährlich so auch diesmal die Erlaubnis zum Maifestzug, der sich in der Nähe des Gewerkschaftshauses formieren und durch die volkreichen Stadtteile Hammerbrook und Hamm nach dem Horner Park bewegen wird.

Auch in Bergedorf bei Hamburg, sowie in den preussischen Nachbarorten Sande und Schiffbeck ist der Maifestzug genehmigt worden.

Verbote des Maifestzugs.

Der Bürgermeister des preussischen Städtchens Lüben an der sächsischen Grenze unweit Leipzig, ein emigrierter Konseruator, verweigerte die Erlaubnis zum Maifestzug, da durch den demonstrativen Umzug durch die Straßen der Stadt eine zweifelhafte Demutung des Straßenverkehrs erfolge, und der weitaus größte Teil der Bürgerschaft in seinem nationalen und monarchischen Empfinden brüskiert wird.

Das gefährliche Maifest.

Inserer Kölner Genossen wollten das Maifest anleben lassen, das von unserem Leipziger Parteigänger herausgegeben ist und auf künstlerische Bewertung Anspruch hat. Einige Arbeiter sind um einen Fahnenstängel geistert! Der rote Wimpel trägt den Hinweis auf die Maifeier. Die Maifestgesellschaft verweigerte das Anleben, wenn nicht für die Fahne eine andere Farbe gewählt werde. Selbstverständlich ließen sich die Kölner Genossen auf eine ebenso kindische wie geschmacklose Verzierung des Maifestes nicht ein. Interessant, daß dies passiert in einer Stadt, in der in wenigen Wochen die Deutsche Werkbund-Ausstellung eröffnet wird, die der Hebung des Kunstempfindens dienen soll. Die Leitung der Ausstellung sollte das Maifest in ihrer Sammlung unterbringen mit der Anmerkung: „Anschlag verboten in Köln 1914.“

Innere Heim eingezogen.

Am Sonntag, den 25. April, die Genossen in Königsberg i. Pr. In einer der belebtesten Stadtvierteln, auf dem Vorderhofgarten, haben sie mit einem Kostenaufwande von 70 000 Mark einen schmunzigen Bau errichtet, der der chronischen Wohnungsnot der Zentralstellen der Königsberger Arbeiterbewegung für immer ein Ende macht. In dem dreistöckigen Vordergebäude, dessen unteres Stockwerk neben dem Buchhandlungsladen der „Königsberger Volkszeitung“ und einem zweiten Laden ein sauberes und gemüthliches Familienrestaurant umfaßt, sind die Parteisekretariate für Stadt- und Landkreis, sämtliche Gewerkschaftsbureaus, das Arbeiterssekretariat und die Zentralbibliothek untergebracht. Im Mittelgebäude, dessen Front des Genossen Bildhauer Ebt künstlerische Hand mit einem prächtig gelungenen Relief „Die schaffende Arbeit“ schmückt, befindet sich über den für 2000 Personen ausreichenden weiten Garderoben und einem Erholungsraum der große Saal mit einem Flächeninhalt von 640 Quadratmetern. Mit seinen praktisch angelegten, terrassenförmig gebauten Galerien mit feiner Verkleidung umfaßt er 1600 Sitze. Eine auffällbare Bühne ermdlicht mit ihren modernen technischen Einrichtungen theatralische Aufführungen. Durch eine 9 Meter breite Durchfahrt unter dem Saal gelangt man in den für mehrere tausend Personen berechneten, terrassenförmig angelegten schönen Garten, der 2000 Quadratmeter umfaßt, mit gärtnerischen Anlagen versehen, durch eine solide Kunststeinmauer seinen Abschluß an dem idyllisch gelegenen Schloßpark findet. Im Garten, von frischem Grün umgeben, steht auch die geistige Waffenkammer, die Druckerei der „Königsberger Volkszeitung“. Durch ihre Ausrüstung mit den technischen Erzeugnissen der Neuzeit, als Rotationsmaschine, Sekundärmaschinen usw., ist es auch der „Volkszeitung“ möglich geworden, seit dem 1. April in neuem Gewande zu erscheinen.

Gemeinbewählige der englischen Arbeiter.

London, 25. April. (Eig. Ber.) Der „Labour Leader“ gibt eine Uebersicht der Ergebnisse der eben stattgefundenen Gemeinbewahlen, aus der zu ersehen ist, daß die Arbeiterpartei und die sozialistischen Organisationen sehr befriedigende Erfolge erzielt haben. Die Arbeiterpartei und die Sozialisten hatten nicht weniger als 300 Kandidaten aufgestellt. Davon waren 220 erfolgreich, und darunter befinden sich 126 zum erstenmal eroberte Mandate. Demgegenüber sind nur 11 Verluste zu verzeichnen, so daß die Arbeiterbewegung nun 115 mehr Vertreter in diesen lokalen Körperschaften (städtische Distriktsräte, Armenräte und schottische Schulräte) haben. Wie sich die eroberten Mandate auf reine „Arbeitervertreter“, auf Vertreter der J. L. P. und der S. E. P., verteilen, ist sehr schwer festzustellen, zumal erfahrungsgemäß in vielen Orten gemeinsame Kandidaten aufgestellt wurden, aber jedenfalls war ein sehr großer Teil der Kandidaten in einer der sozialistischen Parteien organisiert. Fälle von wechselseitiger Bekämpfung sozialistischer oder Arbeiterkandidaten, wie sie früher nicht selten waren, scheinen diesmal gar nicht mehr vorgekommen zu sein.

Die Erfolge der Arbeiter bei den Wahlen zu den lokalen Vertretungskörperschaften zeigen schon seit einer Reihe von Jahren ein höchst bemerkenswertes Bild. Es ist ein ununterbrochener Siegeszug. Die Arbeiter hatten die folgenden Mandate zu verzeichnen: 1911: Aprilwahlen 41 Mandate, Novemberwahlen 74 Mandate; 1912: Aprilwahlen 30 Mandate, Novemberwahlen 40 Mandate; 1913: Aprilwahlen 115 Mandate, Novemberwahlen 70 Mandate; 1914: Aprilwahlen 115 Mandate.

Wenn das so weiter geht, dann werden die Arbeiter sehr bald eine ganze Reihe von wichtigen Vertretungskörperschaften unter ihrer Kontrolle haben.

Pollzeiliches, Gerichtliches usw.

Eine mißlungene Staatsaktion

wurde gegen das „Polstblatt“ in Koburg unternommen. Durch eine Notiz vom 11. März 1913 fühlte sich die Reichsföderation direktions beleidigt. Die Angelegenheit wurde mehrfach vertagt. Dann hatte das Gericht die Sache demohren auf die lange Bank geschoben, daß es am 24. April wohl oder übel dem Antrage des Verteidigers zustimmen und das Verfahren wegen Verjährung einstellen mußte. Die Kosten wurden auf die Staatskasse übernommen.

Im Kampf gegen die Arbeiter-Turnvereine.

Im liberalen Goethe-Ländchen Sachsen-Weimar wurde den Arbeiter-Turnvereinen angefündigt, daß sie nach einer Entscheidung des Thüringischen Oberlandesgerichts als politische Vereine betrachtet würden und daß daher junge Leute unter 18 Jahren an den Turnstunden nicht mehr teilnehmen dürfen. — Das nennt man „Erziehung“ der Jugend!

Jugendbewegung.

Wanderherbergen.

Die Unterkunftsfrage spielt bei größeren Jugendwanderungen immer eine bedeutende Rolle. Bisher ist sie nur für Schüler und Studenten einigermaßen zufriedenstellend gelöst. In welchem Maße für diese Art Wanderer Herbergen vorhanden sind, zeigt der von ihrer Zentralstelle in Koblenz veröffentlichte Jahresbericht für 1913. Er weist für das Jahr 79 488 Nächtigungen aus, gegen 69 408 im Vorjahre. Davon entfallen 62 000 auf reichsdeutsche Herbergen. Von den Herbergsgebieten steht die Eifel mit 11 343 Besuchen an der Spitze. An zweiter Stelle stehen die Herbergen des rheinischen Verkehrsvereins mit 4108, an der Mosel 3861, im Raum 1883, im Hundrück 1109 usw. Die meisten Herbergen geben neben dem Freiquartier auch freies Frühstück, andere jedoch nur Freiquartier. Man hat beobachtet, daß diejenigen Gegenden, in denen Herbergen mit freiem Frühstück vorhanden sind, am meisten besucht werden. Die Kosten betragen zusammen über 70 000 M., ein großer Teil davon wird durch die Beiträge der Schüler gedeckt, nämlich 36 500 M.

In den Herbergen werden nur mindestens sechzehn Jahre alte Schüler zugelassen, und zwar dürfen höchstens vier Schüler von einer Anzahl zusammenwandern, wenn sie in einer Herberge aufgenommen werden sollen. Ferner hat jeder Aufnahmefähige eine Ausweisarte des Schulleiters vorzulegen. Am Rhein und in der Eifel werden die Schüler dadurch zur regelmäßigen Fortsetzung ihrer Wanderung gezwungen, daß sie in den stark besuchten Wanderherbergen außer dem Schulausweis auch noch eine Kontrollkarte aus einem auf den Höhenwegen gelegenen Orte vorzeigen müssen, was eine längere Fußwanderung bedingt. Dadurch soll nicht nur das Vandalentum, sondern auch Unzufriedenheit der Herbergen verhindert werden, weil die müden Schüler nicht mehr zu Ausschreitungen neigen. Der Bericht klagt lebhaft über Unsitzen der jugendlichen Wanderer, die der Wanderbewegung das Wohlwollen der Landbevölkerung rauben. Allerdings behauptet er, daß der Unzufriedenheit hauptsächlich von „wildem“ Wandern abgesehen werde. Jedenfalls darf man die Maßnahmen vor Feuerzungen, Obst- und Kartoffeldiebstählen, Trinkgelagen, Lärm im Walde, der das Wild beunruhigt, und ähnlichen Ungezogenheiten sehr unterstehen. Auch der Vorwurf, daß die Wanderer viel zu spät dem Ablocken widmen, die dem eigentlichen Wandern, das doch Hauptzweck sei, verloren gehen, verdient gehört zu werden. Im die Wanderer vom Gebrauch der Holzfeuer abzuhalten, hat der Eifelverein beschlossen, die Mitnahme großer für offenes Feuer bestimmter Kochkessel zu untersagen.

Neuerdings werden in den Herbergen auch Lehrlinge zugelassen, sofern sie zu nationalen Jugendbewegungen gehören.

Die Aufgaben des proletarischen Jugendausschusses. Winte und Katschläge von Richard Ironick. Herausgegeben von der Zentralstelle für die arbeitende Jugend Deutschlands. Verlag Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW. 68, Lindenstraße 69.

In der Broschüre sind die in mehrjähriger, praktischer Arbeit gesammelten Erfahrungen eines proletarischen Jugendleiters niedergelegt, die für proletarische Jugendfunktionäre, besonders die kleineren Orte, mannigfache brauchbare Anregungen bringen. Der Preis der Schrift beträgt im Buchhandel 20 Pf., Jugendauschüsse erhalten die Broschüre zum Selbstkostenpreis.

Soziales.

Krebs.

Im Jahre 1912 sind in Preußen 636 303 Personen gestorben, 60 551 weniger als im Jahre 1911, dessen heißer Sommer viele Leben vernichtete. Es starben allein von je 10 000 Einwohnern 27,34 an Krankheiten der Verdauungsorgane. An der Sterbeziffer im letzten Jahre ist diese Todesursache nur noch mit 15,94 auf 10 000 Einwohner beteiligt. Eine Abnahme läßt sich auch bei einigen anderen Todesursachen feststellen, bei anderen wieder eine Zunahme. Mehr Todesopfer erforderten Krankheiten der Kreislauforgane, Krebs, Selbstmord, Keuchhusten, sowie Masern und Möteln. Die letztere Krankheit steht mit 6011 Todesfällen (1911: 5609) in der Statistik. Die Zahl der an Keuchhusten Gestorbenen erhöhte sich von 8230 auf 9477. Sehr groß ist immer noch die Zahl der im Kindbett gestorbenen Frauen, 4051 (4093) oder 33,57 auf 10 000 Entbundene. Obligatorische Hebammenhilfe, von den Blockparteien bisher vereitelt, würde mancher jungen Mutter das Leben retten. Aber für solche Sachen haben wir kein Geld, das verschluckt Koloch Militarismus. Aus diesem Grunde nimmt auch die Zahl der an Krebs Gestorbenen noch ständig zu. In den letzten zehn Jahren starben an Krebs:

	männl.	weibl.	zusamm.	auf 100 über- haupt Gestorbene	von 10 000 Lebenden
1903	9 678	11 580	21 258	3,00	3,98
1904	10 894	12 182	22 586	3,22	6,26
1905	10 466	12 649	23 115	3,18	6,29
1906	10 785	13 111	23 906	3,55	6,40
1907	11 870	13 780	25 100	3,69	6,62
1908	11 561	14 051	25 602	3,69	6,65
1909	12 009	14 407	26 416	3,95	6,77
1910	12 673	15 470	28 093	4,40	7,10
1911	13 293	16 180	29 473	4,23	7,28
1912	13 587	16 468	30 045	4,72	7,32

In den letzten 10 Jahren ist die Zahl der an Krebs Gestorbenen um 57,87 gleich 41,3 Proz. gestiegen. Auf das weibliche Geschlecht entfällt von den Todesfällen ein größerer Anteil. Auch ist bei ihm die Steigerung größer, sie beträgt 42,1 Proz. Die hohe Zunahme der an Krebs Gestorbenen ist noch deutlicher aus dem Anteil an den überhaupt Gestorbenen zu erkennen. Der Anteil erhöhte sich von 3 Proz. auf 4,75 Proz. oder um 57,3 Proz. Ob man nun endlich energische Maßnahmen zur Bekämpfung der Krebskrankheit ergreift? Dank unserer famosen Wirtschaftsordnung und Sittlichkeitsheuschrecke ist die Zahl der an venerischen Krankheiten Gestorbenen ebenfalls sehr hoch und steigt noch weiter. 1911 fielen den genannten Krankheiten 908 Personen (darunter 410 weibliche) zum Opfer, 1912 starben 932 Menschen (411 weibliche) an venerischen Krankheiten. Die Zahl der an Säugervahnwahn Gestorbenen ist von 948 auf 936 zurückgegangen. Würde das Medizinalwesen nicht allzu stiefmütterlich behandelt, manches Menschenleben könnte verlängert werden.

Sparen auf Kosten von Krüppeln.

Mit dem bekannten, fanbalösen Rentenansuchen spart das Unternehmertum große Summen, obwohl für Krerze, Gutachten, an Zugengebühren usw. ganz ansehnliche Beträge gezahlt werden müssen. Die Verwaltungskosten steigen, die Gesamtausgaben sinken! Man spart auf Kosten der Krüppel. Ganz auffällig macht sich das seit 1909 bemerkbar. Das beweisen die Berechnungen des Reichsversicherungsamts, die wir nachfolgend zusammenstellen.

Bei den gewerblichen Berufsgenossenschaften entfielen:

	Gesamtausgaben Mark		Entschädigungen Mark	Verwaltungslofen Mark	
	auf einen Versicherten	auf einen Unfall		auf einen Versicherten	auf einen Unfall
1907	15,58	302,06	207,43	1,09	21,11
1908	16,15	320,21	210,44	1,18	22,86
1909	16,36	316,33	213,91	1,23	23,80
1910	16,78	325,22	216,71	1,24	24,04
1911	16,34	309,35	219,56	1,22	23,08
1912	15,74	292,00	225,84	1,24	23,11

Die Gesamtausgabe auf einen Versicherten und auf einen Unfall ist gesunken. Auf je einen Unfall waren die Kosten am höchsten im Jahre 1910, seitdem sanken sie erheblich. Die Steigerung der Entschädigungen für Unfallrentner erklärt sich aus den eingetretenen Lohnsteigerungen, die sich auch in höhere Rentenbeträge umsetzen, und vor allem auch in der Zunahme der schweren Unfälle. Trotz der Rentenminderungen blieb die Zahl der entschädigten Unfälle im letzten Jahre um über 4000, die der tödlich verlaufenen um 782. Da keine Renten immer weniger gezahlt werden, die Entschädigungen sich in steigendem Maße auf ganz schwere Unfälle verteilen, muß natürlich der Durchschnittsbetrag steigen.

Noch auffälliger als bei den gewerblichen Berufsgenossenschaften kommt das Sparstehen in den Rechnungsergebnissen der landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften zum Ausdruck.

Das Reichsversicherungsamt berechnet folgendes: Es entfielen

	Gesamtausgaben Mark		Verwaltungs- kosten Mark	auf 1 Unfall
	1 Versicherten	1 Betrieb		
1907	3,48	8,26	25,02	
1908	2,92	7,94	26,11	
1909	2,35	7,44	28,05	
1910	2,38	7,52	30,58	
1911	2,36	7,47	29,75	
1912	2,41	7,61	32,50	

Steigerung der Verwaltungslofen, trotzdem Rückgang der Lofen auf 1 Versicherten und einen Betrieb. Hier zeigt sich auch, was von dem Gerede über die schwere Last aus der Unfallversicherung zu halten ist. Im letzten Jahre entfielen auf einen Betrieb ganze 7,61 M., bei den gewerblichen Berufsgenossenschaften 210,14 M. Ein richtiges Bild von der Belastung geben die Kosten auf den Versicherten. Bei den landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften ergeben sie 2,41 M., bei den gewerblichen 15,74 M. Die landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften zahlen auch sehr niedrige Entschädigungen. Im Jahre 1912 betrug die Entschädigung im Durchschnitt, bei den

gewerbli. landw. Ver.-Gen. Ver.-Gen.

für 1 entschädigungspflichtigen			
Unfall	225,84	78,97	
für 1 Witwe	202,—	94,—	
für 1 Witwe	183,—	75,—	

Die Ziffern entfallen das Geld der Unfallversicherung. Die Witwe eines getöteten gewerblichen Arbeiters bekommt pro Tag 55 Pf., für eine Witwe gibt es 50 Pf. Die Witwe eines Landarbeiters muß sich gar mit 26 Pf. begnügen und für eines Landarbeiters hinterlassene Kind werden noch nicht 21 Pf. gezahlt. Das nennt man mustergütige Arbeiterfürsorge!

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet in den Räumen 69, von vier bis sechs Uhr abends, wochentags von 4 1/2 bis 7 1/2 Uhr abends, Sonnabends von 4 1/2 bis 6 Uhr abends statt. Jeder für den Briefkasten bestimmten Brief muß ein Buchgeld und eine Zahl als Merkzeichen beizufügen. Briefliche Antworten werden nicht ertheilt. Anfragen, denen keine Abmündigung beizufügen ist, werden nicht beantwortet. Einige Fragen tragen man in der Sprechstunde vor.

Für die Fragen auf einzelnen Rechtsgebieten sind in der Buchhandlung Vorwärts Führer zum Preise von je 20 bis 50 Pf. erhältlich.

Führer sind folgende Führer erschienen:		
Führer durch die Landgemeinordnung für die sieben sächsischen Provinzen		30 Pf.
Führer durch das Gewerbe- und Kaufmannsgerichtsgesetz		25
Führer durch das Militärpensionsgesetz		50
Führer für den Militärpflichtigen		30
Führer durch das Mietrecht		40
Führer durch das preussische Einkommensteuergesetz		30
Führer durch die Strafprozedur		30
Kirchensteuer und Kirchenrecht in Preußen		20
Führer durch das Versicherungsrecht für Angestellte		40
Führer durch das preussische Grundrecht		30
Die Verfassungsurkunde für den preussischen Staat		30
Führer durch das Vereins- und Versammlungsgesetz		40
Die Wirkung der Staatsangehörigkeit erworben		30
Führer durch die verschiedenen Gebiete der Reichsversicherungsordnung		30 bis 40

R. P. 95. 1. und 2. Soweit uns bekannt, ja. 4. Postlich sichere Nachicht ist uns darüber nicht zugegangen. — 12. P. 2. In der königlichen Charité, Berlin, Schumannstraße, haben solche Kurie statt. Solche Institute empfehlen wir nicht. — 14. P. 70. 1. Eine Antwort braucht nicht abgegeben zu werden. Am übrigen war die Anmeldung nicht notwendig. 2. Rein. 3. Fragen Sie an der Waise, Berlin-Regel, Schlieperstraße 30.

G. P. 11. 1. Rein, sofern Sie nicht Erparnisse oder sonstige Vermögen haben. 2. und 3. Nur dann, wenn Ihre Zahlungspflicht festgestellt wird. 4. Ja. 5. Bekreihen Sie Ihre Verpflichtung der Armenverwaltung gegenüber. 6. Rein. — H. P. 222. Rein. — G. W. J. Dahme. Eine Ansetzung des Vergleichs ist unseres Erachtens nicht mehr zulässig. Der Anwalt ist zur Einziehung der Forderung und zur Abrechnung verpflichtet. Fordern Sie ihn dazu unter Setzung einer Frist von vielleicht 14 Tagen auf. Sie können eventuell Beschwerde bei der Annahmestammer in Potsdam führen. — P. R. 21. 29. Falls von Ihrer Frau die Mithilichkeit freiwillig festgestellt ist, besteht Anspruch auf die staatlichen Regelleistungen. Zur die vollen Krankheitskosten würde die Kasse nur dann halten, wenn sie die Aufnahme in das Krankenhaus genehmigt hat. — W. 22. An das Amtsgericht, Nachschreibung, in dessen Bezirk Ihre Schweigepflicht verstorben ist. Die Ansprüche verjähren erst in 30 Jahren. — P. 23. Das ist zulässig, jedoch könnte die Polizei Ihnen ein Strafmandat übermitteln.

1868. 1. Das eigenhändig errichtete Testament kann zu Hause aufbewahrt werden, muß aber nach dem Tode eines der Erblasser sofort ein gereicht werden. 2. Falls der Mietzins nach Monaten bemessen ist, bis zum 15. des Monats mit Wirkung zum darauffolgenden ersten. — R. P. 28. Damit brauchen Sie nicht einverstanden zu sein. — G. G. 50. Wären Sie die Nachicht des Vorstehers der Stabsordnungsversammlung ab. Eine Klage verjährt wenig Aussicht auf Erfolg. — 2. Nr. 56. Bei Vorhandensein eines Kindes besteht ein Anspruch auf Herausgabe nicht. Am übrigen verweisen wir auf den Artikel „Steuerfragen“ im „Vorwärts“ vom 14. April 1911. — G. W. 5. 276, 284 Mark jährlich. — G. 135. 1. Ja. 2. Rein, wohl aber vorzulegen. 3. Ja, die Annahmestruif jedoch der Vormundschaftsrichter. — 777. R. P. 29. 1. Bis zur Vollendung des 16. Lebensjahres. 2. Ja, mit Zustimmung des Vormundes und des Vormundschaftsgerichts. 3. Je nach Ihren Einkommens- und Vermögensverhältnissen. Es würden etwa 1000 bis 1500 M. in Frage kommen. 4. Mit dem Vormund in Verbindung setzen. 5. Eine Verpflichtung zur Mittelung hat niemand. 6. Durch Antrage beim Vormundschaftsgericht. — G. 2. 100. Dauert die Krankheit länger als 14 Tage an, nein. — W. 23. 16. 1. Etwa 300 M. Es ist auch Rentenzahlung gestattet. 2. Beim Kreisarzt, bald. 3. 1/2 Jahr. 4. Allgemeine Volkshilfsbildung genügt. 5. Rein. — W. 50. Nicht zu enträften. — P. P. 105.

1. Zunächst Anmeldung beim Amtsgericht Berlin-Mitte. Frühestens nach Ablauf von vier Wochen, spätestens innerhalb sechs Wochen Wiederholung der Erklärung persönlich beim Gericht. In der Regel erfolgt Vorladung. 2. Für die Zeit bis einschließlich Kalenderjahr 1915. — G. 100. Die halten Sie für berechtigt, den Vertrag anzufachen. — P. G. 2. Völkchenberg. Gegenseitiges Einverständnis ist nicht ausreichend. Doch können die anderen Gründe genügen, falls beweisbar. Nach Lage der Sache würde ein Armenratte zu erreichen sein. — G. 1905. Leider nicht. — W. 100. 1. Ja, falls Gefahr im Verzuge liegt. 2. Ja, von dem Besetzten. 3. Unter der zu 1. genannten Voraussetzung, nein. — G. G. 100. 1. Ja, jedoch macht Bezug in der Regel vom dem Recht keinen Gebrauch. 2. Der Anspruch bleibt weiterbestehen. Jedoch kann die Heimatsbehörde die Rückkehr verlangen. — P. G. 4. Einen gesetzlichen Anspruch hat Ihr Bruder nicht.

Abgeordnetenhaus.

65. Sitzung, Montag, den 27. April 1914, vormittags 11 Uhr.

Am Ministertisch: v. Trott zu Solz, Auf der Tagesordnung steht der

Kultusetat.

Abg. Dittrich (Z.)

wendet sich gegen den Bundesratsbeschluss zur Ausführung des Jesuitengesetzes, das ein schlimmes Ausnahmengesetz ist. (Sehr wahr! im Zentrum.) Wir werden nicht aufhören, es zu bekämpfen, bis es fällt, denn wir fordern gleiches Recht für alle! (Lebhafte Zustimmung im Zentrum. — Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Die Orden müssen im Interesse der Kirche und des Staates in größerem Umfang zugelassen werden, besonders in Ostpreußen, wo der Staat ein Bedürfnis danach nicht anerkennt. Der Redner begründet einen Antrag, Ordensangehörige zur Krankenpflege zuzulassen und einen weiteren Antrag, auch den nicht mit Korporationsrechten ausgestatteten Orden die Erlangung der Rechtsfähigkeit zu ermöglichen. Heute werden die Orden in ihrer segensreichen und barmherzigen Krankenpflege in jeder Weise beschränkt; so z. B. dürfen sie nur Katholiken pflegen — die Diakonissen aber dürfen auch Katholiken pflegen. (Hört! hört! im Zentrum.) Monistische und staatsgefährdende Vorträge gestattet man, aber die Jesuiten dürfen nicht öffentlich auftreten. Man lasse die Orden zu und gebe ihnen Erfindungsmöglichkeit, mindestens aber die Rechtsfähigkeit! Man mache die reichen Kräfte der Kirche nutzbar für Volk und Staat! (Lebhafte Beifall im Zentrum.)

Kultusminister v. Trott zu Solz:

Schon 1903 hat die Staatsregierung ihre Stellung zu diesen Anträgen bekannt gegeben und zu einer Änderung liegt kein Anlaß vor. Seit 1902 ist die Zahl der in der Krankenpflege tätigen katholischen Ordensmitglieder in Preußen von 19 000 auf 26 000 gestiegen, die Gesamtzahl der Ordensleute auf 38 000. Die Regierung hat also weites Entgegenkommen gezeigt. Wohlwollende und entgegenkommende Prüfung der Zulassungsanträge sichere ich zu. Den Antrag bitte ich abzulehnen.

Abg. Dr. v. Campe (natl.):

In der Ordensfrage kommen wir deshalb nicht weiter, weil wir nicht nur mit der evangelischen Geistlichkeit, sondern auch mit dem Papst in Rom zu tun haben. Wenn Herr Dittrich die freie Kirche im freien Staat fordert, so wäre die Konsequenz davon die Ausschaltung jedes staatlichen Aufsichtsrechts über die Kirche. (Widerpruch im Zentrum.) Das kann kein Staat zugeben, am wenigsten der preussische Staat. Die Anträge des Zentrums bedeuten einen prinzipiellen Vorstoß dieser Herren gegen die Friedenseinsetzung der 80er Jahre. Der Antrag des Zentrums über die Schulaufsicht, der noch nicht zur Debatte steht, bedeutet einen Angriff auf die Grundpfeiler der Existenz des preussischen Staates. (Gelächter im Zentrum.) Die Kirche hat keinerlei Rechte an die Schule als diejenigen, die der Staat ihr einräumt. (Lebhafte Widerspruch im Zentrum. Bravo! links.) Der Staat ist der eigentliche Herr der Schule. (Sehr gut! links.) Minister v. Studt hat früher schon darauf hingewiesen, daß die Diakonissenvereine keine kirchlichen Vorrechte unterliegen wie die katholischen Orden. Solche Vereine mit ganz verschiedenem Charakter gleichzustellen, wäre alles andere als Parität. Die Parität kann nicht in Gleichstellung jeder Kirche bestehen, sondern darin, daß man jeder Kirche das ihre gibt. (Sehr richtig! links.) — Warum klagen die Herren nur immer über das scharfliche Preußen und nicht auch über Bayern. (Sehr gut! links.) Beantragen Sie doch, daß die bayerischen Gesetze hier eingeführt werden, ich glaube, Sie können vom Regen in die Traufe. Daß die Verhältnisse bei uns gar nicht so schlimm sein können, beweist auch die Tatsache, daß jährlich etwa 2000 neue Ordenspersonen nach Preußen hereingeführt werden. (Hört! hört! links.) An eine Änderung der Maßgabe ist nicht zu denken in einer Zeit, wo Jahr für Jahr die Brandfackel der Erregung in die evangelischen Kreise hineingetragen wird. Ich hoffe, die Regierung wird im Bundesrat dafür eintreten, daß § 1 des Jesuitengesetzes nicht aufgehoben wird. Sie wird damit dem konfessionellen Frieden am besten dienen. (Bravo! bei den Nationalliberalen.) — Ich muß dann noch auf die Fälschung des Kaiserbriefes zu sprechen kommen. (Unruhe im Zentrum.) Wenn dieser Brief jetzt in die Diskussion gezogen wurde, so müßte man annehmen, daß die Betreffenden in der Lage gewesen wären, den Brief selbst zu lesen. (Sehr richtig! links.) Würde doch behauptet, es stehe in dem Briefe, der Kaiser habe die katholische Religion. Schließlich hat dann die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ in kräftigen Worten diese Machinationen der katholischen Presse zurückgewiesen und festgestellt, daß keinerlei verlebende Äußerungen über den katholischen Glauben in dem Briefe enthalten seien. Die große katholische Presse hätte so loyal sein müssen, gegen dies Treiben der kleinen katholischen Presse zu protestieren. (Sehr richtig! links.)

Die konfessionellen Gegensätze werden durch ein solches Gebaren nur vertieft. Es ist ein geradezu frechhaftes Spiel getrieben worden mit diesem Kaiserbrief, darin kann ich der „Nordd. Allg. Ztg.“ nur zustimmen. (Lebhafte Bravo! bei den Kath., Fischen im Zentrum.)

Abg. Bierck, (ff.)

betont die Wichtigkeit der Religion als Grundlage des Staats. Das Komitee „Konfessionslos“ erhält bei seiner Volkervermittlung Hilfe von den Leuten, die sonst die rote Fahne vorantreiben und denen die Wägen zu folgen gewohnt sind und die nun die aschgraue Fahne der Verneinung schwingen. An dem gesunden Sinn unseres preussischen Volkes wird diese faule, angezettelte Bewegung aber scheitern. Sehr bedauerlich ist aber die religiöse Gleichgültigkeit der Gebildeten. Der Religionsunterricht darf nicht vernachlässigt werden, Religionsgeschichte und die Kunde von den anderen Religionen muß hinzutreten, dann werden die Schulen den Schatz unserer christlichen Lehre zu würdigen wissen. Dazu müssen aber auch die Lehrer mehr vorgebildet werden. Zu einer Veränderung der Regelung des Lebenswesens liegt kein Grund vor. Die Krankenkassenordnungen usw. sollen nicht zu sehr beschränkt werden, aber die Staatsbehörde muß aufrecht erhalten bleiben. Ich beantrage, die Zentrumsanträge einer Kommission von 21 Mitgliedern zu überweisen. (Bravo! bei den Freikonservativen.)

Abg. Eichhoff (Sp.):

Zu einer Aufhebung des Jesuitengesetzes könnte ich eine Gefährdung des konfessionellen Friedens nicht erkliden. (Bravo! im Zentrum.) Hoffentlich bedenkt das Zentrum die Fälschung des Kaiserbriefes und hoffentlich wird der Schuldige festgestellt. — Den Schülern sollen die Fortschritte der Religionswissenschaften nicht vorenthalten werden.

Die Errichtung eines Zentralinstituts für Erziehungswissenschaften begrüßen wir. Zwischen den verschiedenen Schularten muß ein organischer Zusammenhang hergestellt werden. (Sehr richtig! links.) Eine Gründung weiterer Universitäten und vor allem weiterer technischer Hochschulen ist bei der Ueberfüllung der jetzigen Anstalten, ihrer Hörsäle und Laboratorien dringend notwendig. Auch die Methode des akademischen Unterrichts bedarf der Reformierung, er muß mehr seminarisiert werden.

Die Selbständigkeit, die heute noch dem Zwang in der Schule plöglich an die jungen Studenten herantritt, sollte in den letzten Schuljahren schon vorbereitet werden. Auch zwischen höheren

Schulen und Volksschulen muß ein organischer Zusammenhang hergestellt werden. In diesem Sinne bin ich ein Freund der Einheitschule. (Bravo! links.) — Ferner fordern wir ein reines Unterrichtsministerium, wie es in anderen Kulturstaaten längst besteht. Die Aufsicht über die verschiedenen Schularten dürfte nur Fachmännern überlassen werden, Volksschullehrern resp. Oberlehrern. (Beifall links.)

Abg. Freiherr Schenk zu Schweinsberg (f.):

Der Etat beweist, daß das Wort, daß der preussische Staat in Bezug auf Ausgaben für Kulturzwecke der reichsständigste sei, nicht zutrifft. Die Errichtung neuer Universitäten wünschen wir nicht; sie würde nur zur Vermehrung des wissenschaftlichen Proletariats führen. — Die Gleichstellung der höheren Schularten soll zu einem Rückgang in den Leistungen der alten Sprachen geführt haben. Daher sollte man mit weiteren Reformen vorsichtig sein, auch wenn sie unter nationaler Flagge segeln, wie das Streben nach einer nationalen Einheitschule. (Bravo rechts.) Der Religionsunterricht ist das Schmerzenskind unseres höheren Schulunterrichts; 90 Prozent aller Schüler lassen die Schule als religiös gleichgültig oder gar antireligiös verlassen. Um so weniger sollte man den Religionsunterricht zum rein religionswissenschaftlichen Unterricht werden lassen. — Was den ersten Antrag des Zentrums anlangt, so halten wir die Befreiung der in der Krankenpflege bestehenden Beschränkungen für gerechtfertigt. (Bravo! im Zentrum.)

Um eine darüber hinausgehende Auslegung des Antrags auszuschließen, haben wir eine entsprechende Änderung beantragt. Wir richten uns in diesen Fragen nach dem alten Wort: Geh dem Kaiser, was des Kaisers ist, und Gott, was Gottes ist. (Bravo! rechts.)

Abg. Singschski (Pole)

spricht für die Zentrumsanträge und kritisiert, daß seit 7 1/2 Jahren der Posten des Erzbischofs von Osnabrück noch immer unbesetzt ist. — Zu welsch kanibalischen Vorommnissen die unzulässige Einmischung des Staates in innere Angelegenheiten der Kirche führen kann, haben die belannten Szenen in der St. Pauls-Kirche in Roabit bewiesen. Was geht den Staat der Religionsunterricht der polnischen Kinder an? Wirklich kann der Religionsunterricht nur in der Muttersprache erteilt werden. Aber selbst laubstumm polnische Kinder werden in deutscher Sprache unterrichtet, was für sie so gut wie wertlos ist.

Kultusminister Trott zu Solz:

Der Vorredner hat die Schuld an den Vorgängen in der St. Pauls-Kirche in Roabit der preussischen Regierung zugeschoben. Wie waren die Vorgänge? Die Polen in Berlin scheuten sich nicht, ihre politische Agitation hineinzutragen in die heiligen Räume der Kirche. (Zuruf bei den Polen: Nicht wahr!) Dort ist ein derartiger Tumult entstanden, daß die Geistlichen sich nicht anders zu helfen wußten als dadurch, daß sie die Polizei zu Hilfe riefen. Das nennt der Abgeordnete ein Einmischen der preussischen Regierung in innere Angelegenheiten der Kirche! Darüber irgendwelche Anordnungen zu treffen, wie der Kommunionunterricht von den Geistlichen zu erteilen ist, ist der Regierung niemals eingefallen.

Abg. Ströbel (Soz.):

Herr Bierck sprach von der Agitation des Komitees Konfessionslos für den Kirchenaustritt. Als sozialdemokratische Partei haben wir ja mit diesem Komitee nichts zu tun; aber ich möchte auf seine Ausführungen doch kurz eingehen. Er berief sich zum Beweis dafür, wie wenig bei dieser Agitation die religiöse Empfindung Andersdenkender respektiert worden sei, auf Postkarten, auf denen verschiedene Denkprüche in freireligiösem Sinne gestanden haben. Eine der Karten enthielt zwei Sprüche: Das Wort Friedrichs des Zweiten, daß in seinem Lande jeder nach seiner Passion selig werden könne, und das Wort von Schiller, daß er aus Religion seiner Religion angehöre. Das Hohenzollernwort Friedrichs des Großen ist ja von diesem leider nicht immer vermischt worden. Nach der liberalen Legende soll wirkliche religiöse Toleranz in seinem Staate geherrscht haben. Aber es ist bekannt, daß als einmal ein Geistlicher erklärt hatte, daß die Defektion keine unverzeihliche Sünde sei, Friedrich der Große mit diesem Geistlichen sehr böseartig umgesprungen ist. Herr Bierck sprach dann von der Flachheit der Kirchenaustrittsbewegung, die an dem gesunden Sinn des Volkes scheitern würde. Es mögen in den Versammlungen nicht alle ethnologischen, soziologischen und philosophischen Wurzeln der Religion erörtert worden sein, aber die Diskussion wird wohl kaum niedriger gestanden haben, als das Niveau der Debatten hier bei Beratung des Kultusetats. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Was hier an Tiefinn über diese religiösen Probleme bisher vorgebracht ist, wiegt wirklich nicht allzu schwer. Wenn Herr Bierck von der

religiösen Gleichgültigkeit

gesprochen hat, so ist die bei den Religionen allerdings in außerordentlich hohem Maße vorhanden. Die Geistlichen sind nur dafür besorgt, daß dem Volke die Religion erhalten bleibt, damit sich das Volk nicht von ihnen beherrschen und ausnützen läßt. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Gegen eine Vertiefung des Religionsunterrichts an den höheren Schulen, wie Herr Bierck sie wünschte, haben wir natürlich nichts, wenn diese Vertiefung dahin geht, daß die Entstehungsgeschichte der Religion gelehrt wird, daß Vergleiche gezogen werden zwischen den verschiedenen Religionen. Sondern das ist nur, daß Herr Bierck diesen Wunsch nur für die höheren Schulen geäußert hat, nicht auch für die Volksschulen. Wir meinen, was für die höheren Schulen gut ist, muß auch den Volksschulen gewährt werden. Der Religionsunterricht muß dort mindestens ebenso gründlich erteilt werden. (Abg. Bierck: Keiner Schüler in höheren Klassen!) Dann sollte man doch in den unteren Klassen den Religionsunterricht überhaupt ausschalten und den Kindern nicht erst falsche Begriffe beibringen.

Herr v. Campe sprach von dem Kaiserbrief, in dem die Stelle vorgekommen sein soll: „Ich habe es mir zur Lebensaufgabe gestellt, den Aberglauben, dem Du Dich jetzt zuwendest, aufzugeben.“ Der Reichstagsabgeordnete Jäger soll sich ja bekanntlich für die Wichtigkeit dieser Briefstelle sehr bemüht haben. Hier ist es den Herren offenbar unheimlich, auf solche Dinge einzugehen. Wenn jetzt in der „Norddeutschen Allgemeinen“ behauptet wird, solche Worte hätten nicht in dem Brief gestanden, so befragt das nichts. Hat doch die „Post“ selbst einmal geschrieben, die „Norddeutsche Allgemeine“ sei ja dazu da,

um berufsmäßig die Unwahrheit zu sagen.

(Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Ich erinnere auch daran, daß die „Frankfurter Zeitung“ geschrieben hat, daß der Wortlaut des Kaiserbriefes seit Jahren auch liberalen Politikern bekannt sei. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Um die Sache wirklich klarzustellen, gibt es zwei Wege: Erstens den der gerichtlichen Aufklärung. Wir sind sonst keine Freunde davon, daß die Presse durch die Gerichte behelligt wird, wenn aber dadurch die Möglichkeit gegeben ist, eine solche Sache aufzuklären, die doch wirklich von einiger Bedeutung ist, so wäre es wohl angebracht, durch gerichtliche Verhandlung einwandfrei festzustellen, ob etwas Wahres daran ist. Und die zweite Möglichkeit: Warum veröffentlicht man nicht den wirklichen Brief? Das läge doch außerordentlich nahe. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Aber die Herren vom Zentrum begnügen sich damit, durch die Presse Mißtrauen im Lande auszustreuen. Das trägt keine Früchte und hier im Parlament schwicht man darüber. Da ist man zu „vornehm“, auf solche Dinge einzugehen.

Herr Dietrich wünschte dann freie Betätigung der Kirche neben dem Staate und Befreiung der ausnahmsrechtlichen Zustände für die katholischen Orden. Wir Sozialdemokraten können uns diesen Wünsche nur voll anschließen. Wir sind freilich für die Aufhebung des Jesuitengesetzes geneigt. (Abg. Hoffmann u. [Soz.]: Und nicht absondierlich! — Weiterleft.) Wir sind gegen jede Ausnahmengesetzgebung und wünschen, daß die Herren Jesuiten jede Betätigungsmöglichkeit bei uns in Deutschland erhalten. Wir glauben auch mit den Jesuiten fertig werden zu können. Jedenfalls sind wir im Prinzip für gleiches Recht, verlangen allerdings dann auch, daß auch die anderen Kräfte, die im Volke vorhanden sind, sich ebenfalls frei auswirken können, daß also auch

alle ausnahmsrechtlichen Privilegien gegen die Sozialdemokratie beseitigt

werden. Wenn die Möglichkeit besteht, daß die verschiedenen Weltanschauungen, die ultramontane und die sozialistische in Kampf gegeneinander treten, dann zweifle ich gar nicht, auf welcher Seite der Sieg auf die Dauer sein wird. Aber das Zentrum ist ja gar nicht dafür, daß wir Sozialdemokraten uns frei betätigen können. Deshalb ist es eine Heuchelei, wenn es Befreiung des Ausnahmerechts für die Jesuiten fordert, ohne gleichzeitig zu verlangen, daß ähnliche Bestimmungen gegenüber uns Sozialdemokraten beseitigt werden. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Vor allem müßte die Kirche dann aber auch auf den Charakter einer Staatskirche verzichten. Heute werden ja sehr erhebliche Aufwendungen im Kultusetat für die Kirche gemacht. Im Jahre 1909 sind wieder mehr als 13 Millionen an Gehältern für die Geistlichen der beiden Konfessionen bewilligt worden. Das war um so unerhörter, weil man nicht Geld genug zu haben erklärte, um die allzu berechtigten Wünsche der unteren Beamten zu berücksichtigen. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten) und dann auch deshalb, weil man nicht im geringsten daran gedacht hat, auch ein Höchstgehalt für die Geistlichkeit festzusetzen und die hier bestehende Prämienwirtschaft zu beseitigen. Über 40 Millionen werden vom preussischen Staat für die Geistlichen beider Konfessionen jährlich gezahlt. Kleinlich ist es unter diesen Umständen, daß die Konservativen nicht dafür zu haben sind, daß auch die jüdischen Kultusgemeinden vom Staate unterstützt werden. Die jüdische Religion ist doch nicht schlechter als die katholische oder evangelische Konfession. Wir wollen selbstverständlich von solchen Aufwendungen nichts wissen, weil wir prinzipielle Gegner jeder Subvention von Kirchengemeinschaften sind. Wir verlangen volle Religionsfreiheit, sind aber gerade deshalb der Auffassung, daß die Kirchengemeinschaft

rein private Institutionen

sein müssen. Diese Freiheit wird den Kirchengemeinschaften viel besser bekommen, weil sie sich dann viel besser der Pflege der religiösen Ideale widmen können.

Der konservative Redner hat in pathetischem, pastoralem Ton uns allerhand erzählt über religiöse Ideale. Aber von dem eigentlichen christlichen Ideal der Betätigung der Nächstenliebe durch die Kirche ist von Ihnen allen nicht mit einem Worte geredet worden. Wir treten dafür ein, trotzdem wir Ihrer Kirche nicht angehören. Das ist der große Nährmittel des Sozialismus, daß wir eintraten für Gleichheit alles dessen, was Menschentum trägt, ein Postulat, das auch der von Ihnen sonst so gerühmte Richter bereits aufgestellt hat. Es ist traurig genug, daß die Kirche infolge ihrer Abhängigkeit von dem Klassenstaat für das Ideal der Nächstenliebe nicht praktisch eintritt. Wir haben es ja erlebt, daß Pastoren, wie Jatho und Traub, gemahregelt worden sind wegen ihrer Anschauungen in Glaubensdingen, und wenn ein Pastor in sozialer Beziehung allzu weitgehende Forderungen aufstellt, wenn er seine Nächstenliebe durch die Tat in sozialer Beziehung energisch betätigen will, liegt er erit recht, wie das Beispiel des Pastors Göhre beweisen hat. Deshalb wäre es sehr wünschenswert, wenn die Kirchen des staatlichen Charakters entfleidet und sich wirklich einmal auf das alte Christentum besinnen würden.

Interessant ist auch, daß heute in der Zeit der ewigen Kriegstreiberien es die Kirchen nicht zu ihrer Aufgabe machen, energisch für die Friedensidee einzutreten. Von der internationalen Verständigung wird auf den Kanzeln nicht gesprochen. (Widerpruch rechts.) In all den Predigten, die ich gehört habe, ist von den praktischen Fragen des sozialen Lebens und der Politik nie mit einem Sterbenswörtchen die Rede gewesen. Sie (nach rechts) riskieren ja nicht einmal hier ein so vernünftiges Wort, und da wollen Sie behaupten, daß das von der Kanzel aus geschieht. Das ist nicht der Fall. Das haben ja auch Geistliche auf der Togaung des Protestantenbundes und anderer christlicher Kreise zugegeben: Wir tragen selbst Schuld daran, so daß wir in den breiten Massen des Volkes kein Vertrauen gewinnen, denn wir haben immer abseits gestanden; deshalb ist die Sozialdemokratie so groß geworden, weil sie das getan hat, was wir eigentlich tun müßten. (Hört! hört! und Zustimmung bei den Sozialdemokraten.)

Man sucht sich damit zu trösten, daß die Austrittsbewegung nicht so schlimm sei, wie sie vom Komitee Konfessionslos“ hingestellt wurde; es seien nur 12 000 Austrittsgenossen. Nach der Behauptung des Komitees trifft das nicht zu, aber wenn es auch nur 12 000 in einem Jahre sind, so wird die Zahl immer größer werden, wenn die Kirche nicht einen vollständig anderen Charakter annimmt, und das ist ausgeschlossen bei ihrer engen Zusammengehörigkeit zu dem Klassenstaat.

Weber die

Behandlung der Dissidenten Kinder

wird ja später gesprochen werden, aber bezeichnend für die Zustände in dem pseudomodernen Preußen ist es, daß schon 1859 ein preussischer Kultusminister v. Bethmann-Dollwoeg erklärt hat, daß in Bezug auf den Religionsunterricht gegen die Dissidenten Kinder keinerlei Zwang ausübt werden und dieser Unterricht für solche Kinder durch freireligiöse Lehrer erteilt werden soll. Damals hatte man noch in ganz anderem Maße Toleranz gegenüber Dissidenten und Andersgläubigen als jetzt, wo Preußen angeblich in Deutschland und in der Welt voran ist. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Wir verlangen also die Trennung von Staat und Kirche und die Befreiung aller staatlichen Subventionen für die Kirche. Dieses Geld kann viel besser verwendet werden. Es dient heute zum Teil zur Errichtung immer neuer Kirchenbauten, obgleich festgestellt ist, daß die Kirchen nur zum allergeringsten Teile gefüllt sind. Selbst nach einem Bericht der „Kreuzzeitung“ hat Pastor Keller in einer Versammlung im Januar 1913 erklärt, daß in Hamburg in gewissen Stadtteilen nur 1 Proz. der Bevölkerung in die Kirche gehe. Wenn Sie uns wieder einmal damit kommen sollten, daß Sie die Gewerkschaftsbeiträge der Arbeiter, die doch die beste Anlage darstellen, weil die Gewerkschaften die Arbeitszeit verkürzen, das gesamte Lebensniveau der Arbeiter erhöhen und die ganze soziale Gleichgewichtung herbeiführen können, wenn Sie uns wieder diese Gewerkschaftsbeiträge mit den Staatsbeiträgen usw. vergleichen sollten, dann werden wir Sie an die gewaltigen Summen erinnern, die für die Kirche aufgebracht werden, obgleich die Kirche ein ungenutztes, uns freilich verweigertes Vermögen besitzen muß. In Neulissin betrug die Einnahme der Kirchenlasten 1912 657 000 M. Davon wurde nur 1/10 für Mildtätigkeit ausgegeben, nämlich an bedrängte Gemeindeglieder, für Jubilare und Hochzeitsegens 1150 M. für arme Konfirmanden usw. 1846,15 M. Außerdem wurden für Wohlthätigkeit und Kirchenmed.“ noch 5700 M. ausgegeben, dazu aber stehen auch die Ausgaben für den Evangelischen Bund, den Gustav-Adolf-Verein usw. Rechnet man aber selbst diese 6000 M.

mit, so bleibt doch ein klaffender Widerspruch bestehen zwischen der bedeutenden Summe, die der Kirche in Neuböhlen zur Verfügung stand, und der Kleinigkeit, die für Wohltätigkeitszwecke aus gegeben wurde.

Sie fragen uns manchmal, warum wir die Not der Arbeiter nicht durch Vergabe der Gewerkschaftsfonds lindern, obgleich gerade die Aufspeicherung dieser Fonds nötig ist, um

die Unternehmer in Schranken zu halten.

Wenn Sie diese Frage aber wieder einmal aufwerfen sollten, dann denken Sie an die Zahlen über das Kirchenvermögen von Neuböhlen. Die Kirche ist einerseits Staatskirche, andererseits wird aber nicht einmal uns, die wir hier Mittel für die Kirche bewilligen sollen, Auskunft über die Finanzen der Kirche gegeben. Sogar das Bräutigamswesen der Kirche wird geheim gehalten. Das Vermögen der Kirche muß aber außerordentlich groß sein, denn nach amtlichen bayerischen Quellen beläuft die Kirche allein in Bayern 1200 Millionen Mark. Bei der Materialiensammlung für die Reichsfinanzreform im Jahre 1909 ergab sich, daß an Kirche und Kloster insgesamt 654 Millionen bezahlt wurden. (Abg. Adolf Hoffmann: Du sollst nicht Schätze sammeln!) Diese Beträge werden zum großen Teil zwangsweise eingezogen von Leuten, die innerlich mit der Kirche zerfallen sind, die es aber wegen der sonst eintretenden Verfolgungen nicht riskieren können, konsequenterweise aus der Kirche auszutreten. Es ist ja noch unvergessen, daß ein Lehrer in Wadoburg, der sich nicht das geringste hatte zuschulden kommen lassen, gemahnt wurde, weil er nach seiner christlichen Überzeugung aus der Landeskirche ausgetreten war! (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Aber auch nichtbeamtete Zivilpersonen müssen aus Angst vor der schwersten materiellen Schädigung sich den Austritt aus der Kirche verweigern. (Zustimmung bei den Sozialdemokraten.)

Wir fordern weiter die

Trennung der Schule von der Kirche.

Es ist hier vom Rechte der Eltern gesprochen worden, die doch das Recht haben müssen, auch auf die religiöse Erziehung und Gestaltung ihrer Kinder einzuwirken. Selbstverständlich wird dieses Recht von keinem Sozialdemokraten bestritten, aber nach unserer Überzeugung darf es nicht in der Schule durch einen religiösen Zwangsunterricht, sondern nur durch private religiöse Unterweisung der Kinder je nach dem Bedürfnis der Eltern befriedigt werden. Uns Sozialdemokraten liegt unsere sozialdemokratische Weltanschauung sicher so am Herzen wie Ihnen Ihr Christentum; aber es wird uns niemals einfallen, zu fordern, daß etwa sozialistische Anschauungen offiziell durch die Schule gelehrt werden. Das könnte höchstens dann geschehen, wenn der Sozialismus gesiegt hat und die sozialistische Weltanschauung regiert. (Lachen und Applaus rechts.) Nur objektive wissenschaftliche Tatsachen sollen durch die Schule verbreitet werden. Wir würden uns voll und ganz begnügen, wenn der Sozialdemokrat die Möglichkeit der privaten Unterweisung in der sozialistischen Weltanschauung gegeben würde. Aber das wollen Sie nicht, das machen Sie uns unmöglich und nicht einmal gestatten Sie, daß sozialistische Eltern ihre Kinder von einem sozialistischen Lehrer privat unterrichten lassen. (Zuruf rechts: Selbstverständlich!) Das ist Ihre Toleranz? Dann spotten Sie Ihrer selbst und wissen nicht wie. Wären Sie von der Wichtigkeit und der Kraft Ihrer Weltanschauung so überzeugt wie wir von der unserigen, dann würden Sie gleich uns dafür eintreten, daß allen Geistesarbeitern die gleiche Möglichkeit der Einwirkung auf die Jugend gegeben werde.

In der Schule kann auch nach unserer Meinung Religionsgeschichte gelehrt werden, aber niemals in dogmatisch gebundener und konfessionell gefärbter Weise. Frankreich ist und durch die Ausschaltung eines derartigen Unterrichts vorangegangen; es wäre Zeit, daß wir folgen, um so mehr, als von bürgerlicher Seite wiederholt diese Forderung erhoben worden ist und ein großer Teil, namentlich der Lehrerschaft, auf unserem Standpunkt steht. (Abg. Heins (Mitteilg. Rg.): Ja, das ist schön! Weiter links.) Das glaube ich Ihnen. Wenn man leghin Ihre antimilitarische Rede gehört hat, dann begreift man, daß Sie einem vernünftigen Gedanken nicht zugänglich sind! (Sehr gut! links.)

In Preußen ist ja durch das auch von den Nationalliberalen angenommene Gesetz von 1906 sogar die von dem Minister Fall eingeführte

Simultanschule beseitigt

und durch die konfessionelle ersetzt worden. Ich erinnere mich aus meiner Schulzeit noch, wie sehr die konfessionelle Schule zur konfessionellen Verheerung beitrug. — Sie aber, die Sie bei jeder Gelegenheit über den konfessionellen Unfrieden jammern, verdächtigen ihn durch die konfessionelle Schule! Es wurde gesagt, daß man mit der Religion die Unsitlichkeit bekämpfen müsse. Gut, tun Sie das — aber indem Sie sich religiöser Privatorganisationen bedienen. Uebrigens sollten Sie sich doch auch sagen, daß die Gläubigen nicht stiller sind als die Religionslosen. Mit solchen abgetragenen, einer so erlauchten Versammlung eigentlich unwürdigen Argumentationen sollte man doch gar nicht mehr kommen. Auch das Zentrum sollte einsehen, daß Unsitlichkeit und Segualität nichts miteinander zu tun haben und dann würde es allerdings seine „sittlichen“ Schnüffelchen einstellen. Abg. Dietrich empfahl die Religion auch gegen den Geburtenrückgang. Es wird ihm aber doch bekannt sein, daß in dem katholischen und namentlich auf dem Lande Heritalen Frankreich schon seit langer Zeit das Zweifelhafte herrscht, das erst in der letzten Zeit auch in Deutschland um sich greift. Wenn wir erst nach Ihren Idealen der inneren Kolonisation Kleinstädte über das ganze Land bekommen, dann würde das Zweifelhafte noch mehr um sich greifen, denn der Grund und Boden läßt sich doch nicht bis ins Unendliche teilen, sondern nur bis zu der Grenze, wo noch ein Weib eine Familie ernähren kann. Das einzige Mittel gegen den Geburtenrückgang wäre, daß Sie der Masse der Eltern die Sicherheit geben, daß ihre Kinder in Zukunft ein besseres Dasein werden führen können. Wenn ab und zu Handwerker- oder Unterbeamtenfamilien ungewöhnlich viele Kinder haben, so beweisen solche Ausnahmen aus den Schichten, die noch nicht zum modernen Persönlichkeitsbegriff aufgestiegen sind, gar nichts.

Niederknüpfung der Arbeiterjugend,

sondern wenden noch Staatsgelder, die von den Staatsbürgern aller Parteien aufgebracht werden müssen, zur Förderung Ihrer Parteiorganisationen an! Fast eine Million jugendliche Arbeiter im Alter von 14 bis 21 Jahren sind heute erwerbsfähig; die proletarische Jugendbewegung will diese jungen Leute erziehen und die Durchführung der für sie erlassenen Arbeitergesetzbestimmungen sichern. — Davon hindert man sie. Ihre Jugendorganisationen aber sind keineswegs in diesem Sinne tätig und der Breslauer Jungdeutschlandbund hat sogar junge Leute, statt etwas für ihre Erholung zu tun, als Erdarbeiter für 75 Pf. bis 1,20 M. Tagelohn auf die Güter schlesischer Agrarier vermittelt. (Lebhaftes Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.)

Unter der Verquidung von Kirche und Schule leidet auch die Schule. Neben den

1300 Religionsstundstunden

in den 8 Jahren sind nur 400 Stunden für Geschichte, 420 Stunden für Erdkunde und 700 Stunden für Naturwissenschaften, also zusammen nur 1640 Stunden für die anderen Unterrichtsfächer vorgesehen. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Nun fragt man immer mit Preußens Ausgaben für Schulzwecke. Was sind aber die 180 Millionen für die Volksschulen gegenüber den ungeheuren Bedürfnissen nach verbesserter Volksschulbildung! In Preußen sind mehr als 6½ Millionen Volksschüler, der Staat gibt also pro Kopf nicht einmal 30 Mark aus, dagegen pro Kopf der Universitätsstudenten 700 bis 800 M. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Auch hier zeigt sich, daß unser Staat ein Klassenstaat ist. 22,7 Millionen werden für die höheren Schulen ausgegeben, 18½ Millionen für

die Hochschulen — aber 30 Millionen allein für die Polizei in Groß-Berlin! Für den Militarismus mit allen Nebenausgaben und Inforten gibt das Deutsche Reich jährlich mehr als 3 Milliarden aus. Würde dagegen mehr für die Volksschulbildung und Volkserziehung gegeben, so wäre das die beste Bekämpfung des Chauvinismus. Für Volksschulbildung hat der Staat nur 130 000 Mark übrig. Dann entrückt man sich über die Verbreitung der Schundliteratur. Für jugendliche und Jugendverbildung aber werden 3 Millionen Mark zur Förderung der bürgerlichen Jugendbewegung ausgeworfen. Die proletarische Jugendorganisation haben Sie mit Hilfe der Staatsämter und Gerichte zersprengt und nicht einmal Vorträge über Friedrich Schiller und über die Seidenraupe dürfen heute vor jungen Arbeitern gehalten werden. Sie begnügen sich aber nicht mit der

Der Abgeordnete Eichhoff ist gegen die Privilegierung der Juristen in den höheren Verwaltungsstellen Sturm gelaufen. In anderen Ländern sind Arbeiter auch schon Minister gewesen, und diese werden unseren Ministern mindestens noch die Stange halten! (Heiteres Lachen, Unruhe rechts.) Es muß allen Menschen die Möglichkeit gegeben werden, auch zu den höchsten Stellen im Staat aufzusteigen. Die Weltgeschichte hat gezeigt, daß gerade die nichtregierenden Klassen der geistige Jungbrunnen der Völker sind. Deshalb verlangen wir die Umgestaltung unserer ganzen Schulverhältnisse, die Einheitschule. Wir verwerfen einen Zustand als kulturwidrig, rückständig und barbarisch, wo nur diejenigen es zu höheren Stellen bringen können, die in der Wahl ihrer Eltern vorzuziehen gewesen sind. Wir fordern einen Zustand, wo die gleichen Möglichkeiten der Bildung und des Fortwärtkommens allen Volksgenossen eröffnet sind. (Lebhafter Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Das Haus verliert die Weiterberatung auf morgen, Dienstag, 11 Uhr.

Schluß nach 5¼ Uhr.

Die Unfallgefahren im Holzgewerbe.

Von den Rängeln des Unfallgesetzes legt jeder Bericht der Berufsgenossenschaft bereites Zeugnis ab. Der Verband der Holzarbeiter hat versucht, durch seine Veröffentlichungen, durch die Ausstellung der „Agenden Hände“, der Öffentlichkeit, den gesetzgebenden Faktoren und nicht zuletzt auch den Aufsichtsbehörden das Bewußtsein zu schärfen. Die unermüdete Propaganda ist gewiß nicht ohne Wirkung geblieben. Wieweil aber noch zu bessern ist, zeigt der Bericht der Norddeutschen Berufsgenossenschaft für das Holzgewerbe, die den weitaus größten Teil des ganzen Gewerbes umfaßt.

Zwar heißt es in dem Bericht für das Jahr 1913: „Die Anordnungen von Schutzvorrichtungen und Sicherheitsmaßnahmen fanden im allgemeinen keinen Widerspruch und zeigten sich für Vorkommnisse über die Anwendung von Schutzmaßnahmen verständnisvolle Bereitwilligkeit und Entgegenkommen.“ Die Arbeiter betrachten aber das „Entgegenkommen“ vieler Arbeitgeber gegenüber den Aufsichtsbeamten recht skeptisch. Den Arbeitgebern ist klar geworden, daß sie gegenüber den mit Vollmachten ausgestatteten Aufsichtsbeamten wohl oder übel bereitwillig sein müssen. Was im Betrieb geschieht, nachdem ihn der Beamte verlassen hat, steht auf einem anderen Blatt. Von welcher zweifelhaften Art die „Bereitwilligkeit“ der Arbeitgeber ist, beweist die Lage der Holzarbeiter darüber, daß sich die Beamten von dem Arbeitgeber oder dem Betriebsleiter durch den Betrieb begleiten lassen. Den Arbeitern wird es auf diese Weise unmöglich gemacht, den revidierenden Beamten auf Betriebsmängel aufmerksam zu machen.

Insgesamt wurden nur 5925 Betriebe (11,66 Proz.) mit 42 272 beschäftigten Arbeitern (18,84 Proz.) revidiert. Trotzdem mußten die Beamten in 2453 oder 41,4 Proz. der revidierten Betriebe 9584 Anordnungen treffen. Bei den Anordnungen handelt es sich in einer großen Anzahl von Fällen um einfache und selbstverständliche Schutzmaßnahmen, wie die Verkleidung der Wellen, Riemen, Sägeblätter usw., wo jede Unterlassung von entsetzlichen Folgen begleitet sein kann. Die in 273 Fällen über Unternehmer verhängten Geldstrafen in Höhe von 10 245 M. haben keine Besserung herbeiführen können.

Die Zahl der Unfälle ist vielmehr gegen das Jahr 1912 von 16 071 auf 16 185 gestiegen. Von diesen Unfällen führten 2779 (17,17 Proz.), gegen 3062 (19,05 Proz.) im Vorjahre, zu Entschädigungen. 105 Unfälle (108 im Jahre 1912) verliefen tödlich. Besonders zahlreich sind die schweren Unfälle beim Holztransport, wo von 1071 Unfällen 66 tödlich verliefen. Was durch geeignete Schutzvorrichtungen erreicht werden kann, beweist der starke Rückgang der Unfälle an den gefährlichen Arbeitmaschinen. Hauptächlich durch die Einführung der runden Messerwelle sind die Unfälle von 300 im Jahre 1912 und 190 im Berichtsjahre zurückgegangen. Das Auslegen von Riemen während des Betriebes hat wieder zahlreiche Opfer gefordert.

Die fähle Objektivität der Zahlenreihen wird durch Aufzählungen über bemerkenswerte Unfälle unterbrochen, die wenig zu den Tatsachen passen. So heißt es an einer Stelle: „Ein Drechslerlehrling S. wollte eine Schmierbüchse nachziehen, hierbei wurde der Kermel seiner Arbeitsblase von der Welle erfaßt und der Verletzte herumgeschleudert die Folge des Leichtsinns und der Unvorsichtigkeit war der Bruch beider Oberextremitäten.“ Die einzig mögliche Schlussfolgerung, daß jugendliche, unerfahrene Arbeiter an gefährlichen Maschinen nicht beschäftigt werden sollen, vermag der Bericht nicht zu ziehen. Auf nicht höherer objektiver Werte stehen ähnliche Bemerkungen über den „Leichtsin“ der Arbeiter. Von den Folgen der Akkordarbeit weiß der Bericht dagegen nichts zu sagen.

Die Unternehmer das Wirken der Berufsgenossenschaft einschätzen, geht aus der Antwort eines Maschinenfabrikanten hervor, der gleich anderen angewiesen war, die Maschinen mit den vorgeschriebenen Schutzvorrichtungen zu liefern. Der Herr im Hause schrieb: „Sobald ich nichts Gegenteiliges ausdrücklich fest vereinbart habe, liefere ich meinen Kunden nach meinen Lieferungsbedingungen, nach meinen Katalogen und Prospekten, woraus die von mir für notwendig erachteten Schutzvorrichtungen zu ersehen sind. Wenn Sie glauben, in irgendeinem Interesse etwas für die Schutzvorrichtungen tun zu müssen, so hätte es sich für Sie geziemt, den Fabrikanten in bescheidenster Weise Vorschläge zu machen, deren Befolgung Sie uns ganz unserem Ermessen anheimstellen könnten, es im Höchsten und darum bitten könnten. Das Recht aber, dem Fabrikanten etwas vorzuschreiben, zu befehlen oder gar anzudrohen, streite ich Ihnen auf das entschiedenste ab und behalte mir weitere Schritte in dieser Angelegenheit ausdrücklich vor.“ Der gute Mann macht sich allerdings mit seiner Drohung nur lächerlich. Die Anordnung ist gesetzlich gestiftet und muß befolgt werden, wenn — der Vorstand der Berufsgenossenschaft den Rat den Heil hält.

Interessant ist schließlich noch die Betriebszählung. Danach wurden ermittelt 1912 28 383 Großbetriebe mit 284 875 Arbeitern und 1913 30 475 Betriebe mit 278 258 Arbeitern; mithin wurden im Berichtsjahre 2092 Großbetriebe und 18 889 Arbeiter mehr ermittelt. Die durchschnittliche Arbeiterzahl in Großbetrieben sank von 9,31 im Jahre 1912 auf 9,13 im Jahre 1913. Die Kleinbetriebe (Betriebe ohne maschinelle Kraft) haben sich im gleichen Zeitraum von 20 732 mit 28 718 auf 20 920 mit 27 263 Arbeitern vermindert. 1912 kamen 1,28 und 1913 1,33 Arbeiter auf den Kleinbetrieb. Die Verminderung der Betriebe erklärt sich dadurch, daß eine große Anzahl von Kleinbetrieben zu maschinellen Einrichtungen überging. Sie werden im Bericht als Großbetriebe aufgeführt, sind ökonomisch aber nicht weiter als Kleinbetriebe. Deshalb hat das mitgeteilte dürftige Ergebnis der Betriebszählung für die Beurteilung der Entwicklung der Betriebsgrößenverhältnisse auch nur sehr bedingten Wert.

Alles in allem läßt der Bericht erkennen, daß auf dem Gebiete

des Unfallgesetzes im Holzgewerbe noch sehr viel zu tun ist und eine Besserung sich vorläufig nicht ankündigt, wenn man nicht die Abnahme der Unfälle an einigen besonders gefährlichen Maschinen schon dafür nehmen will. Bei verlässlicher Aufsicht und verbesserten Schutzvorrichtungen hätte die Unfallziffer nicht steigen dürfen. Eine nicht minder traurige Tatsache ist, daß die Zahl der entschädigten Unfälle abgenommen hat. Wenn niemand wach glauben, daß die Unfälle zwar mehr, aber dafür weniger schwer geworden seien. Vielmehr zeigt sich, daß die Tendenz, die Renten abzuwälzen, nach wie vor besteht. Und das ist angesichts der ungeheuren Opfer an Leben und Gesundheit die schärfste Kennzeichnung des geltenden Systems im Unfallgesetz.

Aus Industrie und Handel.

Krisis und Arbeitslosigkeit.

Eine Arbeitslosenzählung, die sich von der sonst üblichen Zählungsweise vorteilhaft auszeichnet, hat das Statistische Amt der Stadt Nürnberg in der Zeit vom 18. bis 22. Februar 1914 vorgenommen. Die Zählung geschah durch städtische Beamte und Bedienstete von Haus zu Haus. Wohl zum ersten Male in Deutschland wurden bei dieser Gelegenheit auf Antrag der sozialdemokratischen Vertreter im Magistrat neben den eigentlichen Arbeitslosen auch die Arbeiter mitgezählt, die bei verkürzter Arbeitszeit arbeiten. (Wir nennen sie weiterhin die Kurzarbeiter.)

Arbeitslose Vollarbeiter wurden am 18. Februar 1914 gezählt 3774 gegen 2421 am 11. April 1913 und 2613 am 10. Dezember 1908, zur Zeit der letzten Krisis, 1914 also 56 Proz. mehr als 1913, 52 Proz. mehr als 1908. Das schon ist ein schlagender Beweis für die Wucht der gegenwärtigen Krisis, die die von 1908 noch weit in den Schatten stellt. Aber die Statistik bringt noch andere Ziffern, die auf die gegenwärtige Krisis eigentümliche Schlaglichter werfen.

Von den Arbeitslosen sind 3451 oder 91,44 Proz. männliche, 323 oder 8,56 Proz. weibliche. In Krisenzeiten trifft die Arbeitslosigkeit die Arbeiter härter als die Arbeiterinnen, in Nürnberg beträgt der Anteil der Frauen an den Erwerbstätigen rund 20 Proz.

Die gegenwärtige Krisis hat besonders die älteren, über 30 Jahre alten Arbeiter härter als sonst getroffen. Über 30 Jahre alte Arbeiter waren bei der letzten Zählung 1703 oder 45 Proz., während bei früheren Zählungen auf diese Gruppe 38 Proz. und 34 Proz. kamen. Auch die Verkürzten sind bei der letzten Zählung verhältnismäßig viel stärker vertreten als in den früheren Erhebungen. Am 18. Februar 1914 waren es 1537 oder 41,86 Proz., 1913 93,75 Proz., 1908 82,83 Proz.

Von den Arbeitslosen hatten 48,68 Proz. eine Familie oder Angehörige zu unterhalten.

Der Berufsangehörigkeit nach wurden Arbeitslose gezählt: in der Metallverarbeitung 489, im Maschinen- und Apparatebau 680, in der Industrie der Holz- und Schnitthölzer 314, im Baugewerbe 1004, Handel und Verkehr, einschließlich Wirtsgewerbe, verzeichnet 408, häusliche Dienste und Gelegenheitsarbeit 24, Landwirtschaft usw. 62, sonstige Berufsarten 32 Arbeitslose.

Von den Arbeitslosen waren arbeitslos bis zu 4 Wochen 863, von 4—8 Wochen 658, von 8—13 Wochen 633, von 13—26 Wochen 1008, von 26 Wochen bis 1 Jahr 452, mehr als ein Jahr 188. Infolge Entlassung waren arbeitslos 2848 oder 75,46 Proz., wegen Streik oder Ausperrung nur 90.

Außer den festgestellten 3774 arbeitslosen Vollarbeitern waren am Zähltag noch 391 durch die Stadt beschäftigte Reisende Arbeiter vorhanden.

Von der Krisis werden aber nicht nur die eigentlich Arbeitslosen getroffen, sondern auch die Arbeiter, die unter verkürzter Arbeitszeit arbeiten. Es wurden ermittelt insgesamt 7992 Kurzarbeiter. Davon kamen allein 6442 oder 80 Proz. auf die Industrie der Maschinen und Apparate, 1056 oder 13 Proz. auf die Metallverarbeitung und 292 oder 3 Proz. auf die Industrie der Holz- und Schnitthölzer, das sind insgesamt 96 Proz. Die Arbeitszeitverkürzung beträgt 15 bis 40 Proz. In den großen Betrieben sind bei der letzten Krise nicht so viele Entlassungen wie in früheren Jahren vorgekommen, man ist der schlechten Konjunktur mehr mit verkürzter Arbeitszeit begegnet. Das ist sicher ein Erfolg der gewerkschaftlichen Organisationen, die nach dieser Richtung hin mit Vorstellungen an die Leitungen der Betriebe herorgetreten sind. Dieses System entwirft aber sicherlich auch der Erwägung der Unternehmer, daß sie immer eine geschulte, im Betrieb eingearbeitete Arbeiterschaft zur Hand haben. Und nicht zuletzt mögen Erwägungen bürdenfinanzieller Art diese neue Methode begünstigt haben. Für die Beständigkeit des Aktienkurses der großen Gesellschaftsunternehmungen, wie für deren Ansehen bei den Auftraggebern, ist es sicher von großer Bedeutung, wenn auch bei verkürzter Arbeitszeit der Eindruck erweckt wird, als ob die Krisis den Beschäftigungsgrad des Wertes nicht erheblich beeinträchtigt.

Woher großkapitalistische „Werte“ stammen.

Der „Appeal to Reason“ teilt eine Aussage mit, die der große Bankier Khan 1908 unter Eid vor einer Untersuchungskommission in New York über den Geschäftsbetrieb der Babn-gesellschaften gemacht hat. Das Verhör lautete: Herr Khan, Sie waren mit einer großen Zahl Eisenbahn- und Straßenbahngesellschaften in Verbindung. Als Bankier haben Sie die Kapitalisation vieler Eisenbahnen des Landes aus der Nähe kennen gelernt. Wie hoch schätzen Sie den Prozentsatz von „Wasser“ (unbezahlten Aktien), wie man sagt? — „95 Prozent des Kapitals der Eisenbahngesellschaften dieses Landes haben nie einen Dollar gekostet.“ — „Sie sagen, daß 95 Prozent des Kapitals der Eisenbahngesellschaften „Wasser“ ist? — „Ja. Die Eisenbahnen haben im letzten der großen Spekulationsjahre, die wir gehabt haben, ihr Kapital erhöht. Es war leicht, Geld auf Aktien oder Schuldscheinen auszubringen. Aber bis 1885 haben 95 Proz. aller Bahnen und Industrieunternehmen nie einen Dollar eingezahltes Kapital gehabt, ausgenommen einige Organisationsausgaben, für die im Anfang ein paar Aktien erforderte wurden. ... Bis 1878 war kein Dollar einbezahlt für die St. Paul-, Nordwest-, Omaha- oder sonst eine dieser Bahnen. Wenn Sie diese Bahnen, wie sie heute beschaffen sind, betrachten, mit Einschluß aller Anwendungen von Gleise, Ausrüstung usw., vorausgesetzt, daß alles auf gesunder Grundfläche ruht, so sind 85½/100 Dollar bar ausgegebenes Geld für je 100 Dollar Aktienkapital ein hoher Prozentsatz. ... 95 Proz. haben ursprünglich nichts gehabt.“ — Ein Zeigler: „Wir verstehen das so, daß die Bahnen tatsächlich nur 5 Proz. ihres Aktienkapitals an wirklicher Kapitaleinzahlung erhalten haben. Sie wurden also mit 95 (Schuldscheinen) gebaut? — „Jawohl. Die Union Pacific wurde mit Schuldscheinen gebaut und erhielt außerdem eine Landkonzession (vom Staat) im Werte von etwa 250 Millionen Dollar. Ebenso die Atchafalpa Bahn.“ — Fred Warren im „Appeal to Reason“ bemerkt zu dieser Aussage: 95 Proz. des Aktienkapitals der Eisenbahngesellschaften kosten also keinen Dollar. Hier hat einer der größten Finanzmänner erklärt, daß die Eisenbahn- und sonstigen Aktienkapitalien dieses Landes Lüge und Schwindel sind. Mittels dieses Schwindels ist der größere Teil des von der Arbeiterklasse erzeugten Reichtums in die Tasche einiger vom Glücke Begünstigter geflossen. Wenn ich solche Dinge erfahre, beschäftigt mich nicht immer mehr die Meinung, daß der einzige gerechte und vernünftige Weg

für die Befehdung der Eisenbahnen die Konfiskation ihres Eigentums ist. Die Eisenbahnmagnaten haben selbst das Konfiskationspiel sehr erfolgreich über ein halbes Jahrhundert gespielt. Da sie ihre Gewinne nicht verzehren konnten, haben sie sie in anderen Industrien angelegt und so sind ihre Profite von Jahr zu Jahr durch den bloßen Reichtum wie die sprichwörtliche Lawine gewachsen. Soll man diese Industrien mit ihren Scheinwerten kaufen oder sie einfach über nehmen und so das ganze Volk wohlhabend und glücklich machen?

Kapitalistische Entwicklung im Braugewerbe. Bei einem fast gleichbleibenden Bierkonsum von rund 4 Millionen Hektoliter im Jahre verringerte sich die Zahl der Brauereien in Württemberg von 2430 im Jahre 1885 auf 1000 im Jahre 1912. Die Zahl der kleinen Brauereien mit einem Malzverbrauch bis 500 Doppelzentner ging in dieser Zeit von 2040 auf 780 zurück, die mit über 500 bis 2000 Doppelzentner von 835 auf 210, die Zahl der Großbrauereien mit einem Malzverbrauch von über 2000 Doppelzentnern stieg zu nächst von 49 im Jahre 1895 auf 86 im Jahre 1899. 1912 gab es indessen nur noch 59 Riesen-Bierfabriken, die fast den ganzen Bedarf deckten. Mittlerweile haben sich noch etliche große Brauereien fusioniert. In wenigen Jahren werden ein halbes Duzend Großbrauereien das Monopol der Bierzeugung in Württemberg an sich gerissen haben.

Versammlungen.

Die **Alkoholverarbeiter** hielten am Sonntag eine Versammlung ab, in der der Bericht der Kommission erlautet wurde. In den Bericht schloß sich eine längere Diskussion. Hierauf wurde die Frage der **Maifeier** behandelt. Nach kurzer Debatte beschloß die Versammlung, daß in sämtlichen Betrieben der 1. Mai durch Arbeitsruhe zu begehen sei. Einmütig kam die Ansicht zum Ausdruck, daß dies die würdigste Form der Maifeier ist. Da in den Alkoholverbetrieben auch Transportarbeiter beschäftigt sind, ist dieser Beschluß in vollem Einverständnis mit denselben gefaßt worden. Ferner beschloß die Versammlung, daß die Feiernden sich in einem bestimmten Lokal treffen sollen.

Die **Verwaltungshilfe Berlin des Deutschen Metallarbeiterverbandes** hielt am 26. April eine außerordentliche Generalversammlung ab. Auf der Tagesordnung stand zunächst: Stellungnahme zum bevorstehenden Gewerkschaftskongress in München und Aufstellung der Kandidaten für die Delegiertenwahl. Einleitend gab Cohen einen Überblick über die Tagesordnung des Kongresses und besprach in großen Zügen die einzelnen Punkte derselben. Anträge zum Gewerkschaftskongress zu stellen wurde nicht beschlossen. Die Verwaltungshilfe Berlin hat zum Gewerkschaftskongress 9 Delegierte zu wählen, entsprechend dem Beschluß des Verbandstages, wonach auf je 10.000 Mitglieder ein Delegierter kommt. Es wurde beschlossen, 18 Kandidaten aufzustellen. Die Wahl selbst erfolgt an dem vom Zentralvorstand festgesetzten gemeinsamen Wahltag für ganz Deutschland, das ist der 24. Mai.

Sodann wurde der Rest der Tagesordnung von der letzten ordentlichen Generalversammlung erledigt. Zunächst wurde die Wahl eines Angestellten nach Beschluß der Generalversammlung vom November 1913 erledigt. Gewählt wurde Wehner. Außerdem wurde die Kommission gewählt, die die Ersatzwahl für zwei verstorbenen Angestellte vorzubereiten hat. Die Wahl selbst wird in der am 8. Juni d. J. stattfindenden ordentlichen Generalversammlung vorgenommen. — Die Anträge, deren Erledigung wegen Mangel an Zeit in der letzten ordentlichen Generalversammlung nicht mehr erfolgen konnte, wurden dann erledigt und bis auf den Antrag betreffend Hausfälligkeit sämtlich abgelehnt. Dieser wurde nochmals bis zur nächsten ordentlichen Generalversammlung zurückgestellt.

Aus aller Welt.
Die kontrollierte Heiratslust.

Es ist, als ob man die Stille der Hörgigkeit atmet, wenn man einen Erlass liest, den der Präsident der Königlich sächsischen Brandversicherungskammer am 1. April d. J. in Personal erläßt. In seiner Verfügung verlangt der Herr, daß die Expedienten und Hilfsarbeiter ihre Verlobung vor der Veröffentlichung ihm anzuzeigen haben. Und er gibt als Grund dafür an, daß in der Zeit mit ihren gesteigerten Ansprüchen und dem hohen Aufwande für Wohnung und der Unterhaltung einer Familie es als ein unverantwortlicher Leichtsinns angesehen werden muß, wenn junge Leute lediglich auf das Einkommen eines Expedienten oder eines Hilfsarbeiters einen Hausstand gründen wollen. Der Herr Präsident will im Interesse des Ansehens der Brandversicherungskammer gegebenenfalls erwägen, ob ein Expedient oder Hilfsarbeiter, der eine Ehe lediglich auf das dienstliche Einkommen gründen will, nicht zu entlassen ist.

Der menschenfreundliche Herr hat in seinem Bestreben, die soziale Stellung seiner Angestellten auf der richtigen Höhe zu erhalten, eines vergessen. Wäre es nicht besser, statt solche an die Zeit der Fronterfahrungen erinnernden Urteile zu erlassen, das Gehalt der Expedienten und Hilfsarbeiter so zu bemessen, daß sie auch mit einer Familie ein menschenwürdiges Dasein führen können? Dann brauchte der Herr Präsident keine Propaganda für die doch sonst so verpönte Geburtenbeschränkung zu machen.

Explosionskatastrophe auf einem russischen Dampfer.
Eine in ihren Ursachen bisher nicht aufgeklärte schwere Explosion hat sich am Montagmorgen auf dem nach Rouen bestimmten russischen Dampfer „Kometa“ ereignet. Durch die Explosion, die sich etwa 20 Seemeilen von Algier entfernt zutrug, ist das Schiff wrack geworden und bald darauf gesunken. Ein Teil der Besatzung wurde gerettet, 15 Mann werden vermißt. Es wird vermutet, daß sie durch den Luftdruck über Bord geschleudert wurden und ertrunken sind.

Frömmigkeit und Schnaps.
Es scheint auf einem Naturgesetz zu beruhen, daß man gerade in den Gegenden, wo die Rechtgläubigkeit am härtesten in die Erscheinung tritt, auch den größten Verbrauch an Fusel konstatieren kann. Welche verheerenden Wirkungen die beiden eng miteinander verbundenen Dinge auf weite Volksschichten ausüben, zeigt eine Statistik, die in Petersburg gelegentlich des in letzter Woche stattgefundenen russischen Osterfestes

aufgemacht wurde. Von denen, die auf den Straßen voll frommer Begeisterung ihre „Christi ist erstanden“ in die Welt hinausjubelten, wurden nicht weniger als 1500 sinnlos betrunken in die Polizeireviere eingeliefert. 400 ganz besonders schwer Geladenen mußte ärztliche Hilfe geleistet werden, 11 davon starben an Alkoholvergiftung.

Frömmigkeit und Schnaps — zwei Kulturgüter, die der russische Unterbau in ungemessenen Quantitäten genießen kann. Frömmigkeit und Schnaps — zwei Dinge, die auch das Herz eines jeden Schippenhöher schlagen lassen.

Familiendrama in Hamburg.
In Hamburg hat am Montag eine unglückliche Ehe durch eine schwere Muttat einen entsetzlichen Abschluß gefunden. Der seit einigen Tagen von seiner Frau getrennt lebende Fabrikarbeiter Schreyer durchschnitt seinen drei Kindern die Kehle und erhängte sich darauf. Die Tat wurde entdeckt, als die Frau sich nach dem Befinden der Kinder erkundigen wollte.

Offiziere als Flugblattverbreiter.
In Verbund wurden in der Nacht zum Montag zwei Leute festgenommen, die Schriftstücke unter die verschiedenen Klassen der Truppen schoben. Die Verhafteten gestanden dem Polizeikommissariat, daß sie Leutnants im 2. französischen Husarenregiment seien und auf diese Weise gegen die Republik gerichtete Flugblätter verteilt hätten. Gegen die beiden Offiziere, die mit der royalistischen Aktion Francaise in Verbindung stehen, wurde Anzeige bei der Militärbehörde erstattet.

Kleine Notizen.
Ein **Lufmörder** zur Justizhausstrafe verurteilt. Der Bureauvorsteher Georg Müller, der die gemeinsam mit ihm bei einem Breslauer Rechtsanwalt beschäftigte gewesene 15 Jahre alte Stenotypistin Martha Suprecht am 8. d. M. im Bureau erschossen hat, da sie die Annäherungsversuche Müllers abgelehnt hatte, ist am Montag vom Schwurgericht zu zehn Jahren Justizhaus und zehn Jahren Ehrverlust verurteilt worden.
Ein **graufiger Fund**. Aus Angoulême wird gemeldet, daß in einer Hütte einer Nachbargemeinde der Leichnam eines etwa 70 Jahre alten Mannes gefunden wurde, der fast vollständig von Hund und Ratten verzehrt war. Die Polizei hat eine Untersuchung nach der Todesursache des Greises eingeleitet, da man glaubt, es mit einem Verbrechen zu tun zu haben.

Marktpreise von Berlin am 25. April 1914. nach Ermittlungen des Königl. Polizeipräsidiums. Weizen (mitz), Rotal 16,00—17,00, Donau 0,00—0,00. Weizen (runder), gute Sorte 14,80—15,20. Roggen 0,00, Neu 7,60—9,00.
Marktpreise. 100 Kilogr. Erbsen, gelbe, zum Kochen 34,00—35,00. Sojabohnen, weiße 35,00—40,00. Bohnen 40,00—45,00. Kartoffeln (kleinbl.) 4,00—7,00. 1 Kilogramm Rindfleisch, von der Seele 0,00—0,00. Rindfleisch, Bauchfleisch 0,00—0,00. Schweinefleisch 0,00—0,00. Kalbfleisch 0,00—0,00. Hammelfleisch 0,00—0,00. Butter 2,40—3,00. 60 Stück Eier 3,20—4,20. 1 Kilogramm Karotten 1,20—2,40. Rote 1,50—3,20. Zander 1,50—3,40. Dorsch 1,40—2,50. Barsche 1,00—2,20. Schleie 1,60—3,20. Mele 0,80—1,60. 60 Stück Stroh 3,50—24,00.

Leber nachfolgende Ausschänke der

Brauerei Oswald Berliner

wird infolge eines erfolgten Tarifabschlusses die

Sperre aufgehoben:

Sodapeter Schöneberg, Hauptstr. 139 — Kasino-Restaurant Berlin, Friedrichstraße 126 — Krug zum grünen Kranz, Alexanderplatz, sowie das in nächster Zeit zu eröffnende Restaurant „Groß Berlin“ Alexanderplatz, Ecke Neue Königstraße

Verband der Gastwirtsgehilfen, Ortsverband, Berlin

Mehr als garantiert

Diese drei Worte kennzeichnen die Leistung des

Continental Vollreifen

Er leistet in der Regel weit mehr als die garantierten 15 000 km. Verlangen Sie Zeugnisabschriften

Continental-Gaoutchouc- u. Gutta-Percha-Co., Hannover

Personal 12 000.

MASS-ANFERTIGUNG

vornehmer Herren-Kleidung

Künstlerischer Schnitt
Neuzelfige Moden
Tadelloser Sitz

Sakko-Anzüge
nach Maß 60, 70, 75, 80, 90, 95 M.

Cufaway u. Westen
nach Maß 50, 60, 65, 72, 78, 84 M.

Beinkleider
nach Maß 16, 18, 20, 23, 27, 32 M.

BAER SOHN

Berlin • Gegr. 189

Charlottenstraße 22-33 • 11 Brückenstraße 11
Or. Frankfurter Str. 20 • Schöneberg, Hauptstr. 10
Der Haus- u. Kaland (Neues u. Moden) kostenfrei
Sonntag nur von 8—10 geöffnet.

Buchhandlung Vorwärts
Lindenstr. 69.

Kirchensteuer und Kirchnaustritt in Preußen.

Preis 20 Pf.

Ein unentbehrlicher Ratgeber für alle, die aus der Kirche auszutreten beabsichtigen oder die über das geltende Kirchensteuerrecht Auskunft wünschen.

Auch durch die „Vorwärts“-Ausgabestellen zu beziehen.

Sie laufen wie eine Biene,

wenn Sie unsere getriebenen Haus- u. Strassenstühle tragen. Kein Brennen d. Nähe, l. Schweifnähe, l. goldwoll. Gelente, l. Strampfad, l. Brunnensatz, l. Hüfneraugen, l. Ballen, l. Druck empf. hochlieg. Sohlen, l. Licht, l. Rückenmassen mehr; anschmiegt. weich, elastisch, anspannungsfähig. Garantie l. sichere, dauernde Dülle, auch i. d. verweirteht. Ballen u. abiol. Brauchbar. und gerührt. Schuhwerks. Tel.: 891. 8252. Reichs Vager in jeder warmen, mittelwarmen u. kühl. Stüden jeder mittleren l. m. jeder Eigenart. Nähe entprechend. Natur. Preisliste fr.

Strickschuh-Fabrik

Winzer & Co., O., Krautstr. 52, Fabrikgeb. Hof 6. Aufg. Einzelverkauf: W., Potsdamer Str. 100. Rosenhauer Str. 59. Nähe Steinstraße. N.O., Gr. Frankf. Str. 94. Nähe Bahnh. SO., Köpenick, Str. 21.1. Charlottenburg, Kantstr. 125. Nähe Neuhagen. Hamburg, Kaiser-Büchel-Str. 2. Leipzig, Hauptstr. 17/19. Ballage Lederhof. Breslau, Reichstr. 42. Dresden, Gumnar Str. 22. München, Rahmannpl. 4.11.

Reuters Werke
3 Bände 4 Mark
Buchhandlung Vorwärts

Vom 3. bis 9. Mai 1914 werde ich in Berlin, Hotel Prinz Heinrich, Dorotheenstr. 22, anwesend sein, um künstliche Augen direkt nach der Natur für Patienten anzufertigen und einzupassen. 210/7* F. Ad. Müller, Augenkünstler aus Wiesbaden.

Möbel auf Kredit

Spezialität:
1- u. 2-Zimmer-Einrichtungen
Farbige Küchen und Polsterwaren
Einzelne Möbelstücke

Anzahlung schon von 5 Mark an.

F. & H. Schmidt, Petersburger Str. 23. Heute 12—6 Uhr geöffnet. Inserat mitbringen! Wert 5 M.

Die Psyche der weiblichen Großstadtjugend.

Die „Deutsche Zentrale für Jugendfürsorge“ veranstaltete am Sonnabend im Hause des Reichstages eine Jugendfürsorge-Konferenz. Gegenstand der Unterhaltung war „Die Psyche der weiblichen Großstadtjugend“, das Seelenleben des Mädchens der Großstadt. Der Reichstagsgebäudeaal vermochte die Schar der erschienenen Teilnehmer kaum zu fassen. Sehr stark vertreten war das weibliche Geschlecht und besonders die Jugend.

Die ganze Veranstaltung verlief ihren Hauptreiz dadurch, daß sie im wesentlichen sich auf eine Betrachtung des Seelenlebens der „höheren Töchter“ beschränkte. Ueber diese Seite der Frage nach dem Werden der Seele des Großstadtmädchens referierte Schulrat Waghram aus Lübeck, der früher in Berlin die Augustaschule geleitet hat. Frau Federer-Richter aus Hamburg, die noch ihren dort im Volksheim gemachten Erfahrungen eine Referat über die weibliche Jugend der Arbeiterklasse geben sollte, ward durch Krankheit verhindert. Erfah hatte sich in der Eile wohl nicht heranschaffen lassen, und so kam man leider um den vielleicht interessantesten Teil des Programms. Auch die Diskussion konnte nur wenig hierfür entschädigen.

Waghram ging aus von dem Unterschied und Gegensatz zwischen Großstadt und Kleinstadt. Die Kleinstadt gestattet ein Aufwachsen in Beschaulichkeit, einen starken Einfluß der Familie, ein inniges Zusammenleben mit der Natur. Von all dem kann die Großstadt den meisten Mädchen nur wenig bieten — und vielen bietet sie das genaue Gegenteil von all dem. Beeinträchtigt wird hier auch das Familienleben, und der Vater ist wegen Inanspruchnahme durch seinen Beruf auch in den bemitteltesten Gesellschaftsklassen fast ganz aus der Erziehung ausgeschaltet. Als einen Vorzug der Großstadt rühmte Waghram unter anderem die frühzeitige Bekanntschaft mit dem Leben. Er führte sie zurück auf den Anblick des scharfen Kontrastes von reich und arm. An den von ihm beobachteten Großstadtmädchen will er eine „starke soziale Tendenz“ bemerkt haben.

Auch in der Diskussion behauptete vor dem Mädchen der Arbeiterfamilie den Vorrang die „höhere Tochter“. Ueber sie zu sprechen, war ja den meisten Rednerinnen das Nächste liegende. Nur sie und ihr Seelenleben ist ihnen genauer bekannt, während sie in die Seele eines Arbeiterkindes schwerlich hineinkönnen. Einen Versuch hierzu machten besonders zwei Rednerinnen, Fräulein Dr. Alice Salomon und die Pädagogische Schulleiterin Fräulein Henckels. Sie gelangten zu verschiedenen Urteilen.

Alice Salomon wandte sich gegen den Pessimismus, der in dem Referat wie in der Diskussion aus den Betrachtungen über den Einfluß der Großstadt auf die Psyche der weiblichen Jugend herausklang. Sie glaube in freudigem Optimismus an unsere Großstadtjugend und sei erfüllt von Bewunderung für ihre Kraft und ihr Streben nach dem Idealen. Das Mädchen aus dem Volk, wie sie es kenne, möge ihr die höchste Achtung abgeben. Die weibliche Jugend der Arbeiterklasse habe sich in allen Mäßen der Erwerbsarbeit das Streben bewahrt, anständig zu bleiben.

Einen anderen Eindruck hat Fräulein Henckels empfunden. An der weiblichen Großstadtjugend der Arbeiterklasse ist ihr aufgefallen, daß sie anspruchsvoller, püßförmiger, bergungsfähiger sei als die Töchter aus „höheren“ Gesellschaftsklassen. Sie erklärte es nicht nur daraus, daß die Mädchen aus dem Volk allen Gefahren viel mehr ausgesetzt seien. Es fehle ihnen auch das Beispiel der Mutter und die Führung durch sie, da in der Arbeiterklasse die Mutter meist die Autorität ganz eingebüßt habe und überdies oft selber ein schlechtes Beispiel gebe. Dieses Urteil wird manchen verblüffen. Wir selber hatten bisher gemeint, daß solche Vorwürfe sehr viel eher den anspruchsvollen Töchtern aus „guter Familie“ und ihren beispielgebenden Müttern zu machen seien. Fräulein Henckels sagte ferner, daß die jugendliche Arbeiterin auch gegenüber ihrem Arbeitgeber zu anspruchsvoll sei und ihr zunächst jeder Begriff eines Vertragsverhältnisses fehle. Das führte sie zurück auf das „zerstörerische und vergiftende Mißtrauen des Elternhauses“. Schließlich bekannte sie aber, daß auch sie an die Großstadtjugend „glaubt“. Das alles seien nur unschöne Erscheinungen der Oberfläche. Der tiefere und bessere Kern entwickele sich bei den Fortbildungsschülerinnen unter dem Einfluß des Vertrauens zur Schule.

An der Debatte beteiligte sich auch Professor Brunner, der Polizeischulverhändige in „Anstaltsfragen“. Er fühlte das Bedürfnis, auch hier für den „Schutz der Jugend vor den Gefahren des Schaulustens“ zu wirken. Daß die Gerichte ihn und die Seinen elische Male „im Stich gelassen“ haben, stellte er mit Bedauern fest. Auf der Jugendfürsorgekonferenz fand er Beifall.

Das Ergebnis dieser Unterhaltung über „Die Psyche der weiblichen Großstadtjugend“ war nicht sehr reichlich. Nach dem wirtschaftlichen Untergrund, in dem die Entwicklung des Seelenlebens der Jugend wurzelt, wurde wenig gefragt. Eigentlich ging nur die schon erwähnte Fortbildungsschulleiterin Henckels näher hierauf ein. Sie tabelte, daß in Arbeiterfamilien so oft die Mutter einem Konflikt mit der Tochter lieber aus dem Wege gehe, weil sie das Gefühl nicht nur der „inneren Unsicherheit“ „äußerer Abhängigkeit“ gegenüber der „schon so viel verdienenden“ Tochter habe. Es war kennzeichnend, daß von allen Wirkungen der Notwendigkeit, früh zu verdienen, nichts anderes als diese eine in den Kreis der Betrachtung gezogen wurde.

Konferenz der Jugendausschüsse im Bezirk Groß-Berlin.

Am Sonntag, den 26. April, fand eine Konferenz der Jugendausschüsse im Bezirk Groß-Berlin statt, die von 118 Delegierten besucht war. Im Bezirk Groß-Berlin bestehen 43 Jugendausschüsse, von denen 35 vertreten waren.

Genosse Weimann gab den Bericht über die Tätigkeit im vergangenen Geschäftsjahr. Aus diesem geht hervor, daß im letzten Jahre recht eifrig auf dem Gebiete der Jugendbewegung gearbeitet worden ist. Er betonte, der beste Schutz gegen die Verführung der Gegner, die mit allen Mitteln an die proletarische Jugend heranzukommen suchen, sei eine gut ausgebaute Organisations- und Agitationsarbeit. In dieser Beziehung ist im vergangenen Jahre in Groß-Berlin gearbeitet worden. Besonderer Wert wurde auf die Ausbildung der Helfer und Helferinnen gelegt, die mehrmals zu instruktiven Vorträgen zusammenberufen worden sind.

Redner schildert dann in anschaulicher Weise die umfassende Tätigkeit, die das Jugendsekretariat entfaltet hat.

In Bezug auf die Bildungsarbeit fanden in Berlin eine Anzahl größerer Veranstaltungen statt, die einen sehr regen Zuspruch fanden und von rund 30 000 Personen besucht waren. Etwas Neues bedeutete die Veranstaltung von kinematographischen Vorstellungen für die Jugend. Ferner wurden eine große Anzahl Wanderungen veranstaltet. Besondere Aufmerksamkeit wurde auch der Agitationsarbeit unter der weiblichen Jugend gewidmet. Sodann wurden besondere Veranstaltungen für die weibliche Jugend in Form von Handarbeitsabenden eingeführt, die ein recht reges Interesse der weiblichen Jugend finden.

Eine eifrige Tätigkeit entfaltet der Ausschuss auf dem Gebiete des Sports. Der Referent betonte, daß gerade dieses Gebiet ganz besonders gefördert werden müßte, weil in dieser Beziehung die Gegner, besonders der Jungdeutschlandbund, außerordentlich regsam sind. Zur Ausbildung der Wander- und Spielleiter veranstaltete man naturwissenschaftliche Streifzüge, Museumsbesuche sowie instruktive Vorträge. Die etwa über ein Jahr bestehende Wanderspartasse erfreute sich einer regen Benutzung. Es gelangten im vergangenen Geschäftsjahr 1044,00 M. zur Auszahlung. — Die Ausgaben beliefen sich im vergangenen Geschäftsjahr auf 28 113,89 M., denen eine Einnahme von 28 195,46 M. gegenübersteht. Nicht eingerechnet sind hierbei die Ausgaben für die Jugendheime, von denen in Groß-Berlin 24 bestehen und die durch besondere Vereine erhalten werden.

Es folgten dann die Berichte von Teltow-Weeslow und Niederbarnim, worauf sich eine lebhafte Diskussion entwickelte besonders über die Frage des Verhältnisses der Jugendausschüsse zu den Sportvereinen. — Mit einem Hoch auf die freie Jugendbewegung konnte nach Schluß der Diskussion der Vorsitzende, Genosse Rosenfeld, die Verhandlungen schließen.

Parteiangelegenheiten.

Jugendsektion des fünften Kreises.

Morgen Mittwoch, den 29. April, abends 8 1/2 Uhr, findet bei Pawlitzki, Joststr. 7, eine Versammlung aller 18—23 Jahre alten Parteimitglieder statt. Tagesordnung: 1. Vortrag: „Aus der Naturgeschichte“. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes.

5. Kreis 1b Abteilung (Bahnhof Weihensee). Heute abend 8 1/2 Uhr, findet im Lokal von Liebart, Carmen-Platz-Str. 51, die Abteilungsversammlung statt. Tagesordnung: Abteilungsangelegenheiten und Wahl der Abteilungsfunctionäre.

Sächsischer Wahlkreis.

Die am vorigen Mittwoch vertagte Versammlung der jugendlichen Mitglieder des Bezirks Gersdorf, findet am Mittwoch, den 29. April, bei Franke, Badstr. 18 statt. Referent ist der Genosse Wilhelm Pich.

Die Genossen der in Frage kommenden Abteilungen werden gebeten, ihre jugendlichen Mitglieder auf diese Versammlung aufmerksam zu machen.

Charlottenburg. Die Jugendsektion veranstaltet am Mittwoch, den 29. April, abends 8 1/2 Uhr, im Volkshaus, Rosinenstr. 8, einen Diskussionsabend über: „Das Erfurter Programm“. Alle über 18 Jahre alten jungen Arbeiter und Arbeiterinnen sind dazu willkommen.

Weddicher Weg. Mittwoch, den 29. April, abends 8 1/2 Uhr, bei Verbe, Friedrichstraße 112: Generalversammlung. Tagesordnung: Geschäfts- und Kassenericht; Neuwahl der Bezirksleitung; Anträge; Vereinsangelegenheiten und Verschiedenes. Mitgliedsbuch legitimiert. Karsdorfer. Heute Dienstag, abends 8 1/2 Uhr, im „Fürstentum“, Inhaber Vorfeld: Generalversammlung. Bericht und Neuwahl der Bezirksleitung. Stellung zur Kreisleitungsversammlung.

Königsplatz, Jopernick. Heute Dienstag abend 7 Uhr von Krämer, Königsplatz, Kaiser-Wilhelm-Strasse, aus Handzettelverbreitung.

Berliner Nachrichten.

Wahre und falsche Jugendfreunde.

Um die Jugend ist ein Kampf entbrannt, der in einen Wettstreit ausgeartet ist. Die herrschende Klasse ringt um die proletarische Jugend; es genügt ihr nicht, daß in acht Schuljahren die heranwachsende Generation zu gottgefälligen, dem Staate treu ergebenden Menschen gedrillt wird. Gerade auf die schulentlassene Jugend kommt es ihr an; sie fernzuhalten von den Einflüssen der um ihre Grundrechte ringenden und um ihre schlechtliehe Befreiung aus der Lohnsklaverei kämpfenden Arbeiterklasse ist das Ziel. Zur Erreichung dieses Zielles sind alle Mittel recht. Und wie man die kämpfende Arbeiterschaft früher durch die Hungerpeitsche des Sozialistengesetzes und später durch das Zuderbrot der sogenannten Sozialreform gefügig machen wollte, so verfährt man jetzt nach dem gleichen Rezept mit den jugendlichen Proletariern. Die Jugendlichen, die sich nicht unter die Notmäßigkeit von Waffen und anderen falschen Jugendfreunden stellen wollen, sich vielmehr im Sinne ihrer für Verbesserung ihrer Lebenslage kämpfenden und gegen alles Unrecht und Vorrecht wirkenden Väter betätigen wollen, werden polizeilich schikaniert und verfolgt. Das Zuderbrot winkt ihnen, wenn sie gegen ihre eigenen Interessen sich den staatlich geförderten Jugendclubs und christlichen Jugendvereinen anschließen und alles mitmachen, was man von ihnen verlangt. Dafür gibt es billige Eisenbahnfahrkarten, Kriegsspiele unter Leitung von wirklichen Offizieren und gelegentliche Vorstellung vor höheren Persönlichkeiten, die herablassend sich auch einmal zur Besichtigung einfinden. Auch Vorträge bekommen die Jugendlichen zu hören, die natürlich eine ganz bestimmte Tendenz haben.

Wie es mit diesen Veranstaltungen bestellt ist, geht erneut aus einem Bericht hervor, den wir in der Sonntagsnummer des „Reichsboten“ finden. In der Renaustrasse am Kottbusser Damm haben fromme Herrschaften ein Jugendheim gegründet und ihm den Namen „Freie Jugend“ gegeben. Offenbar glauben die Gründer unter dieser falschen Flagge bessere Geschäfte zu machen. Am Freitag fand dort ein sogenannter Empfangsabend statt. Diese Veranstaltung ging aus von dem Damenbeirat unter Vorsitz einer wirklichen Gräfin, Edith zu Ranzau. Man hatte dafür gesorgt, daß auch Mitglieder aus Hofkreisen durch ihre Anwesenheit dem Abend die „rechte Weite“ gaben. Man begeisterte sich gegenseitig an der Einrichtung des Hauses, die aber nur dann den rechten Zweck erfüllen könne, wenn möglichst viele Helfer dem Verein beitreten.

Dem Bericht über das Heim entnehmen wir die folgende charakteristische Bemerkung:

„Am Eingange im Empfangsraum, wird jeder junge Mann, des Standes und Veresses er auch sei, herzlich begrüßt. Ein ganzes Reich steht ihm dann zur Verfügung: eine große Turnhalle, ein Lesezimmer, ein Vortragsaal, wo man sich billig erfreuen kann, ein Soldatenheim, Wannen- und Brausebäder, eine photographische Dunkelkammer. Dazu kommen noch gemütliche Klubzimmer, sowie auch ein Dachgarten, wo man die oberen Schönheiten der fleißigen Stadt Neutölln übersehen und frische Luft schnappen kann. Gestern hielt sich hier oben eine frischfröhliche Pfadfindergruppe vor. Nicht zu vergessen sind aber die 45 Wohnungen, die in dem Hause zu billigen Preisen jungen Männern angeboten werden. Das Schönste ist des Hauses Aristokratischer großer Geist, der überall herrscht. Vielen jungen Leuten ist das Heim schon zum Segen geworden. Zu bedauern ist höchstens, daß sich viele Jugendliche von selber ausschließen. Sie liegen in den Kesseln des Klassen- und Religionskasses, während in den Vereinsräumen hier die wirklich „freie Jugend“ herrscht.“

Man sieht hier klar und deutlich, daß der „christliche freie Geist“ die Hauptsache ist, welcher die sogenannte „Freie Jugend“ befeuert. Und deshalb auch die Förderung, welche ein solches „Freies Jugendheim“ überall findet.

Wenn es unserer herrschenden Klasse nur um die Freude der Jugend, um ihr Wohlbefinden wäre, so müßte sie alles unterstücken, was dieses Wohlbefinden herbeizuführen geeignet ist. Wir sehen aber heute das Gegenteil. Die wirkliche proletarische Jugend wird wie ein Bild gekehrt. Die freien Turner wirft man aus den städtischen Turnhallen hinaus, weil sie jugendliche Proletarier durch Turnübungen stärken, unsere Jugendheime erkeuen sich der besonderen Fürsorge der Polizei, man verbietet selbst Vorträge über die Entwicklung der Seidenraupe vor Jugendlichen, kurz, es wird ein Kessel-treiben veranstaltet gegen alle Maßnahmen, die eine systematische Erziehung der Arbeiterjugend zu Höherem, Schönerem zum Ziel haben.

Die Jugendlichen werden deshalb schon selber erkennen, wo die wahren und falschen Freunde der Jugend zu suchen sind. Alle Arbeitereltern aber, die aus der Schule entlassene Söhne und Töchter haben, sollten mehr denn je ihre Kinder von den falschen Jugendfreunden fernhalten, die sich im Jungdeutschlandbunde dreitmachen und sie der freien Jugendbewegung zuführen, die Luft, Licht und Sonne den proletarischen Jugendlichen verschaffen will.

Erhöhte Krankenhausgebühren im Kreise Teltow.

Einen tief einschneidenden Beschluß hat der Teltower Kreistag am Sonnabend gefaßt. Es sollen vom 1. Juli ab die Gebühren für Kranke aus dem Kreise und Wilmersdorf, das bekanntlich die Krankengemeinschaft mit dem Kreise verlängert hat, um 50 Pf. und für Kranke aus Ortschaften außerhalb des Kreises um 1 M. erhöht werden. Die Sätze stellen sich demnach in den Krankenhäusern Beth und Lichterfelde auf 3,50 M. für einheimische und 4,50 M. für auswärtige Kranke, in den kleinen Krankenhäusern auf 3 und 4 M. Der Kreistag stimmt darauf der Erhöhung der Krankenhausgebühren zu. — Diese Beschlußfassung bedeutet eine Verschlechterung des öffentlichen Gesundheitswesens. Je teurer die Tagesätze in den Krankenhäusern sind, desto weniger werden sie in Anspruch genommen werden können. Das liegt aber nicht im Interesse eines guten Gesundheitswesens, an dem die Allgemeinheit und auch Kreis und Staat großes Interesse haben sollten. Lediglich vom finanziellen Gesichtspunkte läßt sich diese Frage nicht betrachten, das heißt eine Kurzsichtigkeit beweisen, die sich bitter rächen dürfte.

Hungerkuren in Krankenhäusern?

In den Krankenhäusern der Stadt Berlin wächst die Unzufriedenheit mit der neuesten „Veldsigungsreform“, die seit einiger Zeit im Gange ist. Die sogenannte „Reformkommission“, die den Zweck hat, Ersparnisse an der Bevölkerung zu machen, schaltet und waltet nach eigenem Ermessen. Der Stadtkämmerer ist ihr leitender Geist, ihr tätiges Mitglied ist ein Kenfior — und was diese beiden an neuen Sparmöglichkeiten austüfteln, das wird probiert, unbekümmert um die Direktoren und Ärzte der Anstalten, unbekümmert auch um die ganze Krankenhausdeputation. Wenn dann die Inassen der Krankenhäuser eines Tages an der Beköstigung wieder eine neue Verringerung der Qualität und der Quantität bemerken, dann wendet ihre Unzufriedenheit und ihr Grimm, da sie den Sachverhalt nicht kennen, sich gegen das Personal.

So geht und geht aus dem Krankenhaus am Urban die Klage zu, daß im Pavillon I in einem Saal des oberen Stockwerkes seit 1. April den hier untergebrachten schwer lungenkranken Patienten beim Mittagessen die Milch und meist auch das Kompott entzogen worden ist. Die Patienten führen das darauf zurück, daß mit dem 1. April die bisher hier tätig gewesene Oberschwester durch eine andere ersetzt worden ist, die nun, wie man annimmt, Ersparnisse machen wolle. Nein, so weit gehen die Befürchtungen einer Oberschwester denn doch nicht, und an der besagten Entziehung von Milch und Kompott ist die neue Oberschwester sicherlich ganz unschuldig. Wir sind überzeugt, daß diese Beköstigungsver Verschlechterung wieder nur ein Werk der „Reformkommission“ ist. Daß jetzt sogar schon an der Milch gespart wird und selbst Lungenkranke darunter leiden müssen, zeigt all ihren bisherigen Leistungen die Krone auf. Geht das so weiter, dann werden die Krankenhäuser der Stadt Berlin in den Ruf kommen, daß ihre Kranken eine Hungerkur durchzumachen haben.

Ueber die Experimente der „Reformkommission“ klagen übrigens nicht nur Patienten, sondern auch Personal. Denn auch an der Beköstigung des Personals wird jetzt nach Kräften gespart. Im Kinder-Krankenhaus (Reinickendorfer Straße) ist es, wie wir hören, kürzlich vorgekommen, daß sogar am Tisch der Ärzte, der sonst splendide genug besetzt wird, die Quantität des Essens als unzulänglich empfunden wurde. Wenn das am Tergletisch geschieht, was soll am Tisch des Wartepersonals und der Patienten werden!

Wann endlich wird Gehshold eingeführt?

Am Sonntag teilten wir bereits mit, daß der Magistrat statt der endlichen Einführung des Genossen Stadtverordneten Gehshold eine Neuwahl angeordnet wissen will. Dies Vorgehen halten wir aus verschiedenen Gründen für durchaus geschwehridig. Gehshold ist gewählt. Seine Wahl ist von der Stadtverordnetenversammlung vom 30. Dezember für gültig erklärt. Ein Protest gegen seine Wahl ist nicht eingereicht. Also muß seine Einführung erfolgen. Der Magistrat hätte, wenn er der Ansicht wäre, durch die eigenartige Konfuserklärung sei das Mandat erloschen, innerhalb der 14tägigen Frist den Beschluß der Stadtverordneten ansetzen sollen. Er tat das nicht, weil er damals mit dem Kommandar von Dertel der Ansicht war, die Vorschrift in § 7 Abs. 5 der Stadtordnung: „Verfällt ein Wähler in

Konkurs, so verliert er dadurch das Bürgerrecht, sei durch § 52 des Ausbürgergesetzes zur Konkursordnung vom 6. März 1879 dahin geändert, daß das Mandat für die Dauer des Konkurses ruhe. Jetzt ist er anderer Ansicht geworden. Wir wollen hier nicht darüber streiten, ob die ältere oder die neuere Ansicht des Magistrats die richtige ist. Denn einmal ist rechtsbeständig die Willigkeit des Mandats erklärt und ferner trifft § 7 Abs. 5 der Städteordnung, gleichviel wie sie auszulegen ist, auf den Hayschold-Fall überhaupt nicht zu. Wir hatten schon früher dargelegt, daß ein Konkurs bei dem Vorhandensein nur eines Gläubigers ein Hindernis ist, weil das Wesen eines Konkurses darin besteht, daß die gleichmäßige Befriedigung aller Gläubiger erzielt wird. Der gleichen Ansicht sind von hervorragenden Kommentatoren zum Beispiel Zeuffert, Erdmann, Weidner, Heilmann. Selbst wenn man aber mit dem Reichsgericht (Vd. 11, S. 40) annimmt, ein Gläubiger genüge, falls dieser Gläubiger wegen Sicherstellung durch einen Konkurs interessiert ist, so trifft dies auf den Fall Hayschold ganz und gar nicht zu. Hier hatte, wie schon früher dargelegt, offensichtlich der Antrag auf Eröffnung des Konkurses nur den Zweck, Hayschold politischen Schaden zuzufügen. Es liegt also Schikane vor. Hätte Hayschold Beschwerde gegen die Eröffnung des Konkurses eingelegt, so würde dieser stattgegeben sein. Sie ist, um die Aufhebung des Konkurses zu beschleunigen, unterlassen.

Endlich aber trifft § 7 Abs. 2 der Städteordnung den Fall Hayschold nicht, weil „Konkurs“ im Sinne der Städteordnung Konkurs nach der preussischen Gesetzgebung von 1853 ist und darüber Einigkeit besteht, daß ein Konkurs wegen nur eines Gläubigers nach der preussischen Gesetzgebung unzulässig war und das wegen nur eines Gläubigers eröffnete Verfahren des Konkurses im Sinne der Städteordnung ist. Die Einführung des Genossen Hayschold hat also auch ohne Rentwahl zu erfolgen.

Enttäuschte Arbeitslose.

Trübe Erfahrungen mußten etwa 200 Arbeitslose machen, die auf eine Annonce des „Arbeitsmarkts“ der „Morgenpost“ sich gemeldet hatten und zur Verwendung bei einer Film-aufnahme angeworben worden waren. Am Donnerstagabend meldeten sie sich mit Willigkeit, wie die Annonce es verlangte, in einem Restaurant an Plauer, Ecke Johannistisch, und erhielten von einem ihre Adressen notierenden Agenten die Anweisung, sich am Montag um 7 Uhr früh in Weihensee in der Franz-Josef-Straße einzufinden. „4 W. Tagelohn“, fügte der Agent verbefungsbillig hinzu. Als aber am Montag früh zur festgesetzten Zeit die ganze Schaar der angeworbenen Arbeitslosen sich an der bezeichneten Stelle einfand, wurde ihnen zu ihrer großen Enttäuschung gesagt, daß sie wieder nach Hause gehen sollten, da die Filmaufnahme nicht stattfinden könne. Es läßt sich denken, daß bei den Arbeitslosen, die größtenteils einen weiten Weg nach Weihensee hinaus gemacht hatten, diese Abweisung große Erregung hervorrief. Sie erklärten, daß sie auf Zahlung des ihnen zugesicherten Lohnes bestehen müßten, aber Angestellte der Filmfirma — es handelt sich um die „Kontinentale Kunstfilm-Gesellschaft“, die ihren Sitz in Berlin, Friedrichstr. 235, hat — zuckten die Achseln und verwiesen die Enttäuschten auf den Agenten. Nach langem Hin und Her, wobei einer der Arbeitslosen sich per Telefon direkt an die Firma wandte und auch Polizei vermittelnd eingegriffen versuchte, wurde nicht mehr bewilligt als die Zahlung von 20 Pf. Fahrgeld für jeden Erschienenen. Die Arbeitslosen nahmen das unter Vorbehalt an und reichten dann noch an demselben Tage beim Gewerbeamt gegen die Firma eine Reklamation ein, die von 88 Personen unterzeichnet wurde.

Die Groß-Berliner Polizei und die Rote Woche.

Ueber die Parteigenossen, die während der Roten Woche Plakate ausgehängt oder Zettel angeklebt haben sollen, in denen Anforderungen zum Abonnement auf die Presse und zum Beitritt in die Organisationen enthalten waren, ist ein Hagelschauer von Strafmandaten niedergegangen. In Berlin selbst lauten die Strafmandate fast ausschließlich auf Haft von 5 bis zu 14 Tagen. Viele Restaurateure und Ladenbesitzer, denen vorgeworfen wird, Plakate über die Rote Woche ausgehängt zu haben, sollen je 50 M. an die Polizeikasse zahlen. Eine Anzahl Genossen ist auch sofort mit einer Anklage bedacht worden. Es ist im Augenblick der ganze polizeiliche „Zegen“ noch nicht zu übersehen, es sieht aber schon jetzt fest, daß die Polizei beabsichtigt, einen sehr reichlichen Zehnten von dem Ertrag der Roten Woche einzustreichen.

Erstickt. — Vom elektrischen Schläge getroffen.

Ein vierjähriges Kind ist Montagmittag in der Mariannenstraße 4 bei einem Brande erstickt. Das Kind wurde noch vor Eintreffen der Feuerwehr herausgeholt und nach „Bethanien“ geschafft. Dort ist es inzwischen verstorben. Der Brand soll durch Spielen mit Streichhölzern ausgekommen sein.

Gleichzeitig trat ein Unfall in dem Warenhanke von W. Wertheim am Kottbusser Platz ein. Ein fünfzehnjähriges Mädchen der Plaggen-Gesellschaft kam dem elektrischen Strom zu nahe und wurde auf der Stelle getötet. Alle Bemühungen der Feuerwehr und eines Arztes um die Berichtigung waren erfolglos. Die Leiche wurde der Polizei übergeben.

Bootsunglück auf dem Müggelsee.

Trotz der stürmischen Witterung wurde am Sonntag in Berlins Umgebung viel gerudert. Der hohe Wellengang brachte mehrere Boote zum Kentern. Ein Boot mit drei Damen und einem Herrn schlug auf dem Müggelsee um. Die Insassen riefen um Hilfe, und der Rettungsdampfer der Rettungsgesellschaft konnte zwei Damen und den Herrn den Wellen entreißen. Eine Dame, die unter das Boot geraten war, ertrank. Ihre Leiche konnte noch nicht geborgen werden.

Eine Kesselfabrikerei erregte gestern vormittag in der Danzigerstraße 35 erhebliches Aufsehen. Dort schoß der Fabrikant Hubert Kaulen, der auf dem Grundstück eine Kesselfabrik betreibt, auf den Arbeiter Niemann zweimal und verletzte Niemann am Hals und im Gesicht, nachdem Kaulen zwei große Doggen auf den Arbeiter gehen hatte. Kaulen gibt an, bedroht worden zu sein und in Notwehr gehandelt zu haben.

Dachstuhlbrand in der Tegeler Straße.

Wegen eines großen Dachstuhlbrandes wurde am Montagmittag die sechste Kompanie der Berliner Feuerwehr nach der Sauerstofffabrik in der Tegeler Straße 15 alarmiert. Dort stand der Dachstuhl des Wohnhauses bei Ankunft des ersten Löschzuges schon in ganzer Ausdehnung in Flammen. Die Feuerwehr griff sofort mit fünf Schlauchleitungen von Motorspritzen an und benutzte zum Angriff mehrere Hochdruckstrahlrohre, weil die Treppen schon total verqualmt waren. Nach mehrstündiger Tätigkeit gelang es, den ausgedehnten Brand auf den Dachstuhl zu beschränken. Dieser ist verloren, auch das obere Stockwerk hat etwas durch Wasser gelitten. Die Entstehung des Feuers ist noch nicht ermittelt.

Aus russischen Kerker.

Heute um 8 1/2 Uhr findet, wie in unserem Blatt schon angekündigt, in Döbels Festsälen, Kottbusserstr. 29, der Vortrag des Schriftstellers Ulrich Raucher über die Greuel in den russischen Gefängnissen und Verbannungsorten statt. Der Vortrag bietet ein vollständiges, anschauliches Bild des Leidensweges, den die russischen Freiheitskämpfer zu gehen haben; er führt uns hinein in die Hölle der Quälen und Entbehrungen, die der russische Zarismus für die besten Söhne und Töchter des russischen Volkes ausbeutet hat. Niemand ist diese Hölle schlimmer gewesen als in den letzten Jahren, wo eine blutige Reaktion Mache nimmt an denjenigen, die die Herrschaft der Knechte und des Galgens in kühnem Ansturm zu brechen trachteten. Zahllos sind die Opfer, die die Galgenjustiz und das „langsame Sterben“ in den Gefängnissen bereits gefordert haben. Es sind aber immer noch Zehntausende, die in den steinernen Massengräbern der „Katorga“ und in den Eiswästen Sibiriens eingeschlossen, sehnsüchtig der Stunde der Befreiung harren. Man muß dieses Martyrium in allen seinen Einzelheiten kennen lernen, um den tiefen inneren Zusammenhang zu verstehen, der zwischen den Massengräbern der Kriegsgefangenen des Zarismus und dem neuen Aufschwung der Freiheitsbewegung in Rußland besteht.

„Aus unserem toten Gebein
Wird der blutige Mächer erstehn!“

Dorortnachrichten.

Ablershof.

Ein großes Schadenfeuer, das mehrere Dörfer weiten stundenlang beschäftigte, wütete am gestrigen Vormittag auf dem ausgedehnten Grundstück der Holzfabrik in der Oppenstraße. Dort brach aus bisher noch nicht festgestellter Weise in einem Arbeitsraum des zweiten Stockwerkes der sogenannten Wolkerei, eines zweistöckigen isolierten Gebäudes, Feuer aus, das in den zur Verarbeitung aufgestapelten Vorräten reiche Nahrung fand und außerordentlich schnell eine große Ausdehnung annahm. In kaum einer Viertelstunde stand das zweite Stockwerk vollständig in hellen Flammen. Die in dem Gebäude zurzeit beschäftigten 15 Arbeiter hatten sich sofort, als der Brand bemerkt wurde, ins Freie begeben, so daß Menschen nicht zu Schaden gekommen sind. Da die Flammen, die inzwischen das ganze Gebäude ergriffen hatten, weit hin sichtbar waren, trafen in kurzer Zeit außer der Ortsfeuerwehr die Wehren aus Glienitz, Köpenick, Rudow, Rieder-Schöneweide auf der Brandstelle ein und gaben sofort aus allen verfügbaren Köpfen Wasser. Trotzdem konnte nicht verhindert werden, daß das vom Feuer ergriffene Fabrikgebäude fast vollständig ausbrannte und zum Teil einstürzte. Dabei sind eine Anzahl wertvoller Maschinen beschädigt worden. Glücklicherweise gelang es den vereinten Anstrengungen der Wehren, das Uebergreifen des Feuers auf die anliegenden Fabrikgebäude, in denen feuergefährliche Stoffe verarbeitet werden, zu verhindern. Erst in den Mittagsstunden war der Brand soweit gelöscht, daß die Wehren der umliegenden Dörfer abziehen konnten, während die Fabrikfeuerwehr, unterstützt von der Ablershofer Wehr, mit den Aufräumungsarbeiten begann. Der durch das Feuer angerichtete Schaden ist sehr bedeutend, aber durch Versicherung gedeckt. Der Betrieb der Holzfabrik erfährt keinerlei Einschränkung.

Friedenau.

Das Versicherungsamt abgelehnt! Vor etwa Jahresfrist wurde von unseren Genossen die Erhöhung eines Versicherungsamtes beantragt. In der Gemeindevorstellung, die sich mit der Sache beschäftigte, wurde der Antrag abgelehnt, weil nach Ansicht des Gemeindevorstandes und der Mehrheit der Gemeindevorstellung ein Bedürfnis für den Ort nach dieser Richtung hin nicht vorläge. Später, als beschlossen war, eine Landkrankenpflege einzurichten, die Herren vom Gemeindevorstand setzten sich mit der ihnen gänzlich unbekanntem Spezialpolitik etwas näher befaßten mußten, daß der Gemeindevorstand ein, wie umständlich es für eine Rosenverwaltung ist, dem Versicherungsamt eines anderen Ortes resp. des Kreises unterstellt zu sein. Er stellte deshalb den Antrag, jetzt ein solches Amt zu errichten. Begründet wurde gesagt, daß für die Errichtung ausschließlich das Interesse der Versicherten bestimmend sei. Wir sind hochzufrieden, daß der Gemeindevorstand — jetzt wie vorher — das Interesse der Versicherten ziemlich gleichgültig ist und daß er das Versicherungsamt nur im eigenen Interesse wünscht. Nun haben wir es bei unserer Gemeindevorstellung schon oft erlebt, daß sie einen vernünftigen, in einem klaren Augenblick gefaßten Beschluß nach ganz kurzer Zeit wieder aufhob. So z. B. die Sonntagbrühe, Bergwachtsteuer und anderes. Ist aber wie beim Versicherungsamt und der Landkrankenpflege, ein Beschluß gefaßt worden, wie er nur noch in Wilmersdorf und irgend einem hinterpommerschen Dorfe möglich ist, so halten die Herren mit jähem Ausbruch daran fest und so verfiel auch der Antrag des Gemeindevorstandes der Ablehnung. Bei der Neubewertung der Kommissionen wurde von unseren Genossen Richter in die Ausschüsse für Rechnungsprüfung, Finanzen, Straßenreinigung, Wohlfahrtsauschuß und Arbeitsnachweisauschuß, Öden in den Markt-, Bau-, Elektrizitäts- und Feuerungsauschuß gewählt. Als Vorgesetzte fungieren im Armenauschuß der Genosse Georg Kleemann und im Waisenrat der Genosse Heinrich Köhlmann. Nach einer Vorlage des verstärkten Bauauschusses wurde der Gesamtkostenanschlag für das neue Rathaus in Höhe von 1571,36 M. bewilligt. Da zur Veranstaltung von Festlichkeiten am Ort nur ein Saal zur Verfügung steht, und der Wert, da er eine Konkurrenz nicht zu befürchten hat, unseren Genossen keine Räume zur Abhaltung von Versammlungen zur Verfügung stellt, sind unsere Patrioten schon seit Jahren in starker Bedrängnis. Sie müssen mit den III Sozis unter einem Dache tagen und können den Lokalinhaber nicht durch Terrorismus gefügig machen. In Zukunft soll das wieder möglich gemacht werden, da Gemeindevorstand und Gemeindevorstellung sich ihrer Pflicht als staatsverhaltende Elemente bewußt waren und die Errichtung eines großen Bürgerfestsaales im Rathaus beschlossen haben. Daß dieser Saal der Arbeiterkassette nicht zur Verfügung stehen wird, kann jetzt schon als selbstverständlich angenommen werden.

Weiter wurden für ärztliche Untersuchung und Berufsberatung der schulentlassenen Jugend die Mittel bewilligt.

In der Generalversammlung des Wahlvereins erstattete Genosse Henne den Bericht über das verfloßene Geschäftsjahr. Die Zahl der Mitglieder ist vom 1. April des Vorjahres von 321 auf 351 gestiegen, darunter sind 86 weibliche. Die Bibliothek umfaßt zurzeit 380 Bände. Der Kassenericht verzeichnet eine Einnahme von 1571,36 M., der eine Ausgabe von 1457,20 M. gegenübersteht. Die Frauenleseabende hatten sich eines leidlich guten Besuches zu erfreuen. Der Bericht des Jugend- und Bildungsausches beschränkte sich ebenfalls bis auf die letzte Schulentlassungsfeier, die leider am Verände gerade der Schulentlassenen zu wünschen übrig ließ. Bei der nun folgenden Wahl wurden gewählt als 1. Vorsitzender Richard Hagen, 2. Vorsitzender Georg Kuffel, 1. Kassierer Karl Paulus, 2. Kassierer Ernst Förster, Schriftführer Fritz Götschel. Revisoren: Heider, Kleemann und Richter. Der Jugend- und Bildungsauschuß setzt sich aus den Genossen Kamerowick, Fischer und Rosenfeld zusammen. Als Bibliothekare fungieren Storch und Rosenfeld. Die Lokalkommission ist durch die Genossen Paulus und Weber vertreten. Als Leiterin der Frauenleseabende wurde Genossin Tolle wiedergewählt. Zum Schluß wurde noch mitgeteilt, daß die diesjährige Kasseier wieder mit Steglitz gemeinsam im Dörferwäldchen stattfindet.

Stralau.

Zahlreiche Klagen werden über die hiesige Gemeindefschule laut. Es wird mitgeteilt, daß die Lehrer die Schulkinder um Auskunft ersuchen, wo der Vater beschäftigt ist. In einzelnen Fällen soll der Rektor in barischem Ton gefragt haben, so daß Kinder weinend nach Hause gekommen seien. Auf die an die Lehrer gerichtete Frage einzelner Bürger, weshalb man von den Kindern den Arbeitsort und die genaue Adresse der Arbeitsstelle wissen wolle, sollen dieselben geantwortet haben, daß dies die Schulbehörde verlange. Wir können nur annehmen, daß es sich im vorliegenden Falle um Ermittlungen handelt, die wie in zahlreichen anderen Orten für Schullastforderungen bestimmt sind. Ist dem so, dann müßte die Gemeinde sich direkt an die Eltern der Kinder wenden, letztere aber unter allen Umständen damit verschonen. Zu wünschen wäre, wenn sich die Gemeinde zu dieser Angelegenheit einmal äußern würde; das wäre schon im Interesse des guten Einvernehmens zwischen Schule und Haus erforderlich.

Tempelhof.

Den Bericht des Vorstandes erstattete in der Generalversammlung des Wahlvereins Genosse Oskar Ewald. Die Zahl der Mitglieder hat sich seit 1. April 1913 um 64 erhöht; sie beträgt gegenwärtig 649 (334 männliche und 315 weibliche). Der tatsächliche Zugang an Mitgliedern beträgt 236; dem aber ein Abgang infolge Umzugs, Austritt, Streichung wegen Weiten um, von 172 gegenübersteht. Vorwärtsleser sind jetzt 808 am Orte. Die Agitation in der roten Woche brachte uns circa 70 neue Mitglieder und 60 Vorwärtsleser. Wenn dieser Erfolg auch mit Genugtuung zu begrüßen ist, so darf dieses aber durchaus nicht befriedigen; denn diese Zahlen hätten in unserem Orte um ein Vielfaches höher sein müssen. Zu berücksichtigen ist allerdings, daß die Gemeindevahlen während dieser Zeit alle Kräfte voll auf in Anspruch nahmen. Der vom Genossen Müller gegebene Kassenericht weist im letzten Quartal eine Einnahme von 712,34 M. und eine Ausgabe von 688,84 M. auf. Der Bericht des Genossen Jergang über die Tätigkeit des Bildungsausches zeigte ein anschauliches Bild über die Fülle an Arbeit, die hier geleistet worden. Zu bemerken ist, daß der Bildungsauschuß seine Jahresabrechnung ohne Defizit abschließen konnte. Die Wahl des Vorstandes und der Funktionäre hatte folgendes Ergebnis: Ewald erster, Jergang zweiter Vorsitzender; Buske erster, R. Viecke zweiter Kassierer; G. Viecke Schriftführer; Frau Schmidt Beisitzerin. Revisoren: Grull, Neumann, Pittelkow. Lokalkommission: Bierack, Joh. Müller. Bildungsauschuß: Jergang, Gröseling, Radlach, Topp, Bierschowski, Frau Hof. Wahlkommission: Max Schmidt, Bierschowski, Hof, A. Neumann, Wende, Arnold, Gatowski, Ledmar, Lentzow. Zeitungskommission: Feige, König, Arndt, Neumann, Klein. Kinderkassalkommission: Frau Hof, Frau Herzberg, Karl Gruner. Landtagskommission: Korn, Diemer, Appelt, Marquardt, Jiederich, Kersten, Franz Schulz, Gruner. Jugendauschuß: Bothe, Gottwaldt, Diemer, Windisch, Sommerfeld, Wende, R. Schmidt, Frau Kosparz. Vertreter der Jugendsektion und Lebensleiterin: Frau Schmidt. Als Delegierte zur Kreisgeneralversammlung sowie der Verbandsgeneralversammlung von Groß-Berlin wurden Buske, Kosparz und Neumann gewählt. Auf Antrag des Vorstandes wurde beschlossen, die Bibliothekskommission nicht mehr neu zu wählen, sondern dieselbe dem Bildungsauschuß anzugliedern. Die Frauenleseabende finden von jetzt ab nur in einem Lokale, und zwar bei Becker statt. Wegen den Festen des Wilhelmstages, Gastwirt Paul Schmidt, soll wegen Nichtteilnahme an der Gemeindevahl das Ausschlußverfahren aus der Partei eingeleitet werden. Zum Schluß wurde noch auf einen von der Konsumgenossenschaft am Montag, den 4. Mai, im „Tivoli“ veranstalteten Lichtbildervortrag über: „Die Genossenschaftsbewegung in England“ verwiesen. Der Eintritt hierzu ist unentgeltlich.

Wahlsdorf an der Dübahn.

Aus dem Jahresbericht, der in der letzten Generalversammlung des Wahlvereins erstattet wurde, ist hervorzuheben, daß die Einnahme 1600,29 M., die Ausgabe 1557,18 M. betragen. Die Mitgliederzahl belief sich im Jahresschluß auf 149 männliche und 63 weibliche, zusammen 212. Alsdann wurde die gesamte Bezirksleitung wiedergewählt, mit Ausnahme des Genossen Laus, an dessen Stelle der Genosse Wiege gewählt wurde. Die verfloßenen Gemeindevahlen riefen eine rege Diskussion hervor, an der sich die Genossen Dippner, Käming, Vertel, Schmidt, Scheibe, Franz und Schulz beteiligten. Alle Redner stimmten darin überein, daß eine regere Agitation betrieben werden müßte. Im Verhiebenden wurde beschlossen, am Sonntag, den 12. Juli, ein Sommerfest bei Linke abzuhalten. Zum Schluß ersuchte der Vorsitzende diejenigen, welche der Kranken- und Sterbefälle (St. Hamburg) angehören oder Mitglied derselben werden wollen, ihre Adresse beim Genossen R. Dippner, Grunowstr. 17, abzugeben, um eventuell hier am Ort eine Jahrestelle genannter Kasse zu errichten.

Zobanitzsch.

Aus der Gemeindevorstellung. Zunächst wurde an Stelle des bisherigen Schöffen Herrn Rentier Rehbein Herr Ralermeister Karl Müller mit 7 gegen 6 Stimmen gewählt. Im weiteren Verlauf der Sitzung wurde das Gehalt des Gemeindevorstandes um 500 M. erhöht. Die Verwendung des Betrages hat sich der Gemeindevorstand vorbehalten. Ein dahingehender Antrag war bereits in der vorigen Gemeindevorstellung bei Beratung eines Antrages auf Erhöhung der Ortszulage für die Schullehrer gestellt. Da letzterer Antrag auf Grund der noch immer sehr hohen Gemeindesteuersätze abgelehnt wurde, erklärte der Gemeindevorstand, über seine Gehaltserhöhung die Abstimmung nicht vorzunehmen. Arbeitslosenunterstützung ist bisher an 19 Personen in einer Gesamthöhe von 260 M. gezahlt worden. Einigen Bewerbern wurde durch die Gemeinde Arbeit zugewiesen und einigen die Unterstützung verweigert, weil sie Gemeindearbeit abgelehnt haben. Die Besätze für die neu anzulegenden Straßen der Terraingesellschaft Flugplatz ist für ruhige Wohnstraßen auf 22 Meter zwischen den Hausfronten und für Verkehrsstraßen auf 26 Meter resp. 30 Meter festgelegt. Genehmigt wurde das von der Finanzkommission vorgelegte Ortsstatut über Erteilung von Rechtsanerkennung an Gemeindeglieder; danach soll für die Auskunft ein Betrag von 50 Pf. bis 3 M. (für größere Schriftsätze) erhoben werden. Für Unbemittelte erfolgt die Auskunft unentgeltlich.

Weihensee.

Ein erfreuliches Wachstum der Organisation konnte in der gut besuchten Generalversammlung des Wahlvereins Genosse Gründler in seinem Vorstandsbereicht konstatieren. Trotz der anhaltenden Krise sei es gelungen, die Mitgliederzahl, die 1913 1870 männliche und 278 weibliche, insgesamt also 1648 betrug, auf jetzt 1690 männliche und 387 weibliche, insgesamt 2086 Mitglieder zu steigern. Die Zunahme um 436 — 25 Proz. sei ein Erfolg, auf den wir stolz sein könnten.

Der vielfach kritisierte vorliegende Kassenericht ist der erste nach der Hauskassierung. Der Kassenericht weist auf 1406,84 M. auf 983,61 M. zurückzuführen, was durch die im verfloßenen Jahre erforderlichen außerordentlichen Ausgaben zu erklären ist. Während im Jahre 1913 17 512 Beiträge abgeleitet wurden, konnten in diesem Jahre 1134 Beiträge mehr, also 18 646 verkauft werden. Das Ergebnis ist in Wirklichkeit noch günstiger, da der großen Arbeitslosigkeit wegen 1455 Monate als arbeitslos oder krank abgestempelt wurde, welche Zahl in Mitglieder umgerechnet 121 ergibt. Diese 121 Mitglieder wären ohne Hauskassierung verloren gegangen. Im Vorjahr wurden bei 1648 Mitgliedern 481 oder 28,9 Proz. wegen unrichtiger Beiträge gestrichen, in diesem Jahre waren es nur 12,6 Proz. Die Zahl der „Vorwärts“-leser ist von 2106 auf 2298 gestiegen. In der „Roten Woche“ sind 233 Mitglieder und 218 „Vorwärts“-leser gewonnen worden. Die Bibliothek ist 1412 mal von nur 114 Lesern benutzt worden. Den Bericht der Änderungskommission gab die Genossin Schlee. Die Nachforschung aller Unberettungen habe eine Insumme von wirtschaftlicher Not, Ausbeutung, Unwissenheit, Miß-

Landlung usw. ergeben. Den Bericht des Bildungsausschusses gaben die Genossen Schulz und Hartmann. In der Diskussion wurden nennenswerte Anstellungen am Bericht nicht gemacht, so daß Genosse Gröndler mit Genugtuung konstatieren konnte, daß die Mitglieder mit den Arbeiten des Vorstandes voll und ganz zufrieden waren. Die Versammlung beschäftigte sich hierauf mit Anträgen gegen zwei Genossen wegen Streikbruchs. Einmütig wurde beschlossen, das Ausschlussverfahren beim Kreise anhängig zu machen. Genosse Gröndler begründete sodann eingehend den Antrag des Vorstandes auf Einführung eines Extrabeitrages von 5 Pf. pro Monat zwecks Errichtung eines Jugendheims im Ort. Nach längerer Diskussion wurde der Antrag gegen vier Stimmen angenommen. Die nunmehr vorgenommene Neuwahl ergab folgendes Resultat: Erster Vorsitzender Boldt, Kassierer Kaufhold, Schriftführer Neumann. Auf Vorschlag wurden die Delegierten zu den Kreis- sowie Verbandsgeneralversammlungen wie bisher durch die Vorstandsmittglieder beauftragt. Mit einem Hinweis auf die bevorstehende Kreisversammlung wurde die Gemeindevorstandssitzung mit der Gemeindevorstandssitzung geschlossen.

Charlottenburg.

Der Erweiterungsbau der städtischen Volkshalle in der Krümmen Straße soll noch in diesem Jahre in Angriff genommen werden. Nachdem der Vorentwurf für den Bau bereits im vorigen Jahre von der Stadtverordnetenversammlung genehmigt worden ist, hat jetzt der endgültige Entwurf die Zustimmung des Magistrats gefunden. Dieser sieht in erster Linie eine zweite große Schwimmhalle vor, deren Ausmaße bei einer Wasserfläche von etwa 450 Quadratmeter — gegenüber einer in Berlin üblichen von 200 Quadratmeter — in Deutschland nur noch von dem Ebersfelder Stadtbad übertroffen werden. Die neue Schwimmhalle ist lediglich für Männer bestimmt, während die kleinere schon bestehende Schwimmhalle für Frauen vorbehalten bleibt. Die Anordnung der Schwimmhalle stellt insofern eine Neuerung dar, als dabei die Auskleidung nicht in der Schwimmhalle selbst untergebracht werden, sondern in einem besonderen Nebenraum, so daß die Beleuchtung der Halle durch Einbauten nicht beeinträchtigt und eine Schädigung der Kleidung durch feuchte Luft vermieden wird.

Friedrichsfelde.

In der Generalversammlung des Wahlvereins gedachte Genosse Schwend der im verflochtenen Jahre verstorbenen Mitglieder Galinowski, Klaus, Liebreich und Waldmann. Hierauf erstattete er den Bericht vom vergangenen Geschäftsjahre. Die Einrichtung, abwechselnd gemeinsame Jahlabende abzuhalten, habe sich gut bewährt. Die Mitgliederbewegung war im Anfang des Geschäftsjahres 285 männliche und 67 weibliche, am Ende desselben 298 männliche und 75 weibliche. Die Agitation in der „Roten Woche“ brachte uns einen Zuwachs von 38 männlichen und 8 weiblichen Mitgliedern, außerdem 34 neue „Vorwärts“-Abonnenten. Als ein großer Vorteil sei die Hauslosterhebung zu bezeichnen. Der Besuch der Jahlabende habe dadurch nicht gelitten. Die Einnahmen und Ausgaben balancieren in Höhe von 2258,30 M., wovon 1104,10 M. inkl. Lizenzen an den Kreis abgeführt wurden. Aus der Bibliothek sind 278 Bände entliehen worden.

Ueber den Stand der Jugendbewegung am Orte gab Genosse Waldmann einen kurzen Überblick.

Die Neuwahl der Bezirksleitung ergab folgendes Resultat: Schwend, Bezirksleiter, Kassierer Kambach, Schriftführer Gutler.

Die Abhaltung einer Mittagsversammlung im Orte am 1. Mai wurde abgelehnt. Diejenigen Genossen, welche am 1. Mai durch Arbeitsträge feiern, sollen sich nach ihren zuständigen Gewerkschaften begeben.

Zum Schluß fordert Genosse Schwend die Versammelten auf, auch im neuen Geschäftsjahre ihre volle Pflicht und Schuldigkeit zu tun.

Die Abendfeier findet am 2. Mai bei Bürger statt.

Die Bibliothek des Wahlvereins befindet sich bei dem Genossen Gutler, Prinzen-Allee 47 L. Geöffnet wochentags von 6 1/2 bis 8 1/2 Uhr abends. Sonntags von 10 bis 12 Uhr vormittags.

Spandau.

Der am 1. Mai in Kraft tretende neue Straßenbahnfahrplan sieht verschiedene Verkehrsverbesserungen vor. So wird unter anderem auf den Hauptverkehrsstrahlen an Stelle des 8. bzw. 7-Minutenverkehrs der 6-Minutenverkehr eingeführt. Außer der Nonnenbammellinie sind für alle anderen Straßen die Fahrzeiten um eine und zwei Minuten verkürzt. Dies dürfte wahrscheinlich auf Kosten der an und für sich schon sehr kurz bemessenen Pausen der Straßenbahnangestellten erfolgen. Auffallend ist es, daß jetzt eine größere Anzahl auswärtiger Arbeiter als Straßenbahnschaffner angelernt werden. Im Winter wurde das alte Personal aus nicht gut zu heizenden Sparanlagen verdrängt. Mit Vorliebe holt sich der Straßenbahndirektor sein Personal aus rassistischen Gegenden, weil diese Leute nicht so leicht für den Verband zu haben sind.

Vom Tode ereilt wurde auf dem Wege zum Feuerwerkslaboratorium der Arbeiter L. Kirchhoff, 31 wohnhaft. Er war gestern früh 8 Uhr im Begriff, sich nach dem Eiswerder zu begeben. Als er auf der Brücke über die Havel einerschritt, brach er mit einem Male vom Herzschlag getroffen zusammen.

Reinickendorf-Ost.

In der Generalversammlung des Wahlvereins erstattete der Vorstand den Jahresbericht. Danach hat sich die Zahl der Mitglieder von 1097 (davon 176 weibliche) auf 1173 (178) vermehrt. Neuaufnahmen sind 293 (32) zu verzeichnen, ausgezogen 96 (11) Mitglieder. Der Verlust durch Tod, Austritt, Wegzug und Streichung betrug 818 (41) Mitglieder. Ein erfreuliches Bild boten die Klassenverhältnisse. Die Zahl der zahlenden gegenüber den eingeschriebenen Mitglieder hat sich — trotz der Krise — von 86 Proz. des Vorkriegsjahres auf 90 Proz. gesteigert, wobei noch zu bemerken ist, daß die in der „Roten Woche“ gewonnenen z. B. 180 Mitglieder nur einen Monatsbeitrag geleistet haben. Die Beförderung in den Einnahmen ist der Hauslosterhebung zuzuschreiben. Die Einnahmen betragen 5342,40 M., die Ausgaben 5814,26 M.; davon entfallen auf Abführung an den Kreis 3350,02 M.; Verwaltungsausgaben 513,18 M.; Agitation am Orte 608,92 M., auf dem Lande (für ein halbes Jahr) 167,70 M.; die Ausgaben für die Landtags- und Gemeindevorwahlen betragen 320,04 M.; der Bibliothek wurden 122,78 M. überwiesen. Die Zahl der Vorwärts-Leser beträgt 1548. Der Bildungsausschuss berichtete über zehn Veranstaltungen. „Leiber“, sagte der Obmann, „sei das Interesse der Mitglieder für diese Veranstaltungen nicht so groß, wie sie es verdienen hätten. Hoffentlich sei das nur auf die Krise zurückzuführen und trete mit dem Wachen derselben auch hierin eine Besserung ein. Die Einnahmen des Bildungsausschusses betragen 1471,43 M., die Ausgaben 1486,25 M. Die Zahl der Bibliothek umfaßt 551 Bände gegen 496 im Vorjahre, die Zahl der Ausleihungen 1682. Das Fehlen eines Jugendheims beklagte lebhaft der Obmann des Jugendauschusses; er forderte alle Genossen und Genossinnen auf, unverzüglich dem Verein Arbeiter-Jugendheim beizutreten. — Die Lokalverhältnisse haben sich in der Berichtzeit nicht geändert. Bepflanzt sind nach wie vor „Schloß Schönholz“ und „Kuhmanns Gesellschaftsgarten“. Nach kurzer Diskussion wurden die Neuwahlen vorgenommen. Den Vorstand bilden die Genossen Schönberg (Vorsitzender), Scouruppe (Kassierer) und Genossin Hornemann (Schriftführerin). Zur Erledigung besonderer Funktionen wählte die Generalversammlung die Genossen Gurich, Polowski und Lorenz (Bezirksleitung); Barteld, Vogt, Kaufmann und Gödde (Revisoren); Selke, Jevernik, Timm, Juchacz, Kurz und Wittmer (Bildungsausschuss); Schulze, Haack

und Kriebler (Bibliothekskommission); Feder, Hagemann, Hildeheimer, Lauten und Alfred Schmidt (Jugendauschuss); Fey und Wilsdorf (Lokalkommission); Daehn und Wilsdorf (Zeitungskommission); Genossin Jevernik (Leseabendleiterin und Kinderbuchkontrollleurin).

Zum Schluß entspann sich eine Debatte über die Abhaltung der Kreiskonferenz in den Hubertuskäulen. Genosse Schönberg legte dar, aus welchen Gründen die Bezirksleitung einstimmig das genannte Lokal für die Feier des 1. Mai gewählt habe. Er wies auch die nachfolgenden Redner beurteilten scharf die Kreiskonferenz gegen unsere diesjährige Kreiskonferenz und forderten die Genossen und Genossinnen auf, die Kreiskonferenz recht zahlreich zu besuchen. Eine rege Beteiligung an der Kreiskonferenz sei die beste und wohlverdiente Antwort gegenüber den sachlich ungerechtfertigten Angriffen. Diese Ausführungen wurden mit Beifall aufgenommen und die Maßnahmen der Bezirksleitung ohne Widerspruch gutgeheißen.

Dreiwitz (Potsdam).

Der künftige Gemeindevorsteher Kötter von hier, der nach Unterschlagung von über 20000 M. seit Wochen verschunden war, hat sich der Staatsanwaltschaft in Potsdam gestellt.

Hermisdorf bei Berlin.

Aus der Gemeindevorstellung. Zunächst wurden die neu- resp. wiedergewählten Gemeindevorordneten, darunter auch der Genosse Karl Keunzig, eingeführt. Alsdann teilte der Gemeindevorsteher mit, daß der Kreisauschuss die Kanalisationsgebühren, die mit 4 Promille vom staatlich veranlagten Gebäudesteuer-Auswert erhoben werden sollen, genehmigt habe. Dagegen habe der Kreisauschuss der von der Gemeindevorstellung beschlossenen Erhöhung der Hundesteuer von 20 auf 30 M. die Genehmigung verweigert. Genosse Sohrauer betonte hierzu, daß er und seine Freunde wohl aus prinzipiellen Gründen gegen die Erhöhung der Hundesteuer gestimmt haben, daß nichtsdestoweniger aber die Bevormundung des Kreisauschusses zurückgewiesen werden müsse. Das Fremden-Schulgeld von 72 M. ist nunmehr von der Regierung genehmigt worden, nachdem im vergangenen Jahre die Genehmigung verweigert worden war. Die Gemeinde verbarnte bekämtlich auf Antrag unserer Genossen auf ihrem Standpunkt. Des weiteren teilte der Gemeindevorsteher mit, daß das Turnhallengebäude fertig sei. In den oberen Räumen seien fünf Klassen der Volksschule und eine der höheren Knabenschule untergebracht. Die Turnabende sollen an hierige Turnvereine gegen angemessene Entschädigung vergeben werden. Um aber der Gemeinde selbst Abende zu feiern, soll dies widersprüchlich gesehen. In den Schulvorstand wurde auf Vorschlag unserer Genossen Professor Rudolf Keunzig gewählt. Im Steuerauschuß und der Einquartierungs-Kommission sind vertreten Genosse Karl Keunzig, Gats- und Rechnungs-Kommission: Genosse Sohrauer. Bau-Kommission und Friedhof-Kommission: Genosse Prießmeier. Gemeindevorstellungskommission: Genosse Behrens. Die Vergabe der Pfasterarbeiten für Turnhalle und Feuerwehrdepot sowie die Vergabe der Lieferung von Kanalisationsmaterialien für das Rechnungsjahr 1914 wurden der Bau-Kommission überwiesen. Hierbei kritisierten die Genossen Prießmeier und Sohrauer das bisherige Verhalten bei Vergabe von Arbeiten und Lieferungen durch die Gemeindevorwaltung. Es wurde dabei gefordert, daß in Zukunft die Vergabungen und Lieferungen durch die Bau-Kommission erfolgen sollen.

Sitzungstage der Stadt- und Gemeindevorstellungen.

Tempelhofer. Donnerstag, den 30. April, nachmittags 5 1/2 Uhr, im Gemeindevorstellungszimmer, Dorfstr. 42.

Diese Sitzungen sind öffentlich. Jeder Gemeindegewährte ist berechtigt, ihnen als Zuhörer beizuwohnen.

Gerichtszeitung.

Der Totschlag in der Gartenstraße.

Die rohe Anwendung eines Revolvers, durch die ein Menschenleben hingeopfert worden ist, beschäftigte gestern das Schwurgericht am Landgericht I. Unter der Anklage des Totschlages, des versuchten Totschlages, der Bedrohung und der Urkundenfälschung steht der jetzt 42-jährige Zigarettenhändler Max Karl Jaskolsky.

Der Vorfall führt Landgerichtsdirektor Nacco, die Anklage vertritt Staatsanwaltschaftssekretär Siemann, der Angeklagte wird von den Rechtsanwälten Dr. Alberg und Dr. Apfel verteidigt. Der Angeklagte ist mehrfach, auch schon mit Zuchthaus, verurteilt. Er war seinerzeit in Posten als Malergeselle tätig, wandte sich aber bald dem Theater zu und trat als Vertragskünstler und Schauspieler in Varietés auf. Er kam dann nach Berlin, verheiratete sich hier im Jahre 1899, nach 4 Jahren starb aber seine Frau. In den Jahren 1900 bis 1905 war er bei der A. E. G. als Lagerist beschäftigt, ging dann nach Stettin und wurde dort am 27. April wegen Rückfalldiebstahls mit einem Jahr Zuchthaus bestraft. Als er 1907 aus der Strafanstalt entlassen wurde, ging er wieder nach Berlin, wurde eine Zeitlang bei seiner Schwiegermutter, die ein kleines Kohlengeschäft betrieb, beschäftigt und gründete im Jahre 1908 ein Zigarettengeschäft in Wilmersdorf, Ullandstr. 83/84. Des Abends und Nachts trat er daneben noch als Vertragskünstler in Varietés und Vereinen auf, hatte auch vorübergehend einmal ein Kinotheater gemietet, das sich aber nicht rentierte.

Im Jahre 1910 lernte er die damals in der A. E. G. beschäftigte, späterhin als Verkäuferin in einem Warenhaus tätige 17-jährige Elise Stürmer kennen und es entspann sich ein ernstes Liebesverhältnis zwischen beiden, das reich an heftigen Austritten war; der sehr eifersüchtige Angeklagte hat der Elise Stürmer bei den verschiedensten Auseinandersetzungen den Revolver auf die Brust gesetzt. Er scheint auch Grund zur Eifersucht gehabt zu haben, denn Elise Stürmer unterhielt neben ihm noch ein Verhältnis mit einem Kinoführer Karl Freund, den sie in einem Kinotheater kennen gelernt hatte und dem sie sogar einmal nach München nachgereist war, um etwa 4 Wochen mit ihm zusammen zu bleiben. Nach ihrer Rückkehr machte ihr der Angeklagte über ihr Verhalten heftige Vorwürfe, es kam wieder zur Verlobung und sogar am 1. Mai 1913 zur offiziellen Verlobung. Trotzdem es nun häufig Streit gab und der von Eifersucht geplagte Angeklagte wiederholt mit dem Revolver hantierte und mit Ermordung drohte, verkehrte Elise Stürmer, obgleich sie sich vorgenommen hatte, das Verhältnis zu lösen, weiter mit ihm, weil sie sich vor ihm fürchtete. Ihre Mutter und ihre Großmutter rieten ihm wiederholt, doch das unerquickliche Verhältnis aufzulösen, er erklärte aber wiederholt: „Wieder schöffe er sich eine Kugel durch den Kopf, denn er könne von dem Mädchen nicht lassen.“ Schließlich wurde Elise vor ihm verborgen gehalten unter dem Vorwande, sie sei verreist und die Mutter gab ihm am 7. Oktober den Verlobungsring der Tochter zurück. Er wurde darüber sehr aufgeregt und als er in diesem Zustande zu seiner Schwiegermutter kam und auch diese ihm zuredete, doch von dem Mädchen abzulassen, erklärte er wieder: „Nieder wolle er sich eine Kugel durch den Kopf schießen.“ Als er dann in die Wohnung der Großmutter der Elise Stürmer, Gartenstraße 47, eilte, traf er dort die Elise selbst, ihre Schwester Margarete und deren Mutter an. Es kam zu Auseinandersetzungen und Elise erklärte ihm, daß sie nichts mehr mit ihm zu tun haben wolle. Er ging dann auch und zwar zunächst zu dem Freireichsgelben Kuitl, auf den er auch eifersüchtig war. Als er von diesem hörte, daß er für jenen Abend mit den Schwestern Elise und Grete Stürmer verabredet habe, sich am Bahnhof Zoologischer Garten zu treffen, eilte er auch dorthin. Kuitl ging mit den beiden Mädchen die Hardenbergstraße entlang

nach dem Wilhelmplatz in Charlottenburg, der Angeklagte folgte ihnen, sprach sogar die Mädchen in der Hardenbergstraße an und hielt der Elise ihr Benehmen vor. Er verjagte sie auch, trotzdem sie sich jeder Verfolgung verbot. Als die drei am Wilhelmplatz einen Straßenbahnwagen der Linie Q bestiegen, sprang der Angeklagte auf denselben Wagen und verfolgte sie, als sie an der Ecke der Gartenstraße ausstiegen und bis zum Hause 47 gingen. Der Angeklagte erklärte dort — es war gegen 11 1/2 Uhr nachts — er wolle der Elise ihre Briefe zurückgeben, halte dann aus seiner Manteltasche einen Revolver hervor mit den Worten: „Ich kann nicht mehr leben, jetzt wollen wir abrechnen“ und schoß zunächst auf Kuitl. Der Schuß ging fehl, Kuitl schlug mit seinem Spazierstock auf den Angeklagten ein, dieser aber schoß nun auf seine frühere Braut Elise, aber auch dieser Schuß traf nicht. Dagegen wurde die Schwester Margarete das unschuldige Opfer des Wüterichs; als sie über den Damm davonlief, eilte ihr der Angeklagte nach, feuerte er sie und traf sie in den Rücken, so daß die Kugel durch Herz und Lunge ging und das Mädchen tot zu Boden sank. Auch gegen die davonliefende Elise feuerte der Angeklagte noch einen Schuß ab, ohne sie zu treffen. Herr Kuitl hieb wieder mit dem Spazierstock auf den Angeklagten ein; dieser schoß sich eine Kugel in die Schläfe, die aber nicht in das Gehirn drang, und fiel zu Boden. Er und Margarete stürmer wurden nach dem Lazaruskrankenhause transportiert, wo der Arzt nur den eingetretenen Tod der Margarete feststellen konnte.

Der Angeklagte behauptet, sich seit dem Hervorziehen des Revolvers an keine Einzelheiten mehr erinnern zu können. Als er in seine Manteltasche gegriffen und ihm der Revolver in die Finger geraten sei, sei ihm ganz schwarz vor den Augen geworden und er wisse von da ab nicht mehr, was geschehen sei. Außer 8 Zeugen sind Geh. Rat Dr. Straßmann, Medizinalrat Dr. Hoffmann und Gerichtsarzt Dr. Marx als Sachverständige geladen. Die Verhandlung wird mehrere Tage dauern. Ueber den Ausgang werden wir berichten.

Der falsche Revolver.

In der Rolle eines „Revolvers Dr. Seberg“ hatte der Schrift Leopold John verschiedene Schwindeleien verübt, die ihn nun vor die 2. Strafkammer des Landgerichts II führten, vor der er sich wegen Betruges und schwerer Urkundenfälschung zu verantworten hatte. — Der Angeklagte, der als Ergänzungsangeklagter auftrat, durfte einige Zeit wegen eines Leidens seinen Beruf nicht ausüben. Da er hierdurch in Geldnot geriet, kam er auf den Gedanken, einen kleinen Schwindel zu inszenieren, bei dem er sich die Eitelkeit vieler Künstlerinnen zunutze machen wollte. So erschien er u. a. bei der Konzertsängerin Charlotte B. und stellte sich ihr als verantwortlicher Revolver der „Kunstrevue“, Dr. Seberg, vor. Er gab an, daß die Zeitschrift ein Bild der Künstlerin bringen wolle, wenn sie sich bereit erkläre, einen Beitrag zu den Kosten des Bildes zu zahlen. Die Künstlerin ging auch wirklich auf diesen plump angelegten Schwindel ein und zahlte an den angehenden Dr. Seberg 6 Mark, der auch die Quittung mit diesem Namen unterschrieb. Von der königlichen Hofopernsängerin A. wurde der Angeklagte höflich, aber entschieden hinauskomplimentiert mit dem Bemerkung, daß ihr Bild schon so genug bekannt sei und sie eine bezahlte Reklame nicht nötig habe.

Mit Rücksicht darauf, daß sich der Angeklagte in Not befunden hatte, es sich auch nur um kleine Beträge handelte, erkannte das Gericht auf nur 2 Wochen Gefängnis unter Anrechnung von einer Woche der erlittenen Untersuchungshaft.

Eine milde Strafe gegen einen Fliegerunteroffizier.

„In ganz unglaublicher Weise hat sich der Angeklagte seiner Uniform unwürdig gezeigt!“ mit diesen Worten kennzeichnete der Vertreter der Anklage das Verhalten des Unteroffiziers Schein vom 1. Fliegerbataillon, der sich gestern wegen hinterlistigen Ueberfalls und Körperverletzung vor dem Kriegsgericht der 1. Garde-Division zu verantworten hatte. Ein roher Ueberfall, den der Angeklagte in der Nacht zum 22. März in der Hollmannstraße an einer Prostituierten verübt hat, lag der Anklage zugrunde. Er hatte eine gewisse Hofnarr nach dem Hause Hollmannstraße 24, wo die A. wohnte, begleitet. In dem Augenblicke, als die A. den Lortweg aufschloß und den Flur betrat, fiel der Angeklagte über sie her, schlug sie zu Boden und würgte sie am Hals. Die Ueberfallene vermochte unter Anrufung ihrer ganzen Kräfte sich aus der Umklammerung des Unteroffiziers zu befreien. Hierauf schlug der Täter roh mit den Fäusten auf sein am Erdboden liegendes Opfer ein und brachte ihm Beulen und Wunden im Gesicht und am Kopf bei. Sodann begriff sich E. an dem Unterfänger des Mädchens. Er riß ihr gewaltig ein Hosenbein herunter und geriet teilweise den Kopf. Als die Ueberfallene laute Hilferufe ausstieß und Leute auf der Straße nachtraten, ließ E. von seinem Opfer ab und ergriff die Flucht. Passanten sahen nun, wie er mit geschicktem Seitengewehr auf die Straße hinausrang, und als man ihm entgegenzutreten wollte, drohte er mit der Waffe. Zweimal versuchten mehrere junge Leute, sich dem Missethäter entgegenzustellen, doch stellte sich ihnen der Unteroffizier mit der blanken Waffe entgegen. An der Ecke der Lindenstraße sprang der Angeklagte dann in ein Automobil und wollte losfahren. Man holte ihn aber aus dem Wagen heraus und durch einen auf dem Patronenfangang befindlichen Schuttmann wurde er mitläufig den Zeugen in einem Automobil nach der Polizeiwache in der Wilhelmstraße gebracht. Der Vertreter der Anklage führte u. a. aus, daß sich der Angeklagte in ganz unglaublicher Weise seiner Uniform unwürdig gezeigt habe. Er beantragte wegen hinterlistigen Ueberfalls die milde Strafe von 14 Tagen Gefängnis. Das Kriegsgericht erkannte noch weit milder, nämlich auf 75 Mark Geldstrafe, indem es nur einfache Körperverletzung annahm.

Frauen-Leseabende.

Nowawes. Heute Dienstag 8 1/2 Uhr bei Dornitz, Dorfstr. 56. Vortrag der Genossin Seidel: „Ist Rindfleisch eine Kulturware?“
Cber-Schönevide. Morgen Mittwoch 8 1/2 Uhr bei Kade, Wilhelmshofstraße.
Tempelhof. Mittwoch 8 1/2 Uhr bei Beder, Berliner Str. 38/37. Vortrag des Genossen Ernst Gebite, Brig.

Neufölln. Donnerstag, den 30. April, nachmittags 5 Uhr, im Rathaus, Berliner Str. 63.

Witterungsbericht vom 27. April 1914.

Stationen	Barometer-linh mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. u. G. u. F. H.	Stationen	Barometer-linh mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. u. G. u. F. H.
Hamburg	767,2	SW	5	bedeckt	9	Haparanda	740,9	—	—	wolkig	1
Bonn	772,5	SW	11	bedeckt	11	Veitshausen	748,9	—	—	wolkig	4
Berlin	770,5	SW	10	bedeckt	10	Stolln	774,0	—	—	wolkig	10
Frankfurt a.M.	774,9	W	1	bedeckt	8	Westerdeuten	774,9	—	—	wolkig	12
München	772,0	SW	11	bedeckt	7	Wais	773,0	—	—	wolkig	8
Wien	771,9	SW	11	bedeckt	7	—	—	—	—	—	—

Wetterprognose für Dienstag, den 28. April 1914.
Ein wenig kühler bei ziemlich trübem nordwestlichen Winden und veränderlicher Bewölkung ohne erhebliche Niederschläge.
Berliner Wetterbureau.

Wetterausichten für das mittlere Norddeutschland bis Mittwoch mittags: Im Osten noch vielfach wolkig ohne erhebliche Niederschläge bei wenig veränderter Temperatur. Im Westen ein wenig wärmer, vielfach trüb und trocken.

Blutarme u. Kranke trinken während der Rekonvaleszenz fourig süßen **Santa Lucia Stärkungs-Fl. 1.50** **Rotwein u. 2.** Nachahmung bitte zurückzuweisen. Käufl. in Apotheken, Drogerien u. Delikat-Gesch.

Öffentliche politische Versammlungen.

Öffentl. Volksversammlung

am Dienstag, den 28. April,

abends 8 1/2 Uhr,

in Obiglos Festsälen, Koppenstraße 29.

Tagesordnung:

Aus russischen Kerkern.

Ein Hilferuf!

Die Leiden der politischen Gefangenen Rußlands.

Vortrag des Schriftstellers Ulrich Rauscher mit erläuternden Lichtbildern.

Zu der Versammlung sind Eintrittskarten zum Preise von 20 Pf. noch an der Abendkasse zu haben.

Der Ueberschuß wird dem Deutschen Hilfsverein für die politischen Gefangenen Rußlands zugewendet.

199/9* Der Einberufer: Eugen Ernst, Lindenstraße 2.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Verwaltungsstelle Berlin, N 54, Linienstr. 83-85.

Telephon: Amt Norden 1987, 1239, 9714, 185.

Achtung! Rohrleger u. Helfer. Achtung!

Mittwoch, den 29. April 1914, abends 8 Uhr:

Allgemeine

Branchen-Versammlung

im großen Saal des „Gewerkschaftshauses“, Engelauer 15.

Tagesordnung:
1. Bericht der Schlichtungskommission. 2. Diskussion.
3. Branchenangelegenheiten und Verschiedenes.
4. Ergänzung von zwei Mitgliedern der Schlichtungskommission.

Mittwoch, den 29. April 1914, abends 8 1/2 Uhr:

Mitglieder-Versammlung der Gold- u. Silberarbeiter u. verwandten Berufsgenossen

im „Dresdener Garten“, Dresdener Str. 45.

Tagesordnung:

1. Vortrag des Kollegen Ad. Wuschick über: „Aus dem deutschen Bauernkrieg“.
2. Verbands- und Branchenangelegenheiten.
Mitgliedsbuch legitimiert.

Mittwoch, den 29. April 1914, abends 6 Uhr:

Versammlung sämtlicher in der chirurgischen Branche beschäftigten Kollegen und Kolleginnen

im „Rosenthaler Hof“, Rosenthaler Str. 11/12.

Tagesordnung:

1. Vortrag des Genossen Wilhelm Büwell über: „Der Volksfeind“.
2. Branchenangelegenheiten und Verschiedenes.
Der wichtigen Tagesordnung wegen ist es Pflicht eines jeden Kollegen, in dieser Versammlung anwesend zu sein.

Achtung! Achtung!

Die nächste ordentliche Generalversammlung der Verwaltungsstelle Berlin ist am

Montag, den 8. Juni.

Anträge hierzu müssen bis spätestens Montag, den 11. Mai, in der Händen der Ortsverwaltung sein.

Die Ausgabe der Namemarken erfolgt im Bureau Linienstraße 83-85, Zimmer 10, in der Bureauzeit von 9-1 Uhr vorm. und 4-7 Uhr nachm. gegen Vorzeigung des Mitgliedsbuches und der Legitimationskarte.
117/7 Die Ortsverwaltung.

Wahlverein Berlin-Schöneberg

Heute Dienstag, den 28. d. M., abends pünktl. 8 1/2 Uhr:

Mitglieder-Versammlung

in den „Neuen Rathaussälen“, Meiningen Str. 8.

Tagesordnung:

Vortrag des Genossen Bartels (Partei Vorstand) über: „Die Reaktion in der preussischen Verwaltung“.
Diskussion, Vereinsangelegenheiten.
Pünktliches und zahlreiches Erscheinen erwünscht.
A. U.: Der Vorstand.

Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter

Filiale Groß-Berlin.

Donnerstag, den 30. April 1914, abends 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshause (großer Saal), Engelauer 15:

General-Versammlung.

Tagesordnung:

1. Jahresbericht für das Geschäftsjahr 1913-1914. Berichterstatter: Kollege Dellmann.
2. Änderung der Organisationsbedingungen der Filiale (u. a. Einführung des Delegierten Systems).
3. Ausschluss eines Mitglieds. 4. Verbandsangelegenheiten.
Die Bedeutung der Tagesordnung muß es allen Mitgliedern zur Pflicht machen, in der Versammlung zu erscheinen, da über die wichtige Frage einer möglichst gerechten Zusammensetzung der Generalversammlung zu entscheiden ist.
Die Ortsverwaltung.

Verantwortlicher Redakteur: Alfred Dielew, Reußstr. Für den Inseratenteil verantw.: Th. Glöck, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW.

Sechster Wahlkreis.

Dienstag, den 28. April, abends 8 1/2 Uhr:

Zwei öffentl. politische Versammlungen

in folgenden Lokalen:

Puhmanns Theater, Schönhauser Allee 147.

Pharus-Säle, Müllerstraße 142.

Tagesordnung:

1. „Ist Kinderschutzbildung Kulturarbeit?“ 2. Diskussion.

Referentinnen: Frau Luise Zietz und Frau Martha Demming.

Für die Einberufer: Friedrich Stäffler, Hanstr. 65.

227/4*

Achtung!

Die auf den Maifeier-Billets und Plakaten bereits bekanntgegebene Maifeier in den Pharus-Sälen findet nicht statt, da uns die Behörden Schwierigkeiten bereiten und eine Anmeldung als öffentliches Vergnügen verweigern.

Wir verlegen deshalb die Maifeier dieses Lokales nach dem

Moabiter Schützenhaus in Blökensee.

Bekanntmachung.

Am Montag, den 4. Mai d. J., verlegen wir unsere **Zahlstelle 1** von Klosterstraße 71/72 nach

Klosterstraße 65/67.

Die Abteilung für Hausgewerbe-treibende und hausgewerblich Beschäftigte wird am gleichen Tage ebenfalls nach Klosterstraße 65/67 verlegt. Berlin, den 27. April 1914.

Allgemeine Ortskrankenkasse der Stadt Berlin.

Bauer, Vorsitzender. [273/2] Nürnberg, Schriftführer.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Verwaltung Berlin.

Montag, den 4. Mai, abends 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engelauer 15:

Anherordent. Generalversammlung

Tagesordnung:

Bericht über die Maifeier und Stellungnahme hierzu.

Mittwoch, den 20. Mai, abends 8 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engelauer 15:

Ordentliche Generalversammlung

Anträge hierzu müssen bis zum 6. Mai an das Bureau eingereicht werden.

Achtung! Bodenleger. Achtung!

Am Mittwoch, den 29. April 1914, abends 8 Uhr:

Mitglieder-Versammlung

im Gewerkschaftshaus, Engelauer 15 (Saal 5).

Tagesordnung:

1. Vortrag über „Die augenblickliche Lage in unserem Gewerbe und ihre Folgen“. Referent: Kollege Emil Wiedemann. 2. Bericht von der Generalversammlung. 3. Branchen-Angelegenheiten.

Einseher.

Donnerstag, den 30. April, abends 8 Uhr, im Gewerkschaftshaus:

Branchen-Versammlung

Tagesordnung:

Bericht der Kommission. Wahl des zweiten Obmanns. Verbands- und Branchen-Angelegenheiten.

Holzarbeiter.

Nach dem Beschluß der Vertrauensmänner-Versammlung soll die

Maifeier durch Arbeitsruhe

begangen werden. — Die Ortsverwaltung erwartet von den Mitgliedern die strikte Einhaltung dieses Beschlusses.

Die Maiverammlung

findet statt

vormittags 10 Uhr in der Neuen Welt, Hofenheide 108/114.

Referent: Genosse Karl Hetzschold.

Die Mitglieder der einzelnen Branchen treffen sich vormittags 8 Uhr in folgenden Lokalen:

Bürstenmacher bei Hermel, Holzmarktstr. 21.
Jalousiearbeiter bei Greibe, Rungestr. 30.
Kammacher bei Hermel, Holzmarktstr. 21.
Kistenmacher bei Mülich, Kranstr. 24.
Klavierarbeiter im Wärtischen Hof, Admiralsstr. 18c.
Korbmacher bei Krause, Mariannenplatz 8.
Küchenmöbeltischler im Englischen Hof, Alexanderstr. 27c.
Ladentischler im Englischen Hof, Alexanderstr. 27c.
Modell- und Fabrik-tischler im Rosenthaler Hof, Rosenthaler Straße 11/12.
Perlmutterarbeiter bei Thomas, Melchiorstr. 5.
Rahmenmacher bei Wählich, Stalher Str. 22.
Schirmmacher bei Andrig, An der Stralauer Brücke 2.
Stellmacher im Rosenthaler Hof, Rosenthaler Str. 11/12.
Stockerarbeiter bei Hermel, Holzmarktstr. 21.
Theater-tischler bei Greibe, Rungestr. 30.
Vergolder bei Hedmann, Engelauer 1.

Die **Tischler, Drechsler, Möbelpollerer und Maschinenarbeiter** treffen sich in den Lokalen, in denen sie ihre Werkstatt-Stationen abhalten und gehen von dort nach der Neuen Welt, Hofenheide 108/114.

Die **Holzarbeiter von Weißensee, Lichtenberg und Friedrichsfelde** nehmen an den in diesen Orten stattfindenden Versammlungen teil. — Die Kollegen von **Weißensee** versammeln sich um 9 Uhr im Prälaten, Lehnstr. 192. Dasselbe werden auch die **Namemarken** ausgegeben.
Jeder feiernde Kollege erhält zur Kontrolle eine **Namemarken** in der Neuen Welt.

Achtung! Arbeitslose. Achtung!

Die Arbeitslosen brauchen am 1. Mai den Arbeitsnachweis nicht zu bringen und die Arbeitslosenkarten nicht stempeln zu lassen.

Das Verbandsbureau

ist am 1. Mai den ganzen Tag geschlossen.

Die Kollegen, die den 1. Mai durch Arbeitsruhe feiern, melden sich am 2. Mai in den Betrieben zur Arbeit. Werden sie ange-sperrt, so stellt der Werkstatt-vertrauensmann die Zahl der Ausgesperrten fest und meldet sich in der Zeit von 9 bis 12 Uhr im Gewerkschaftshaus, Saal 1.

Die Ortsverwaltung.

Die Ortsverwaltung.

Die Ortsverwaltung.

Bruchbandagen
Leibbinden, Geradhalter, Irrigator, Spritzen etc., **Suspensoren**, sowie alle Artikel z. Krankenpflege empfiehlt **Fabrikant Pollmann**, jetzt Berlin N., Lothringer Str. 80. Eigene Werkstatt. Lieferant für Krankenkassen. Fachgem. Bedienung.

Möbel

Stühle 2-21 M.	Tische 6,50-65 M.	Vertikos 38-72 M.	Bettstellen 21-72 M.
Billige Preise			
Schrank 19-185 M.	Büfette 125-450 M.	Garnitur von 100 M.	
Divan von 52 M.	Berlin N		
Otto Piehl			
Brunnenstrasse 120			
Schlafsofa von 75 M.	Chaiselong von 21 M.	Umhausel von 52 M.	Muschelsofa v. 60 M.
Reelle Qualität			
Küchen von 48 M.	Teillzahlungen erhöhen nicht die Preise!		Spiegel jeder Art
Klein Kredithaus			Kredit kulant



Blendol
benutzen heut Millionen, mach den Versuch, er wird sich lohnen!

Beste flüssiger Metallputz überall erhältlich.
Fabrik: Urban & Lemm, Charlottenburg.

Ohne Anzahlung

Safere an jedermann

Möbel auf Kredit

bei Zahlung einer Monatsrate laut Vereinbarung u. bequem, Abzahl. komplette Wohnungs-Einrichtungen sowie einzelne Möbelstücke, Po.sterwaren, farb. Küchen, Portieren, Gardinen, Leib- u. Bettwäsche, Steppdecken, Teppiche, Betten, Kronen, Kinderwagen usw. in modernster Ausführung. — Ferner: Garderobe für Herren, Damen u. Kinder. Größte Auswahl neuester Fassons.

S. DORN, Weinmeisterstr. 9
Ecke Alte Schönhauser Str.